



Daten + Analysen

Quartalsheft



IV 2006



Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - = nichts vorhanden (genau null)
 - = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
 - ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
 - () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
 - / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
 - x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - r = berichtigte Zahl
 - D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
- Abweichungen in den errechneten Werten sind durch Rundungen und Hochrechnungen bedingt.

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 234

Mikrozensus, Arbeitsmarkt

Dr. Jürgen Hübner

Telefon: 0355 4868 - 201

E-Mail: juergen.huebner@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik

Dezernat Informationsmanagement

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

Internet: www.lds-bb.de

E-Mail: info@lds.brandenburg.de

ISSN 1617 - 2809

Erschienen im Dezember 2006

Preis: 4,00 EUR

Auskünfte und Vertrieb

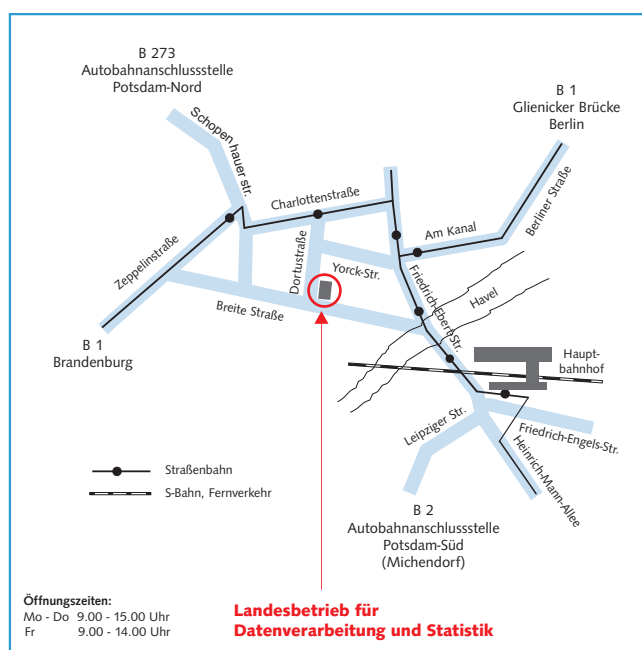
Informationsservice Telefon: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

Vertrieb Telefon: 0331 39 - 496

Fax: 0331 39 - 418

So finden Sie uns:





Daten + Analysen

IV 2006

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell.....	5
----------------------------	----------

Beiträge	13
-----------------------	-----------

Wirtschaftstrends im Überblick – September 2006	13
Geburten – gestern, heute, morgen –	19
Regelstudienzeiten an den brandenburgischen Hochschulen	24
Arbeitskosten 2004 im Land Brandenburg	29
Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Land Brandenburg 2003	35
Umweltschutzinvestitionen der brandenburgischen Betriebe und Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 2000 bis 2004	42
Milch – ein reglementiertes Erzeugnis (Teil 2).....	57
Die freiwilligen Fragen des Mikrozensus ab 2005	66
Historisches – Verbrechen und Vergehen	69

Neue Veröffentlichungen.....	71
-------------------------------------	-----------

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Ab dem 1. Januar 2007 bilden das Statistische Landesamt Berlin und der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg ein gemeinsames Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Dieses Amt wird nach dem am 13. Dezember 2005 unterzeichneten Staatsvertrag zur Errichtung eines Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts bestehen.

Das Ziel ist es, die länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg weiter zu stärken und durch die organisatorische Bündelung gleichartiger Aufgaben einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Auch wenn die Statistiken überwiegend getrennt für jedes Bundesland erstellt werden müssen, lassen sich Einsparungen durch eine arbeitsteilige Organisation der Arbeitsprozesse, die Bündelung von Querschnittsaufgaben und das Zusammenlegen der Leitungsstrukturen erzielen.

Sie halten somit unsere letzte Ausgabe, das Quartalsheft IV/2006 der „Daten + Analysen“, in den Händen. Mit dem Beginn des Jahres 2007 wird es eine gemeinsame Zeitschrift für die amtliche Statistik Berlin-Brandenburg geben. Diese Zeitschrift hat dann ein neues Aussehen und erscheint voraussichtlich alle zwei Monate. Der Inhalt der Beiträge soll wie bisher wissenschaftlich geprägt sein, wobei wir uns noch stärker um eine bessere Allgemeinverständlichkeit bemühen werden.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr bisheriges Interesse an unseren Quartalsheften „Daten + Analysen“ und hoffe, dass die zukünftigen gemeinsamen Veröffentlichungen des neuen Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg ebenfalls Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit finden.

Verleben Sie bitte ein frohes und gesundes Weihnachtsfest. Viel Glück, Schaffenskraft und Gesundheit im kommenden Jahr 2007 wünscht Ihnen die Redaktion.

Potsdam, im Dezember 2006

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag der Redaktion



Jürgen Hübner

Aus Brandenburg

Bevölkerungsrückgang in Brandenburg

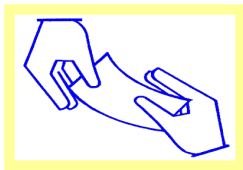


Im ersten Halbjahr 2006 hat sich die Bevölkerungszahl in Brandenburg um 6 638 Personen verringert. Ende Juni lebten 2 552 845 Menschen in Brandenburg. Der Rückgang ist vor allem

auf das Geburtendefizit zurückzuführen. Nach vorläufigen Angaben wurden im ersten Halbjahr 8 410 Kinder geboren, 13 131 Menschen starben. D. h., nur zwei Drittel der Sterbefälle wurden durch Geburten ersetzt.

Hinzu kam ein Wanderungsverlust von knapp 2 000 Personen. Zugewinne aus der Bundeshauptstadt Berlin sorgten dafür, dass der Saldo der Wanderungen über die Landesgrenzen für Brandenburg relativ gering ausfiel. Aus Berlin zogen fast 1 900 Personen mehr nach Brandenburg als in umgekehrter Richtung. Gleichzeitig verlor Brandenburg aber mehr Einwohner an die alten Bundesländer und auch an die anderen neuen Bundesländer.

Fast 9 000 Sozialhilfeempfänger im Jahr 2005



Am Jahresende 2005 erhielten im Land Brandenburg 8 867 Personen Sozialhilfe in Form von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Hilfeempfänger waren im Durchschnitt 48 Jahre alt.

Von den 8 867 Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten 1 453 Personen diese Hilfe außerhalb von Einrichtungen und 7 414 Personen in Einrichtungen.

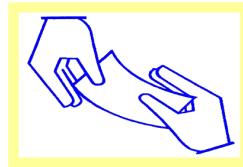
In Einrichtungen betrug das Durchschnittsalter der Hilfeempfänger 51 Jahre, mehr als die Hälfte davon waren männlich (54 Prozent).

Zu den Hilfeempfängern außerhalb von Einrichtungen zählten knapp ein Drittel Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (456), knapp zwei Drittel Personen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren (924) und 5 Prozent waren älter als 65 Jahre (73). Das Durchschnittsalter dieser Hilfeempfänger lag mit 36 Jahren deutlich niedriger als bei den in Einrichtungen lebenden Personen. Der Anteil der männlichen Hilfeempfänger überwog auch hier mit 53 Prozent.

Die 1 453 Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen lebten in 1 308 Bedarfsgemeinschaften. Davon waren 918 Bedarfsgemeinschaften Einpersonenhaushalte, 212 Zweipersonenhaushalte, 103 Dreipersonenhaushalte und in weiteren 75 Bedarfsgemeinschaften lebten vier und mehr Personen.

Hinweis: Mit dem „Gesetz zur Einordnung des Sozialhilfrechts in das Sozialgesetzbuch“ und dem „Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ traten ab 1. Januar 2005 umfangreiche Änderungen auch in der Sozialhilfestatistik ein. Deshalb ist ein Vergleich mit dem Jahr 2004 nicht möglich.

Über 16 000 Personen erhielten 2005 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung



Am Jahresende 2005 erhielten im Land Brandenburg 16 133 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; 19 Prozent mehr als im Jahr 2004.

10 581 Personen nahmen diese Leistungen außerhalb von Einrichtungen und 5 552 Personen in Einrichtungen (z.B. Alten- und Pflegeheime) in Anspruch. 619 Hilfeempfänger waren ausländische Staatsbürger.

Wegen voller Erwerbsminderung erhielten 10 068 Personen unter 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung, darunter überwiegend Männer (59 Prozent).

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes im Alter wurden 6 065 Empfängern gewährt. Hier lag der Anteil der Frauen bei 70 Prozent.

Der durchschnittliche monatliche Bruttobedarf lag 2005 in Brandenburg bei 539 EUR, wovon mehr als ein Drittel (211 EUR) auf Unterkunft und Heizung entfielen. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens von 242 EUR ergab sich je Empfänger ein durchschnittlicher Nettoanspruch von 297 Euro. Insgesamt wurden 55,1 Millionen EUR für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2005 im Land Brandenburg ausgegeben.

Über 15 000 Betten in Brandenburger Krankenhäusern



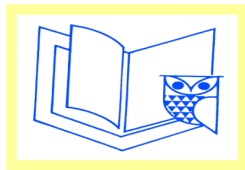
Im Jahr 2005 waren in den 47 Brandenburger Krankenhäusern 15 424 Betten aufgestellt, darunter 568 Intensivbetten. Das waren 110 Betten bzw. knapp ein Prozent weniger als 2004.

Mehr als 517 000 Patienten wurden von 3 413 hauptamtlichen Ärzten behandelt. 9 788 Personen im Pflegedienst betreuten die Kranken rund um die Uhr. Weitere 10 312 Beschäftigte der Krankenhäuser kümmerten sich im medizinisch-technischen Dienst, Funktionsdienst, als klinisches Hauspersonal, im Wirtschafts- und Versorgungsdienst, im

technischen Dienst, aber auch im Verwaltungsdienst um den reibungslosen Ablauf in den Häusern.

Die meisten Betten (5 181 bzw. 34 Prozent) standen in der Fachabteilung Innere Medizin zur Behandlung zur Verfügung. An zweiter Stelle stand die Chirurgie mit 3 345 Betten (22 Prozent), gefolgt von der Psychiatrie und Psychotherapie mit 1 609 Betten (10 Prozent) und der Frauenheilkunde und Geburtshilfe mit 1 208 Betten (8 Prozent).

Neuer Höchststand bei den Studierendenzahlen im Wintersemester 2006/2007



Im Wintersemester 2006/2007 sind nach vorläufigen Angaben 42 282 Studierende an den 14 Hochschulen des Landes Brandenburg als Haupt- oder Nebenhörer eingeschrieben. Das sind

594 bzw. 1,4 Prozent mehr als im Wintersemester des Vorjahres. Die Zahl der Studentinnen stieg um 381 auf 21 101. Die Frauenquote beträgt 49,9 Prozent. 7 013 Studierende hatten zu Semesterbeginn erstmals ein Studium in Deutschland aufgenommen. Das waren 173 mehr als vor einem Jahr.

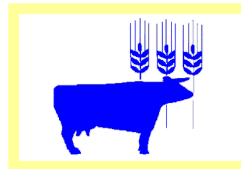
An den brandenburgischen Hochschulen sind 5 382 ausländische Studierende immatrikuliert. Insgesamt besitzt mehr als jeder achte Studierende eine ausländische Staatsbürgerschaft. 53,3 Prozent der ausländischen Studierenden sind Frauen. Entsprechend der internationalen Ausrichtung ist der Anteil ausländischer Studierender an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) nach wie vor am höchsten (33,4 Prozent). Ein hoher Anteil ausländischer Studierender ist auch an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus zu verzeichnen, zurzeit ist hier jeder fünfte Studierende ein Ausländer.

An den drei Universitäten des Landes sind nach vorläufigen Angaben 27 625 Studierende eingeschrieben, 184 mehr als im vergangenen Wintersemester. Die Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) stieg um 415 auf 13 327 an. Damit beträgt der Anteil der Studierenden, die an einer Fachhochschule eingeschrieben sind 31,5 Prozent. Der Frauenanteil an den Universitäten beträgt 54,8 Prozent und an den Fachhochschulen 40,0 Prozent.

Am stärksten belegt ist nach wie vor die Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im ersten Studienfach haben sich hierfür 14 976 Studierende eingeschrieben. Es folgen die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (9 508 Studierende), Mathematik/Naturwissenschaften (7 050) und Ingenieurwissenschaften

(6 906). Die anderen Studierenden entfallen auf die Fächergruppen Kunst/Kunstwissenschaft; Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften; Sport und Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften.

Im Jahr 2005 im Land Brandenburg täglich die Fläche von 16 Bundesliga-Fußballfeldern in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt



Die Gesamtfläche des Landes Brandenburg umfasste zum 31. Dezember 2005 eine Fläche von 2 947 864 Hektar. Zur Siedlungs- und Verkehrsfläche zählten davon 257 640 Hektar. Das

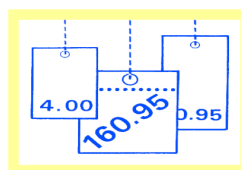
entspricht einem Anteil an der Landesfläche von ca. 9 Prozent.

Zur Siedlungs- und Verkehrsfläche gehören die Gebäude- und Freifläche, die Betriebsfläche (ohne das Abbauland), die Erholungsfläche, die Verkehrsfläche und die Friedhofsfläche. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst somit neben versiegelter Fläche auch einen großen, nicht quantifizierbaren Anteil nichtversiegelter Fläche.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2004 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 4 076 Hektar zu. Für das Jahr 2005 ergab sich damit eine mittlere tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von ca. 11 Hektar bzw. von 16 Bundesliga-Fußballfeldern pro Tag. Der Flächenzuwachs verteilte sich sehr unterschiedlich auf die Kreise des Landes Brandenburg: Mit 1 034 Hektar entfielen auf den Kreis Märkisch-Oderland mehr als 25 Prozent des Zuwachses. Die geringste Zunahme war 2005 im Kreis Ostprignitz-Ruppin mit 29 Hektar zu verzeichnen.

Bezogen auf die einzelnen Nutzungsarten haben sich folgende Veränderungen ergeben: Die größte Zunahme entfiel mit 1 694 Hektar auf die Gebäude- und Freifläche, gefolgt von der Verkehrsfläche mit 1 399 Hektar, der Erholungsfläche mit 763 Hektar und der Betriebsfläche ohne Abbauland mit 262 Hektar. Die Friedhofsfläche ging um 41 Hektar zurück.

Jährliche Teuerungsrate lag im November 2006 bei 1,8 Prozent



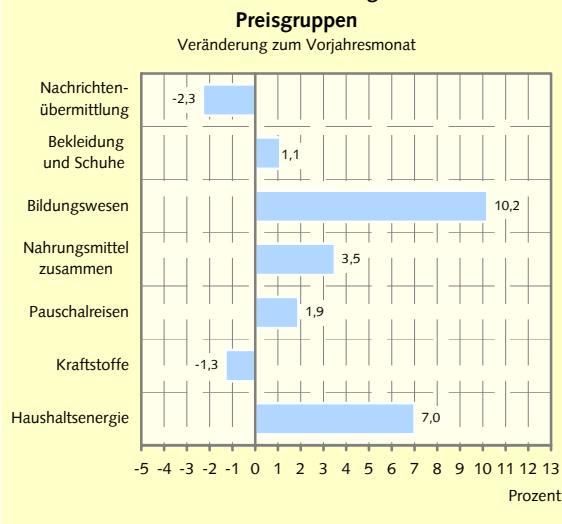
Der Verbraucherpreisindex für das Land Brandenburg sank von Oktober 2006 bis November 2006 um 0,2 Prozent auf einen Indexstand von 111,3 (Basis 2000=100). Die Jahresteu-

erungsrate gegenüber November 2005 betrug + 1,8 Prozent.

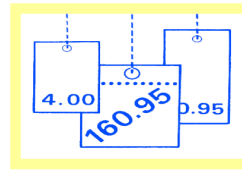
Die insgesamt moderate Preisveränderung zum Vormonat wurde von gegenläufigen Entwicklungen in einzelnen Gütergruppen hervorgerufen. Wie im Vormonat war für die Gütergruppen Energie und Nahrungsmittel eine differenzierte Entwicklung kennzeichnend. Ein weiterer Preisschub wurde für Gas, Zentralheizung und Fernwärme ermittelt. Preisnachlässe ergaben sich erneut für Heizöl und Kraftstoffe. Bei Nahrungsmitteln wurden Fleisch, Fleischwaren, Fisch sowie Obst preiswerter als im Vormonat angeboten. Für Gemüse, Molkereiprodukte, Brot und Getreideerzeugnisse lagen die Preise über dem Vormonatsniveau. Preiszunahmen wurden auch für alkoholische Getränke, Möbel und Versicherungsdienstleistungen festgestellt. Günstiger als im Vormonat waren für den Verbraucher die Preise für Informationsgeräte, Telefone, Telekommunikation sowie Ausgaben für den Urlaub.

Die jährliche Teuerung erreichte im November einen Stand von +1,8 Prozent. Sie zeigte verglichen mit Oktober (+1,5 Prozent) und September (+1,3 Prozent) wieder eine steigende Tendenz. Bei den Energiepreisen zeichnete sich eine unterschiedliche Entwicklung ab. Wesentlich mehr als im Vorjahresmonat musste der Verbraucher für Haushaltsenergie (+7,0 Prozent) bezahlen. Die Preise für Heizöl lagen dagegen um 3,1 Prozent und die für Kraftstoffe um 1,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Nahrungsmittel wurden um 3,5 Prozent teurer im Vergleich mit November 2005. Besonders Brot, Backwaren, Fleisch, Wurstwaren, Fisch, Obst sowie Gemüse waren preisintensiver als vor einem Jahr. Auch für Tabakwaren, Bekleidung, Schuhe, Gesundheitspflege, Verkehrs-, Freizeit-, Sport-, Kultur-, Bildungs-, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie Dienstleistungen sozialer Einrichtungen musste der Verbraucher tiefer in die Tasche greifen als im November 2005. Weiterhin verbraucherfreundlich blieb im Jahresvergleich die Preisentwicklung für Telekommunikation, Heimelektronik sowie Haushaltsgroßgeräte.

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg im November 2006 nach ausgewählten Preisgruppen



Baupreise im August 2006 gegenüber dem Vorjahr um 4,9 Prozent angestiegen



Der Baupreisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk) stieg im Berichtsmonat August 2006 gegenüber Mai 2006 um 2,1 Prozent an. Zum Vorjahresmonat wurde eine Erhöhung des Baupreisindex um 4,9 Prozent ermittelt.

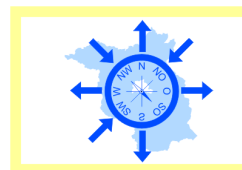
Die weitere Steigerung der Baupreise im August 2006 war vordergründig auf Materialpreiserhöhungen zurückzuführen. Die kurzfristige Teuerung lag mit 2,1 Prozent gegenüber Mai 2006 deutlich über der im Februar und Mai in diesem Jahr. Den höchsten Anstieg zeigten die Preise für Rohbauarbeiten mit 3,5 Prozent. Ausbauarbeiten wurden um 1,0 Prozent teurer.

Bedingt durch die Preiszunahmen im August 2006 ist auch die Jahresteuerrate mit 4,9 Prozent deutlich angestiegen. Im Mai betrug diese noch 2,8 Prozent und Februar 1,5 Prozent. Binnen Jahresfrist wurden für Rohbauarbeiten Preissteigerungen um 6,6 Prozent und für Ausbauarbeiten um 3,3 Prozent ermittelt.

Für einzelne Wohngebäudetypen und gewerbliche Betriebsgebäude zeichnete sich eine ähnliche Entwicklung wie für den Baupreisindex insgesamt ab. Die Jahresteuierung bei Bürogebäuden lag aber mit 5,3 Prozent noch über der des Gesamtindex.

Beim Straßenbau, für Brücken und Ortskanäle stiegen die Preise im Vergleich zum August des Vorjahres moderater an (+ 3,7 Prozent, + 2,5 Prozent und + 1,7 Prozent).

Exportsteigerung August 2006



Die Warenausfuhr Brandenburgs erreichte im August 2006 einen Wert von 764 Millionen EUR und überbot damit das Ergebnis des Vorjahresmonats um 69 Millionen EUR bzw. 9,9 Prozent.

In den Monaten Januar bis August 2006 betrug das Exportvolumen 5,4 Milliarden EUR. Das vergleichbare Vorjahresergebnis wurde um 1,3 Milliarden EUR bzw. 31,4 Prozent übertroffen.

Sowohl die Ernährungswirtschaft (+ 4,9 Prozent) als auch die gewerbliche Wirtschaft (+ 32,9 Prozent) trugen zu dieser Exportsteigerung bei. Erzeugnisse des Luftfahrzeugbaus mit einem Warenvolumen von 667 Millionen EUR bzw. einem Anteil von 12,3 Prozent an der Gesamtausfuhr waren Brandenburgs wichtigste Exportgüter. Dahinter

reichten sich Mineralölzeugnisse, pharmazeutische Erzeugnisse, Blech aus Eisen oder Stahl, Draht aus Eisen oder Stahl sowie Papier und Pappe ein.

Bei den Hauptausfuhrländern lag Polen mit einem Warenwert von 841 Millionen EUR an der Spitze, gefolgt von dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, den Vereinigten Staaten, Italien und Frankreich. Die Ausfuhren nach Europa als auch in die EU-Länder erhöhten sich zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 35,8 bzw. 38,3 Prozent. Dabei ging mit 82,9 Prozent und einem Warenwert von 4,5 Milliarden EUR der größte Teil der ausgeführten Waren nach Europa, gefolgt von den Ländern der EU mit einem Anteil von 74,0 Prozent.

In den Monaten Januar bis August 2006 führte Brandenburg Waren im Wert von 7,2 Milliarden EUR ein und lag damit 36,6 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Mit einem Warenwert von 3,6 Milliarden EUR und einem Anteil von 49,6 Prozent an der Gesamteinfuhr waren Erdöl und Erdgas Hauptimportgüter Brandenburgs, gefolgt von Luftfahrzeugen, Chemischen Vorerzeugnissen, Eisenerzen, Koks und Schmelzkoks aus Steinkohle oder Braunkohle sowie Personenkraftwagen und Wohnmobilen.

Unter den Hauptlieferländern nahm die Russische Föderation den ersten Platz ein. Ihr Anteil am Gesamtimport lag bei 49,8 Prozent. Auf den weiteren Plätzen folgten Polen, die Niederlande, Frankreich, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Italien.¹⁾

Aus Deutschland

Zahl der Diabetiker-Toten steigt weiter an



Im Jahr 2005 starben in Deutschland 24 342 Menschen (9 419 Männer und 14 923 Frauen) an Diabetes mellitus. Im Vergleich zum Jahr 1980 (18 895 Tote) stieg die Zahl der

an Diabetes mellitus Verstorbenen in Deutschland damit um 29 Prozent. Während 1980 von je 100 000 Personen 24,1 Personen an Diabetes mellitus starben (Männer 16,9 je 100 000 Personen; Frauen 30,7), waren dies im Jahr 2005 schon 29,5 Personen (Männer 23,3; Frauen 35,4). Diabetes mellitus ist somit für knapp drei Prozent aller Sterbefälle (1980: zwei Prozent) in Deutschland ursächlich verantwortlich. Häufig tritt Diabetes mellitus aber auch bei anderen Sterbefällen als Begleitkrankheit auf.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Generalhandel und Spezialhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse Brandenburgs aus methodischen Gründen nicht vertretbar. Bei den Einfuhren ist zu beachten, dass nicht alle Waren für den Verbrauch im Land Brandenburg bestimmt sind.

Überwiegend ältere Menschen sind von dieser Todesursache betroffen. Fast 94 Prozent aller Gestorbenen waren 60 Jahre und älter. Das durchschnittliche Sterbealter der an Diabetes mellitus verstorbenen Personen lag 2005 im Bundesgebiet bei 79,3 Jahren (Männer 74,1 Jahre; Frauen 82,6 Jahre). Die deutliche Zunahme um 29 Prozent der an Diabetes mellitus Verstorbenen von 1980 bis 2005 hat somit auch eine Ursache in der steigenden Zahl älterer Menschen in Deutschland. 61 Prozent der im Jahr 2005 Verstorbenen waren Frauen.

Mit 66,3 beziehungsweise 65,9 Gestorbenen je 100 000 Personen haben Thüringen und das Saarland bundesweit die höchste Sterblichkeit an Diabetes mellitus. Brandenburg und Bayern verzeichnen mit 18,3 beziehungsweise mit 18,9 Verstorbenen je 100 000 Personen die geringste Sterblichkeitsrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt

33 700 EUR Nettoeinkommen durchschnittlich je Privathaushalt



Im Jahr 2005 verfügten die privaten Haushalte in Deutschland durchschnittlich über ein Nettoeinkommen von 33 700 EUR. Gegenüber 1991 (26 000 EUR) ist dies ein Anstieg um 30

Prozent. Real, das heißt nach Abzug der Preissteigerungen für die Lebenshaltung, stand den Haushalten 2005 im Durchschnitt zwei Prozent weniger Einkommen zur Verfügung als 1991. Die tatsächlichen Einkommen der einzelnen Haushalte können erheblich von den dargestellten Durchschnittswerten nach oben oder unten abweichen. Ermittelt wurden die Daten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

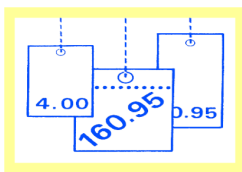
Haushalte von Selbstständigen hatten mit einem Netto-Jahreseinkommen von 106 900 EUR im Jahr 2005 das weitaus höchste Einkommen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Selbstständige in der Regel ihre Altersvorsorge aus ihrem Nettoeinkommen bestreiten müssen, während bei Arbeitnehmern die Beiträge zur gesetzlichen und betrieblichen Altersversorgung nicht zum Nettoeinkommen zählen beziehungsweise die Beamtenpension steuerfinanziert ist.

Bei der Interpretation der Durchschnittseinkommen ist die unterschiedliche Zahl der Personen je Haushalt und deren Alter zu beachten. Durch die Berechnung von Nettoeinkommen je Verbrauchereinheit (Nettoäquivalenzeinkommen) wird dies berücksichtigt, da sich die Kosten für die Lebenshaltung nicht proportional zur Zahl der Personen im Haushalt entwickeln.

Im Jahr 2005 hatten die Haushalte mit durchschnittlich 22 500 EUR ein um 35 Prozent höheres Nettoeinkommen je Verbrauchereinheit als 1991 (16 700 EUR). Nach Abzug der Preissteigerungen verblieb ein realer Einkommenszuwachs von zwei Prozent. Die stärkere Erhöhung der Einkommen je Verbrauchereinheit gegenüber den Einkommen je Haushalt resultiert aus dem ungebrochenen Trend zu kleineren Haushalten, der auch zu einem Rückgang der durchschnittlichen Verbrauchereinheiten je Haushalt geführt hat.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Fernseherpreise sinken, Fernsehgebühren steigen



Die Preise rund ums Fernsehen entwickeln sich in Deutschland uneinheitlich: Während die Preise für die Empfangsgeräte seit 2000 sinken, steigen die Kosten für den Empfang (Fernsehgebühren und Kabelanschluss) an.

Der Preisindex für Farbfernseher fiel von Oktober 2000 bis Oktober 2006 um 39,3 Prozent. Bei der Preismessung werden Geräte mit verschiedenen Technologien berücksichtigt. Es gehen sowohl Preise für Röhrenfernseher als auch für Flachbildgeräte mit LCD- oder Plasmatechnik in die Indexberechnung ein.

Der Rückgang der Preise ist zum einen auf die Preissenkungen bei Röhrenfernsehern zurückzuführen. Andererseits geraten aber auch die Preise der modernen LCD- und Plasmageräte in letzter Zeit zunehmend unter Druck. Gründe für den Preisverfall sind unter anderem der Ausbau der weltweiten Fertigungskapazitäten für Displays in LCD- und Plasmatechnik sowie die starke Konkurrenz auf dem Markt für Fernseher.

Dagegen verteuerten sich die „GEZ-Gebühren“ für den Fernsehempfang von Oktober 2000 bis Oktober 2006 insgesamt um 18,8 Prozent. Der Preisanstieg erfolgte sprunghaft, erstmalig im Januar 2001 (+ 12,7 Prozent) und letztmalig im April 2005 (+ 5,4 Prozent). Fernsehkunden mit Kabelanschluss mussten für ihre Kabelgebühren in diesem Zeitraum einen Preisanstieg von 8,5 Prozent hinnehmen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Erwerbstätigkeit steigt im 3. Quartal 2006 um 0,9 Prozent



Im dritten Quartal 2006 hatten 39,3 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Dies entspricht einem Anstieg

um 0,9 Prozent (+ 336 000 Personen) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im zweiten Quartal 2006 hatte der Zuwachs noch 0,6 Prozent betragen. Damit hat sich der im Frühjahr diesen Jahres einsetzende Beschäftigungsaufbau im dritten Quartal 2006 verstärkt fortgesetzt.

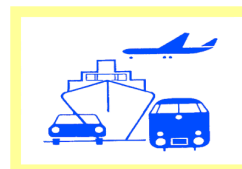
Verglichen mit dem Vorquartal stieg die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal 2006 ebenfalls um 0,9 Prozent (+ 343 000 Personen). Dies ist der stärkste Anstieg in einem dritten Quartal seit sieben Jahren. Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der jahreszeitlich bedingten Schwankungen, nahm die Gesamtzahl der Erwerbstätigen um 0,4 Prozent (+ 147 000 Personen) gegenüber dem zweiten Quartal 2006 zu. Diese Zunahme entspricht in etwa der Höhe des Zuwachses vom zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal 2006 (+ 146 000 oder + 0,4 Prozent) und bestätigt die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung.

Die positive Entwicklung der Gesamtzahl der Erwerbstätigen geht nach wie vor von den Dienstleistungsbereichen aus. Dort nahm die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,4 Prozent zu, nach + 1,2 Prozent im zweiten Quartal 2006. Demgegenüber ging im Berichtsquartal ein sich weiterhin abschwächender negativer Wachstumsbeitrag vom primären und sekundären Sektor aus.

Im dritten Quartal 2006 waren in der Land- und Forstwirtschaft 0,3 Prozent weniger Personen erwerbstätig als vor einem Jahr (im zweiten Quartal 2006: – 0,6 Prozent), im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe betrug der Beschäftigungsabbau 0,7 Prozent (im zweiten Quartal 2006: – 1,2 Prozent). Dagegen ist im Baugewerbe der seit 1995 anhaltende Personalabbau im dritten Quartal 2006 fast zum Stillstand gekommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

2 Prozent weniger Verkehrsunfälle im September 2006



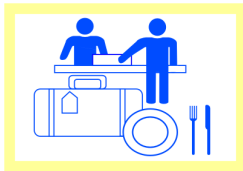
Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im September 2006 von der Polizei rund 184 700 Straßenverkehrsunfälle aufgenommen, 2,3 Prozent weniger als im September 2005. Während die

Zahl der Unfälle mit nur Sachschaden um 2,8 Prozent auf 151 500 gesunken ist, stieg die Zahl der Unfälle mit Personenschaden leicht um 0,1 Prozent auf 33 200 an. Hierbei starben 508 Menschen, drei Personen weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Weitere 41 800 Personen (+ 0,6 Prozent) wurden bei Straßenverkehrsunfällen im September 2006 verletzt.

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres verloren 3 754 Menschen auf deutschen Straßen ihr Leben, 292 Personen oder 7,2 Prozent weniger als von Januar bis September 2005. Auch die Zahl der Verletzten ist um 5,1 Prozent auf rund 311 300 zurückgegangen. Insgesamt registrierte die Polizei im Zeitraum von Januar bis September 2006 in Deutschland 1,63 Millionen Straßenverkehrsunfälle (– 1,1 Prozent). Dabei war ein stärkerer Rückgang bei den Unfällen mit Personenschaden (– 4,9 Prozent auf 242 400) als bei den Unfällen mit nur Sachschaden (– 0,4 Prozent auf 1,39 Millionen) im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Handelsumsatz mit Kraftwagen steigt real um 3,6 Prozent



Der Umsatz im Handel mit Kraftwagen stieg in den ersten neun Monaten 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal um 5,4 Prozent und real um 3,6 Prozent.

Auch der Umsatz im Handel mit Krafträdern erhöhte sich vom Januar bis September dieses Jahres deutlich (nominal + 5,9 Prozent, real + 4,7 Prozent).

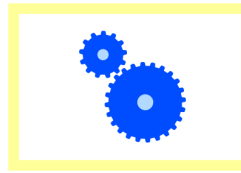
Im klassischen Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge und ohne Tankstellen) lag der Umsatz im Zeitraum Januar bis September 2006 dagegen nur um nominal 1,0 Prozent und real um 0,3 Prozent über den entsprechenden Vorjahreswerten.

Betrachtet man jedoch im klassischen Einzelhandel ausgewählte Branchen, die wie der Kraftfahrzeughandel langlebige und teurere Produkte anbieten, so sind von Januar bis September 2006 auch hier überdurchschnittliche Zuwächse beim Umsatz festzustellen. Dies gilt unter anderem für den Handel mit Wohnmöbeln und Einrichtungsgegenständen, in dem der Umsatz nominal und real jeweils um 2,1 Prozent stieg, sowie für den Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten und Unterhaltungselektronik (nominal + 2,0 Prozent, real + 7,6 Prozent).

Dem standen nur sehr geringe Umsatzzuwächse oder sogar Umsatzrückgänge in anderen Einzelhandelsbranchen gegenüber. Der Einzelhandel mit Lebensmitteln konnte zum Beispiel im gleichen Zeitraum seinen Umsatz nur um nominal 1,1 Prozent steigern, real ging er um 0,5 Prozent zurück.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Verarbeitendes Gewerbe September 2006: weniger Beschäftigte; mehr Umsatz



Ende September 2006 waren in Deutschlands Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 5,9 Millionen Personen tätig. Das

waren 10 500 Personen oder 0,2 Prozent weniger als im September 2005. Die Zahl der im September 2006 geleisteten Arbeitsstunden nahm im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 1,7 Prozent auf 775,4 Millionen ab, wobei der Berichtsmonat 21 Arbeitstage hatte und somit einen weniger als im September 2005. Die Entgelte (Lohn- und Gehaltssumme) lagen bei 18,5 Milliarden EUR; das waren 4,2 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.

Gegenüber September 2005 erhöhte sich der Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) um 2,6 Prozent auf 141,0 Milliarden EUR; der darin enthaltene Auslandsumsatz stieg um 5,6 Prozent auf 59,4 Milliarden EUR. Der Inlandsumsatz nahm geringfügig um 0,5 Prozent auf 81,6 Milliarden EUR zu.

Die nominalen Gesamtumsätze wichtiger Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich im September 2006 überwiegend positiv. Von einigen Zweigen wurde die durchschnittliche Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt gegenüber September 2005 deutlich übertroffen, so von der Metallerzeugung und -bearbeitung (+ 26,1 Prozent), dem Holzgewerbe (ohne die Herstellung von Möbeln) (+ 9,6 Prozent), dem Ledergewerbe (+ 8,8 Prozent) sowie dem Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (+ 8,6 Prozent). Überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen wurden auch in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, in der Medizin-, Mess-, Steuertechnik, Optik, Herstellung von Uhren (jeweils + 6,7 Prozent), im Maschinenbau (+ 6,1 Prozent), im Papiergewerbe (+ 3,8 Prozent) sowie in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+ 3,3 Prozent) erzielt. Knapp über dem Durchschnitt lag auch das Umsatzplus in der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+ 2,7 Prozent). Unterdurchschnittlich fiel die Umsatzsteigerung im Ernährungsgewerbe (+ 1,5 Prozent) und in der Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten (+ 0,2 Prozent) aus. In den Zweigen Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung sowie in der Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und Einrichtungen gingen die Umsätze um 2,5 Prozent beziehungsweise 10,1 Prozent zurück.

Aus Europa

Internetzugang und Breitbandanschluss zugenommen



Im ersten Quartal 2006 hatten 52 Prozent der Haushalte in den 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU25) Zugang zum Internet (48 Prozent im ersten Quartal 2005), und

32 Prozent hatten 2006 einen Breitbandanschluss (23 Prozent in 2005). Anfang des Jahres 2006 hatten 94 Prozent der Unternehmen mit mindestens zehn beschäftigten Personen Zugang zum Internet (91 Prozent Anfang 2005), und 75 Prozent hatten Breitbandanschluss (63 Prozent in 2005). Im ersten Quartal 2006 nutzten 47 Prozent der Privatpersonen in den EU25 das Internet regelmäßig, d. h. mindestens einmal wöchentlich, entweder zu Hause oder an einem anderen Ort.

Der höchste Anteil der Haushalte mit **Internetzugang** im ersten Quartal 2006 wurde in den Niederlanden (80 Prozent) festgestellt, der niedrigste in Griechenland (23 Prozent). Anfang 2006 verzeichnete Finnland (99 Prozent) den höchsten Anteil an Unternehmen mit Internetzugang. Nur in Lettland (80 Prozent), Zypern (86 Prozent), Litauen (88 Prozent) und Polen (89 Prozent) lag der Anteil der Unternehmen mit Internetanschluss unter 90 Prozent.

Breitband bietet eine sehr viel schnellere Verbindung zum Internet, und mit ihm ist eine Änderung der Art der Internetnutzung möglich. Der Anteil der Haushalte mit Breitbandanschluss war 2006 am höchsten in den Niederlanden (66 Prozent); am niedrigsten war er in Griechenland (4 Prozent), der Slowakei (11 Prozent), Zypern (12 Prozent) und Irland (13 Prozent). Bei den Unternehmen mit Breitbandanschlüssen ergaben sich die höchsten Prozentsätze in Schweden und Finnland (je 89 Prozent); die niedrigsten in Polen (46 Prozent), Zypern (55 Prozent), Litauen (57 Prozent) und Lettland (59 Prozent).

Quelle: Eurostat

Regionale Erwerbslosenquote 2005 in der Europäischen Union zwischen 2,6 Prozent und 30,1 Prozent



In der EU25 wurden im Jahr 2005 sehr unterschiedliche regionale Erwerbslosenquoten gemessen. Am niedrigsten war die Quote mit 2,6 Prozent in der Region Herefordshire, Worcestershire & Warwickshire im Vereinigten Königreich, am höchsten mit 30,1 Prozent in Réunion in Frankreich.

In der EU25 insgesamt fiel die Erwerbslosigkeit von 9,2 Prozent im Jahre 2004 auf 9,0 Prozent im Jahr 2005. Auf regionaler Ebene fiel die Quote in 47 Prozent der 252 Regionen in der EU25, für die Daten verfügbar waren.

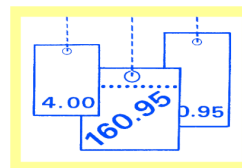
43 der 252 Regionen wiesen 2005 eine Erwerbslosenquote von 4,5 Prozent oder weniger auf. Dazu gehörten 22 Regionen im Vereinigten Königreich, sieben in Italien, fünf in Österreich, vier in den Niederlanden, beide Regionen Irlands und jeweils eine Region in Belgien und der Tschechischen Republik sowie Luxemburg. Im Gegensatz dazu wiesen 23 Regionen eine Quote von 18,0 Prozent oder höher auf. Dazu zählten jeweils acht Regionen in Polen und Deutschland, vier in Frankreich (sämtliche Überseedepartements), zwei in der Slowakei und eine in Spanien.

Die Frauenerwerbslosenquote variierte zwischen 2,3 Prozent und 33,3 Prozent und die Jugenderwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen lag zwischen 6,2 und 59,1 Prozent.

Weitere Daten zur regionalen Erwerbslosigkeit, zusammengestellt auf der Grundlage der gemeinschaftlichen Arbeitskräfteerhebung, sind dem Bericht „Die regionale Erwerbslosigkeit in der Europäischen Union, Bulgarien und Rumänien in 2005“ zu entnehmen. Dieser Bericht, erschienen am 16. November 2006 (Eurostat, Statistik kurz gefasst, Allgemeine Statistik, Nummer 1/2006), enthält weitere Analysen über Erwerbs- und Erwerbslosenquoten sowie Arbeitsmigration in den EU-Regionen.

Quelle: Eurostat

Jährliche Inflationsrate der Eurozone auf 1,6 Prozent gesunken

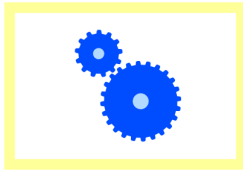


Die jährliche Inflationsrate der Eurozone lag im Oktober 2006 bei 1,6 Prozent, gegenüber 1,7 Prozent im September. Ein Jahr zuvor hatte sie bei 2,5 Prozent gelegen. Im Oktober 2006

betrug die monatliche Inflationsrate 0,1 Prozent. Die jährliche Inflationsrate der EU25 lag im Oktober 2006 bei 1,8 Prozent, gegenüber 1,9 Prozent im September. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,4 Prozent betragen.

Die niedrigsten jährlichen Raten wurden im Oktober 2006 in Luxemburg (0,6 Prozent), der Tschechischen Republik (0,8 Prozent) und Finnland (0,9 Prozent) gemessen, die höchsten in Ungarn (6,3 Prozent), Lettland (5,6 Prozent) und Estland (3,8 Prozent). Im Vergleich zum September 2006 stieg die jährliche Inflationsrate in vier Mitgliedstaaten, blieb in fünf unverändert und ging in sechzehn zurück.

Auftragseingänge in der europäischen Industrie gesunken



In der Eurozone ist der Index der Auftragseingänge in der Industrie im September 2006 gegenüber dem Vormonat um 1,3 Prozent gesunken, nachdem er im August des gleichen Jahres

um 3,8 Prozent und im Juli um 2,0 Prozent angestiegen war. In der EU25 sanken die Auftragseingänge im September 2006 um 1,0 Prozent, nach einem Anstieg um 2,7 Prozent im August und um 1,7 Prozent im Juli. Werden Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau ausgenommen, gingen die Auftragseingänge in der Industrie im September 2006 in der Eurozone um 2,0 Prozent und in der EU25 um 0,7 Prozent zurück.

Im Vergleich zum September 2005 erhöhte sich der Index der Auftragseingänge in der Industrie im September 2006 in der Eurozone um 7,6 Prozent und in der EU25 um 6,8 Prozent. Betrachtet man die Auftragseingänge ohne Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau, so betrug der Anstieg in der Eurozone 5,4 Prozent und 5,0 Prozent in der EU25.

Quelle: Eurostat

Zwei Millionen Vollzeitäquivalente im Bereich Forschung und Entwicklung 2004



Im Jahr 2004 waren in der EU25 2,82 Millionen Personen im Bereich Forschung und Entwicklung beschäftigt. Unter Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigten entspricht diese Zahl 2,05

Millionen Vollzeitäquivalente. Auf Deutschland entfielen 23 Prozent der Vollzeitäquivalenten, es folgen Frankreich (17 Prozent), Italien und Spanien (je 8 Prozent).

Im Jahr 2004 waren über die Hälfte (53 Prozent) des in der EU25 beschäftigten Personals in Forschung und Entwicklung im Unternehmenssektor, 31 Prozent in der Hochschulbildung, 14 Prozent dagegen im staatlichen Sektor tätig. In den Mitgliedstaaten, für die Daten zur Verfügung standen, entfiel in vierzehn Mitgliedstaaten der größte Anteil des Forschungs- und Entwicklungspersonals auf den Unternehmenssektor, in neun auf den Hochschulbildungssektor, in einem dagegen (Zypern) auf den staatlichen Sektor.

Die Hälfte des Forschungspersonals in der EU25 war im Unternehmenssektor beschäftigt. 1,2 Millionen Vollzeitäquivalente entfielen im Jahr 2004 auf die in der Forschung tätigen Personen, das sind 3,5 Prozent mehr als im

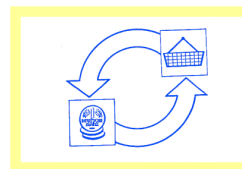
vergangenen Jahr. Die höchsten Anteile der in der Forschung Beschäftigten wiesen Deutschland (22 Prozent der Gesamtzahlen für die EU25), Frankreich (17 Prozent im Jahr 2003), Spanien (8 Prozent) und Italien (6 Prozent im Jahr 2003) auf.

Beinahe die Hälfte (49 Prozent) des in der EU25 beschäftigten Forschungspersonals war im Unternehmenssektor, 36 Prozent in der Hochschulbildung, 13 Prozent dagegen im staatlichen Sektor tätig. In Luxemburg (79 Prozent), Dänemark (62 Prozent) und Deutschland (60 Prozent) waren über 60 Prozent der Forscher im Unternehmenssektor beschäftigt. In sieben weiteren Ländern entfielen auf den Sektor mehr als 50 Prozent der Forscher: Schweden (58 Prozent), Finnland (57 Prozent), Irland (57 Prozent), die Niederlande (53 Prozent), Frankreich (52 Prozent) und Belgien (52 Prozent). Über 70 Prozent der im Unternehmenssektor beschäftigten Forscher in der EU25 waren in der verarbeitenden Industrie, 26 Prozent dagegen im Dienstleistungssektor tätig.

In zwölf der Mitgliedstaaten, für die Daten verfügbar waren, entfiel der größte Anteil der im Forschungsbereich beschäftigten Personen auf den Hochschulbildungssektor: über 60 Prozent der Beschäftigten in Malta (80 Prozent), Lettland (72 Prozent), Litauen (71 Prozent), Polen (65 Prozent), Estland (64 Prozent) und in der Slowakei (61 Prozent); über 50 Prozent dagegen in Griechenland (59 Prozent), Zypern (54 Prozent) und Spanien (51 Prozent).

Quelle: Eurostat

Bruttoinlandsprodukt in Europa gestiegen



Im Vergleich zum Vorquartal ist im dritten Quartal 2006 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Eurozone um 0,5 Prozent und in der EU25 um 0,6 Prozent angestiegen. Im zweiten Quartal 2006

betrug die Wachstumsrate noch + 0,9 Prozent, sowohl in der Eurozone als auch in der EU25.

Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres ist das saisonbereinigte BIP im dritten Quartal 2006 in der Eurozone um 2,6 Prozent und in der EU25 um 2,8 Prozent gestiegen, nach + 2,7 Prozent bzw. + 2,9 Prozent im Vorquartal.

Im Verlauf des dritten Quartals 2006 stieg das BIP der Vereinigten Staaten um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal an, nach + 0,6 Prozent im zweiten Quartal. Verglichen mit dem dritten Quartal 2005 stieg das BIP in den Vereinigten Staaten um 2,9 Prozent, nach + 3,5 Prozent im Vorquartal.

Quelle: Eurostat

Wirtschaftstrends im Überblick – September 2006

Bei der Konjunkturumfrage der drei brandenburgischen Industrie- und Handelskammern wurde – bis auf die Bauindustrie – eine Fortsetzung des Aufwärtstrends festgestellt. Die Anzahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich im September 2006 im Vergleich zum September 2005 um 4,0 Prozent; das waren 8 811 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen sank gegenüber dem gleichen Zeitraum aktuell auf 17,7 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Produktionsindex, der Gesamtumsatz und der Auftragseingangsindex eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz – wobei auch die Beschäftigtenzahlen stiegen und damit eine Trendumkehr signalisierten. Für das Bauhauptgewerbe ist ein leicht steigender Trend beim Umsatz, der allerdings die Beschäftigtenzahlen noch nicht erreicht hat, kennzeichnend. Der brandenburgische Einzelhandel bewegt sich bei den Beschäftigten und beim Umsatz etwa gleichmäßig seitwärts. Im Gastgewerbe verzeichneten der nominale Umsatz und die Beschäftigtenzahlen eine zunehmende Tendenz. Die brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen – nach wie vor – sehr lebhaft; dabei die Einfuhren stärker als die Ausfuhren. Sowohl die Anzahl der Gäste, wie auch die Übernachtungen stiegen leicht an. Der Verbraucherpreisindex sank nach längerem fast konstantem Anstieg etwas ab; die Inflationsrate lag nunmehr bei 1,3 Prozent.

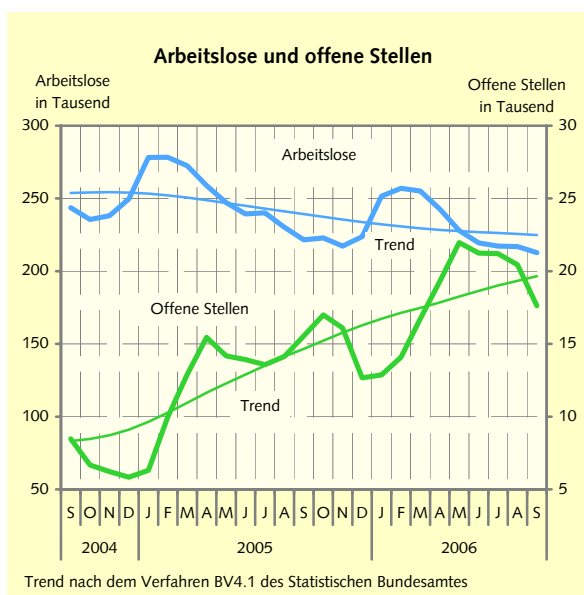
Weiter gefestigt hat sich die gute Stimmung der gewerblichen Wirtschaft zum **Konjunkturbericht Herbst 2006 der Industrie und Handelskammer** für die drei brandenburgischen IHK¹⁾. Über ein Drittel der befragten Unternehmen berichten von einer guten Geschäftslage. Gegenüber der Umfrage im Herbst 2005 haben sich die negativen Stimmen weiter reduziert. Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen liegt deutlich im Plus. Den erfolgreichsten Geschäftsverlauf hat das Verarbeitende Gewerbe zu verzeichnen. Sowohl im Ausland wie auch im Inland konnte die Industrie ihre Marktposition weiter ausbauen. Im Dienstleistungsgewerbe sind es vor allem die unternehmensnahen Branchen, die ein Wachstum verzeichnen. Auf Grund der gestiegenen Konsumnachfrage berichtet auch der Handel von einer guten Geschäftslage. Im Baugewerbe hat sich die Talfahrt verlangsamt, von einer Trendwende kann jedoch noch nicht gesprochen werden.

Im Land Brandenburg wurden Ende September 2006 mit 212 751 Personen rund 1,9 Prozent weniger **Arbeitslose** als im Vormonat, dem August 2006, registriert. Im Vergleich zum September 2005 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 4,0 Prozent, das entspricht 8 811 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Brandenburgs betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 17,7 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 16,0 Prozent. Das sind gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,4 bzw. 0,5 Prozentpunkte weniger. Damit liegt die brandenburgische Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbsperso-

nen 5,9 bzw. auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 6,3 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber 0,4 bzw. 0,6 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen und berliner Werten. Dabei ist zu beachten, dass zum Jahreswechsel 2004/2005 bei beiden Kennziffern auf Grund der veränderten gesetzlichen Bestimmungen und methodischen Änderungen ein Zuwachs von etwa 2,2 bis 2,3 Prozentpunkten auftrat. Insgesamt hat sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Anzahl und der Quoten der Arbeitslosen – die deutlich fallende Tendenz gefestigt.

Die gemeldeten **offenen Stellen** haben sich seit dem September vorigen Jahres um 2 067 oder um 13,3 Prozent – und das bei einem seit fast zwei Jahren linear steigendem Trend – erhöht. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12. Die Anzahl der in ABM, Weiterbildung und in Kurzarbeit befindlichen Personen hat sich, nachdem sie in den vergangenen Monaten sehr stark gefallen war, wieder etwas erhöht – im Vergleich zum Vormonat um 5,5 Prozent. Beim Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahresmonat – dem September 2005 – sind es + 7,2 Prozent. Die wieder leicht gefallene Anzahl offener Stellen und die leicht erhöhte Zahl der in ABM, Weiterbildung und in Kurzarbeit befindlichen Personen deuten eventuell auf eine zukünftig schwächer fallende Arbeitslosenzahl hin.

1) IHK-Konjunkturumfrage Herbst 2006, Industrie- und Handelskammer Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam.

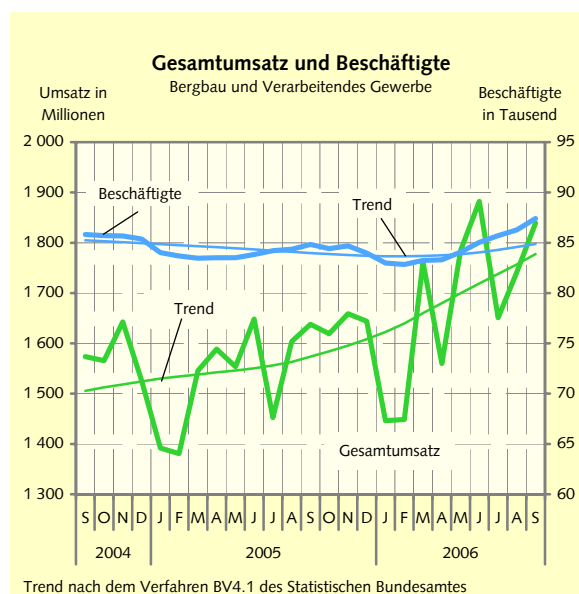


Die im Monat September 2006 im **Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** berichtspflichtigen 1 069 brandenburgischen Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 839 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 201,2 Millionen EUR bzw. 12,3 Prozent überboten. Im gleichen Zeitraum stiegen der Auftragseingangsindex des Verarbeitenden Gewerbes um 16,1 Prozent und der Index der Nettoproduktion um 13,0 Prozent. Der Gesamtumsatz hat sich weiter stark erhöht und die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) stieg demzufolge auch weiter an; auf 21 042 EUR pro Beschäftigten. Im Gegensatz dazu sank der Bruttolohn- und die Gehaltssumme je Beschäftigter im Vergleich zum September 2005 um 1,1 Prozent. Aber auch hier ist der Trend wieder leicht ansteigend. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2006 konnten die brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 15,1 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem ersten bis dritten Quartal des Jahres 2005 bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 9,5 Prozent. Beim Vergleich der letzten 12 Monate mit der vorangegangenen Periode ergibt sich sogar ein stabiler Zuwachs des Gesamtumsatzes von 8,1 Prozent.

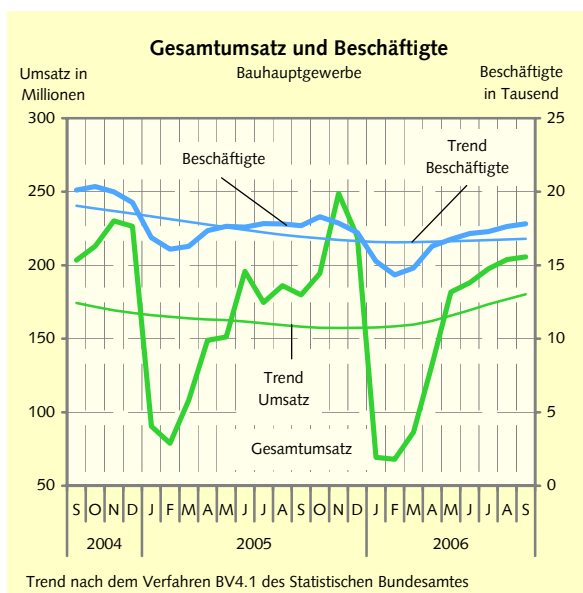
Insgesamt stieg die Auslandsnachfrage in diesem Unternehmenssektor wiederum wesentlich stärker als die brandenburgische Binnennachfrage. Dies zeigte sich sowohl beim Vergleich der Auftragseingangsindexe als auch beim Vergleich der jeweiligen Umsatzzahlen. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses wichtigsten brandenburgischen Wirtschaftszweiges erreichte im September 2006 ein Niveau von ca. 410 Millionen EUR. Im Vergleich zu dem Mittelwert der drei Vorjahresquartale ergab sich eine Verbesserung um 14,3 Prozent oder

556,2 Millionen EUR, beim Vergleich der letzten 12 Monate insgesamt ergab sich dann ein Zuwachs von 15,2 Prozent oder 612 Millionen EUR. Im ersten Dreivierteljahr des Jahres 2006 wurden 3,6 Milliarden EUR im Ausland umgesetzt und in den letzten 12 Monaten – also vom Oktober 2005 bis zum September 2006 – etwa 4,6 Milliarden EUR und bewirkten damit in diesem Zeitraum 23,1 Prozent des Gesamtumsatzes. Der Index der Auftragseingänge der brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes aus dem Ausland betrug 170,8 – im September 2006 und bezogen auf das Basisjahr 2000 \triangleq 100. Insgesamt ist bei den Auftragseingängen aus dem Ausland eine unetere Entwicklung als bei dem Inlandsauftragsindex festzustellen. Im Monat September 2006 lag der Gesamtindex um 16,1 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats – im Vergleich zum Mittelwert der drei Quartale waren es + 9,8 Prozent. Im 12-monatigen Mittel lag er um 5,9 Prozent über den entsprechenden Vergleichswerten des Vorjahreszeitraumes.

Bei der Beschäftigtenanzahl ist nun auch eine Trendwende zu steigenden Werten sichtbar geworden. Im September 2006 waren im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 87 405 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem August 2006 – stieg die Anzahl der Beschäftigten um 1,3 Prozent oder 1 124 Personen an. Damit hat sich der im letzten Bericht angekündigte steigende Trend bei den Beschäftigtenzahlen fortgesetzt. Es ist wieder das Niveau von vor drei Jahren erreicht. Gegenüber dem Drei-Quartals-Zeitraum des Vorjahres als auch gegenüber dem Volljahresvergleich entwickelte sich die Beschäftigtenzahl positiv; um + 0,7 bzw. + 0,2 Prozent.

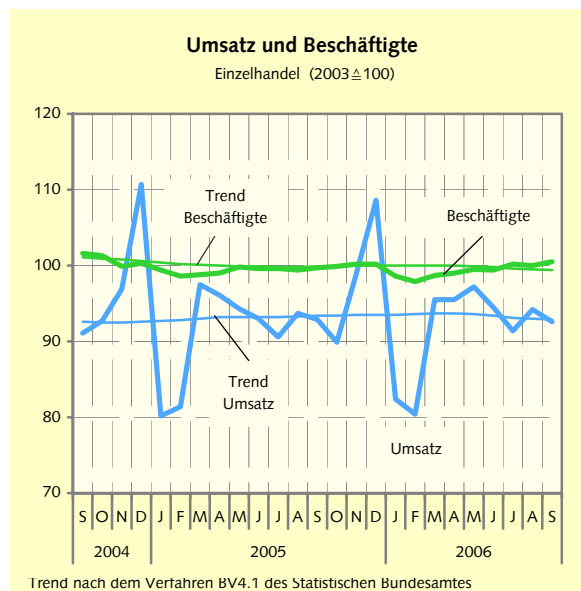


Die rückläufige Nachfrage im brandenburgischen **Bauhauptgewerbe** schwächte sich im dritten Quartal 2006 etwas ab. Die 343 im September 2006 berichtspflichtigen Betriebe (360 Betriebe waren es noch im September 2005) erreichten mit 17 820 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 206 Millionen EUR, der Umsatz lag um 14,3 Prozent über dem Wert vom September 2005. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen und den Sondereffekt durch den Wegfall der Eigenheimzulage am Ende des Jahres 2005. Ebenso deutlich sind die unterschiedlichen Tendenzen der beiden Kennziffern Umsatz (steigend) und Beschäftigte (gleichbleibend bis leicht fallend) erkennbar. Die Anpassung nach einer Hochphase im Gefolge der Wiedervereinigung ist im Bauhauptgewerbe noch nicht abgeschlossen. Die in den letzten Monaten leicht gestiegenen Kennziffern können aus den Nachholeffekten des kalten Winters 2005/2006 und einer allgemeinen Konjunkturbelebung resultieren. Im September 2006 erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragsseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – ein Niveau von rund 209 Millionen EUR. Es lag damit um 0,8 Prozent über den Angaben im September 2005. Die Beschäftigtenzahl im brandenburgischen Bauhauptgewerbe verminderte sich im Vergleich der vergangenen 12 Monate (Oktober 2005 bis September 2006 zu Oktober 2004 bis September 2005) um 6,5 Prozent. Im weniger aussagefähigen Vergleich zum Vorjahresmonat waren es 123 Beschäftigte oder 0,7 Prozent weniger.

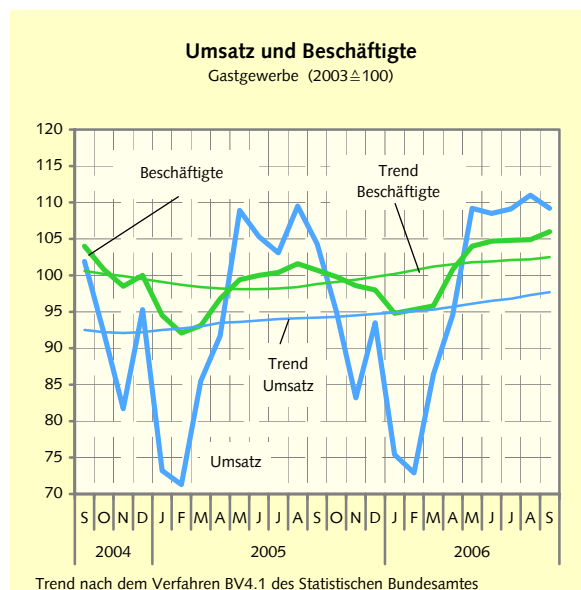


Beim nominalen Umsatz-Index im brandenburgischen **Einzelhandel** zeigte sich in den letzten 12 Monaten, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, eine fast gleichbleibende Tendenz. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug – 0,3 Prozent und beim Vergleich der gesamten letzten 12 Monate zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ergab sich lediglich ein Plus von 0,1 Prozent. Der

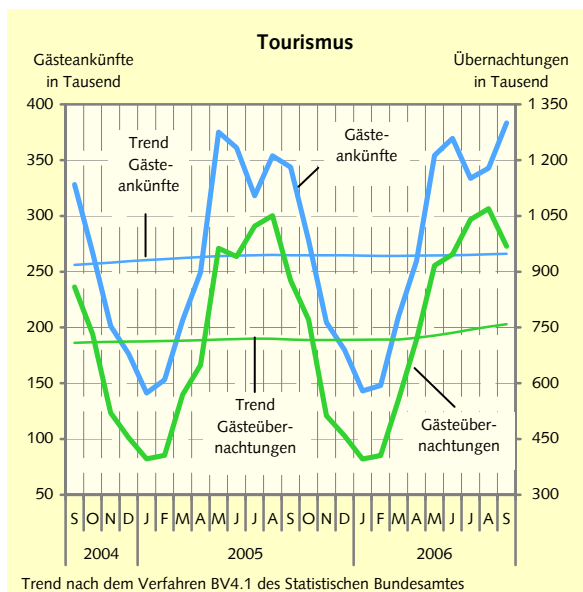
Trend bei den Beschäftigten- und Umsatzindexen ist fast gleichbleibend. Die Beschäftigten-Kennziffern lauten: + 0,8 Prozent für September 2006 zum September 2005 und – 0,1 Prozent für den Vergleich der entsprechenden 12-monatigen Zeiträume.



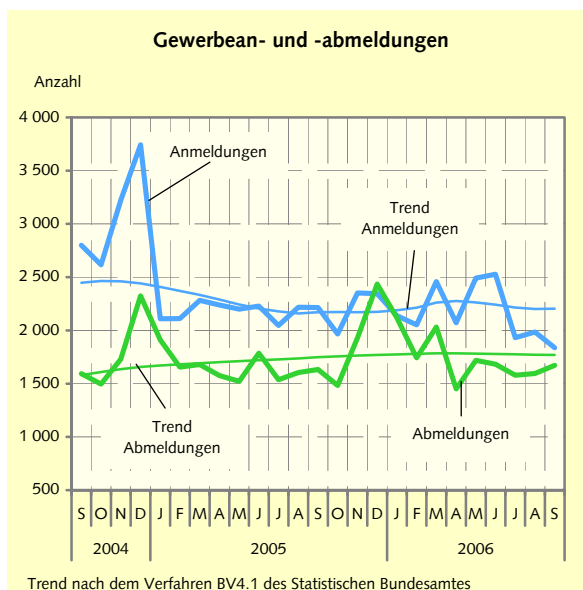
Im ebenfalls saisonal geprägten **Gastgewerbe** war ein leicht aber kontinuierlich steigender Trend bei Umsatz und Beschäftigten erkennbar. Beim nominalen Umsatz trat im Vergleich zum September 2005 eine Veränderung von + 4,7 Prozent auf und im Vergleich der Ganzjahreszeiträume war ein Zuwachs von 2,3 Prozent feststellbar. Der Index der Beschäftigtenanzahl stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,3 Prozent, im Jahresvergleich um 2,5 Prozent.



Im September 2006 betrug die Anzahl der Übernachtungen in der **Tourismusbranche** 968,4 Tausend; gegenüber dem September 2005 waren es 10,5 Prozent mehr. Beim Vergleich des jährlichen Zeitraumes ergibt sich ein Plus von 2,1 Prozent. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Gast im September 2006 etwa 2,5 Übernachtungen.

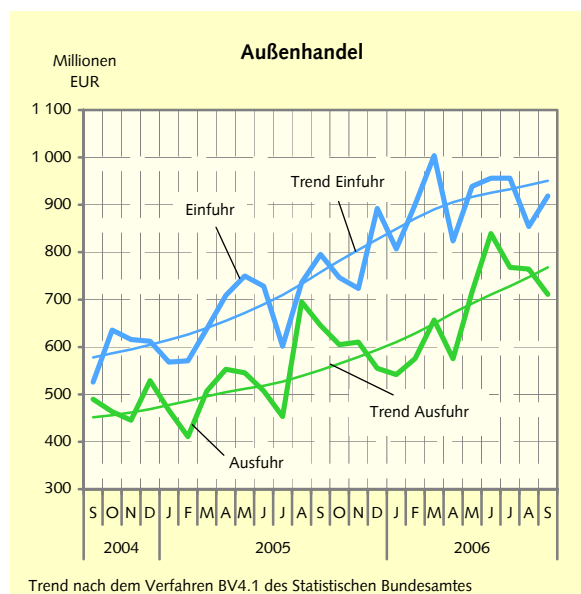


Die Zahl der **Gewerbeanmeldungen** verminderte sich gegenüber dem September 2005 um 17,0 Prozent; im Einjahres-Vergleichszeitraum sind es – 10,5 Prozent. Seit Juli 2006 liegt die Anzahl der Gewerbeanmeldungen knapp unter der 2 000er-Grenze. Die Zahl der **Gewerbeabmeldungen** nahm wieder leicht zu, ohne bisher allerdings eine Trendumkehr zu signalisieren. Die analogen Werte zu den gleichen Vergleichszeiträumen der Gewerbeanmeldung betragen: zum Vorjahresmonat

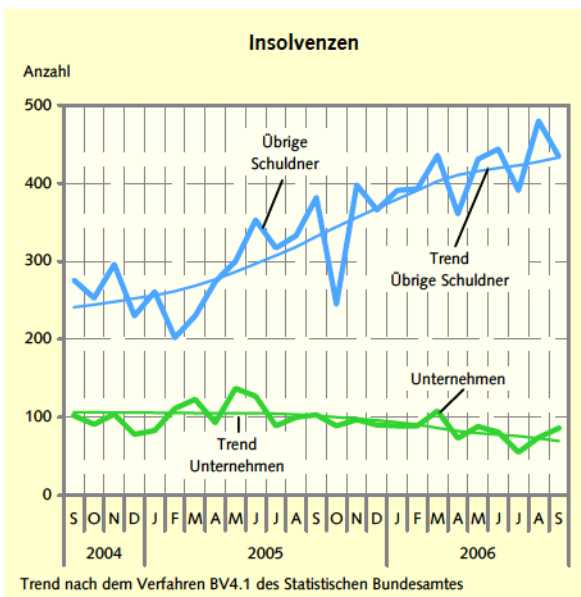


+ 2,4 Prozent und im Vergleich der Einjahreszeiträume + 4,8 Prozent. Die Gewerbeabmeldungen liegen seit dem Januar 2006 wieder deutlich unter den –anmeldungen, beide nähern sich aber wieder aneinander an.

Beim brandenburgischen **Außenhandel** erreichte der gesamte Exportwert der brandenburgischen Wirtschaft im September 2006 ein Volumen von 711,1 Millionen EUR und lag damit um 10,2 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Bei dem Dreivierteljahresvergleich ergab sich ein Plus von 28,5 Prozent. In der Grafik ist sowohl für den Export (Generalhandel) als auch für den Import (Spezialhandel) ein sehr stabiler Aufwärtstrend zu beobachten. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des brandenburgischen Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist. Tendenziell wächst der Import schneller als der Export, wie aus den in der Grafik eingezeichneten Trendverläufen ersichtlich ist.

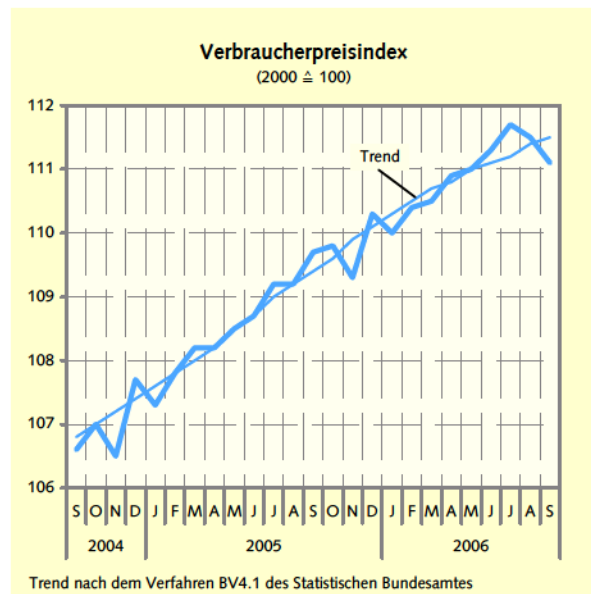


Bei den **Insolvenzen** liegen für die Unternehmen und die übrigen Schuldner gegensätzliche Tendenzen vor. Bei den Unternehmensinsolvenzen ist ein deutlich fallender Trend erkennbar. Sie sind langfristig und stabil bei weit unter 100 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den Insolvenzen der übrigen Schuldner ist demgegenüber eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten. Im Monat September 2006 stiegen die Insolvenzen der übrigen Schuldner gegenüber dem Vorjahresmonat um 13,6 Prozent auf 434 Fälle an. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Unternehmensinsolvenzen nur 86 Fälle, das sind – 16,5 Prozent im Vergleich zum September 2005. Beim Vergleich der Ganzjahreszeiträume ist der Rückgang der Insolvenzfälle der Unternehmen noch stärker; es sind beachtliche 17,8 Prozent weniger.



Der **Verbraucherpreisindex** als Indikator der Entwicklung der Verbraucherpreise lag im Monat September 2006, bezogen auf das Jahr 2000, bei 111,1. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindexes, zwischen September 2005 und September 2006 ergab sich damit der Wert von + 1,3 Prozent. Die Änderungsrate befand sich damit unter dem Niveau der jährlichen und der dreivierteljährlichen Vergleichswerte. Es zeigt sich ein langfristig konstanter Trend, der nur un-

wesentlich von den einzelnen Monatswerten abweicht, aber in den letzten beiden Monaten doch stärker abfiel. Im sehr langfristigen Vergleich der Jahresraten des Verbraucherpreisindexes ist allerdings eine „schleichende“ Erhöhung – ausgehend von etwa einem Prozent im Jahr 2003 auf den gegenwärtigen Trend von leicht über 2,0 Prozent – erkennbar.



Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im September 2006
(Basis: Originalwerte, Stand vom 30.11.2006)

Merkmal	Einheit	September 2006		Januar 2006 – September 2006		Oktober 2005 – September 2006	
		absolut	Verände- rung zum Vorjahres- monat	Mittelwert	Verände- rung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Verände- rung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt ¹⁾							
Arbeitslose	Anzahl	212 751	– 4,0	233 421	– 7,3	230 389	– 7,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ²⁾							
Auftragseingangsindex ³⁾	2000 \triangleq 100	140,6	+ 16,1	135,8	+ 9,8	130,5	+ 5,9
Produktionsindex	2000 \triangleq 100	153,6	+ 13,0	139,2	+ 12,0	138,3	+ 10,6
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 839,2	+ 12,3	1 679,5	+ 9,5	1 669,8	+ 8,1
Beschäftigte	1 000	87,4	+ 3,0	84,5	+ 0,7	84,5	+ 0,2
Bauhauptgewerbe ²⁾							
Auftragseingang	Mill. EUR	208,9	+ 0,8	139,1	+ 4,1	135,8	– 0,2
Gesamtumsatz	Mill. EUR	205,6	+ 14,3	148,2	+ 1,5	166,3	+ 0,6
Beschäftigte	1 000	17,8	+ 0,7	16,4	– 5,0	16,7	– 6,5
Einzelhandel ⁴⁾							
Umsatz nominal	2003 \triangleq 100	92,6	– 0,3	91,5	+ 0,5	93,4	+ 0,1
Beschäftigte	2003 \triangleq 100	100,5	+ 0,8	99,3	+ 0,0	99,5	– 0,1
Gastgewerbe							
Umsatz nominal	2003 \triangleq 100	109,2	+ 4,7	97,4	+ 2,8	95,7	+ 2,3
Beschäftigte	2003 \triangleq 100	106,0	+ 5,3	101,2	+ 3,7	100,6	+ 2,5
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	711,1	+ 10,2	683,2	+ 28,5	659,9	+ 27,3
Einfuhr	Mill. EUR	918,7	+ 15,5	906,5	+ 33,8	876,8	+ 32,2
Tourismus ⁵⁾							
Gästeankünfte	1 000	383,3	+ 11,5	282,7	+ 1,7	267,2	+ 1,9
Gästeübernachtungen	1 000	968,4	+ 10,5	779,5	+ 2,0	729,8	+ 2,1
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	1 838,0	– 17,0	2 166,1	– 0,8	2 179,9	– 10,5
Insolvenzen von Unter- nehmen	Anzahl	86,0	– 16,5	82,6	– 23,1	84,9	– 17,8
Insolvenzen übriger Schuldner	Anzahl	434,0	+ 13,6	417,9	+ 41,8	397,5	+ 39,0
Verbraucherpreisindex	2000 \triangleq 100	111,1	+ 1,3	110,9	+ 2,2	110,7	+ 2,3

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Die Daten gelten 3 Monate als vorläufig. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeit Suchende. Vergleichbarkeit zu früheren Monaten nur bedingt gewährleistet.

2) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Für das Verarbeitende Gewerbe

4) Ohne Tankstellen und Kfz

5) Ohne Campingplätze

Geburten

– gestern, heute, morgen –

Kinder sind unsere Zukunft. Wie hat sich die Geburtenzahl im Land Brandenburg entwickelt? Was bringt die Zukunft? Diesen Fragen versucht der Beitrag Antworten zu geben, indem für das Gestern und Heute die Geburtenentwicklung der Jahre 1995 bis 2005 im Zusammenhang mit den Zu- und Fortzügen von Frauen im gebärfähigen Alter betrachtet werden. Für das Morgen geben die Berechnungen der Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2030 eine Antwort.

Rückgang der Geburten in der Nachwendezeit

Es war einmal ..., so fangen im allgemeinen Märchen an. Aber es war auch einmal im Land Brandenburg, als noch viele Kinder das Licht der Welt erblickten. So wurden z. B. 1960 auf dem Territorium des heutigen Landes Brandenburg 49 249 Säuglinge geboren. Dieser Wert ist nie wieder erreicht worden. 2005 kam mit 17 910 Kindern ein reichliches Drittel davon zur Welt. Diese Kinderzahl reicht nicht, um die Elterngeneration zu ersetzen. Anstelle der 2,1 Kinder je Frau wurden nur 1,28 Kinder geboren. Die Elterngeneration wurde damit nur zu 60 Prozent ersetzt. Heute fehlen die Neugeborenen, „morgen“ sind es die Schüler, etwas später die Studenten und Auszubildenden – im Anschluss folgt der Fachkräftemangel. Die demografische Welle rollt und rollt.

1990, am Anfang der politischen und gesellschaftlichen Wende, wurden immerhin noch 29 238 Kinder geboren. Jede Brandenburger Frau im gebärfähigen Alter bekam im Durchschnitt 1,5 Kinder. Die Elterngeneration wurde zu 72 Prozent ersetzt. In den folgenden Jahren änderte sich das Verhältnis zum Nachwuchs. Die Anzahl der Geburten nahm kontinuierlich ab und erreichte 1993 den Tiefpunkt. Nur 12 238 „Neu-Brandenburger“ wurden von den Standesämtern registriert. Die statistische Messlatte lag bei 735 Kindern je 1 000 Frauen (34 Prozent Elternersatz). In den Folgejahren erholte sich die Geburtenziffernsumme. Sie stieg bis 2004 auf 1 284 an. 2005 verharrte sie auf dem gleichen Niveau mit 1 282 Kindern je 1 000 Frauen. Mit 17 910 Neugeborenen waren es in etwa ebenso viele wie 1991. Erstmals seit den Aufzeichnungen im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg ab 1991 erblickten im Jahr 2005 Vierlinge das Licht der Welt. Außerdem wurden im gleichen Jahr noch neun Drillingsgeburten und 254 Zwillingspärchen erfasst.

Bis auf das Jahr 2001 wurden mehr Jungen als Mädchen geboren.

Mehrlingsgeburten^{*)} im Land Brandenburg 1995 – 2005

Jahr	Insgesamt	Zwillinge	Drillinge	Vierlinge
1995	170	168	2	–
1996	181	179	2	–
1997	205	198	7	–
1998	222	216	6	–
1999	230	221	9	–
2000	234	229	5	–
2001	263	261	2	–
2002	274	269	5	–
2003	279	268	11	–
2004	297	292	5	–
2005	264	254	9	1

^{*)} Lebendgeborene

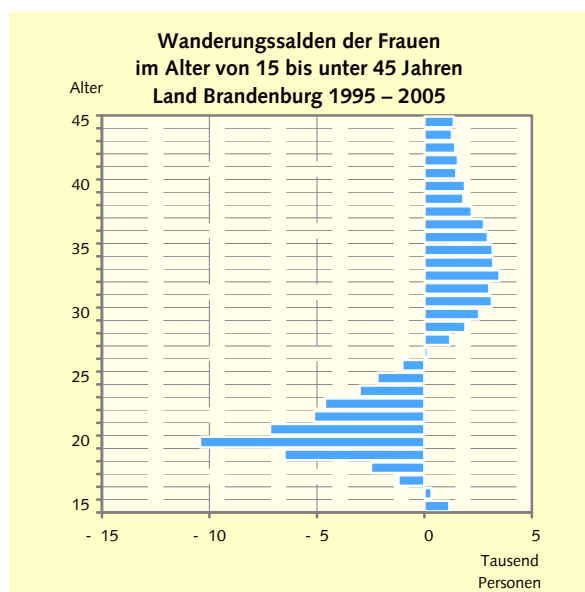
Weniger Frauen im gebärfähigen Alter

Natürlich kann man bei den vorgenannten Geburtenzahlen nicht jubilieren. Aber immerhin befand sich die Anzahl der Lebendgeborenen auf einem fast gleich bleibenden Niveau zwischen 17 000 und 18 000 Babys. Man muss sich nämlich fragen: Wo soll ausreichender Nachwuchs herkommen? Während 1995 noch 534 970 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren in Brandenburg lebten, gab es 2005 nur 499 945 potenzielle Mütter, 35 000 Frauen weniger, was in etwa der Bevölkerungszahl der Stadt Bernau im Jahr 2005 entsprach. Aufgrund der gegenüber 1995 höheren Fruchtbarkeit haben weniger Frauen mehr Kinder bekommen.

Ausgewählte Kennziffern zur Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 1995 – 2005

Jahr	Altersspezifische Geburtenziffernsumme	Lebendgeborene	Frauen 15 bis unter 45 Jahre	Wanderungs- gewinn (+)/-verlust (-) der Frauen 15 bis unter 45 Jahre
1995	840	13 494	533 540	+ 2 491
1996	951	15 140	536 991	+ 3 898
1997	1 042	16 370	540 820	+ 5 317
1998	1 100	17 146	544 339	+ 4 231
1999	1 167	17 928	544 980	+ 2 247
2000	1 208	18 444	543 441	- 1 222
2001	1 182	17 692	538 429	- 4 593
2002	1 210	17 704	531 617	- 4 505
2003	1 256	17 970	524 705	- 3 480
2004	1 284	18 148	516 538	- 3 433
2005	1 282	17 910	505 830	- 4 058

Seit dem Jahr 2000 nahm die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter kontinuierlich ab. Die Abnahme ist einerseits auf Wanderungsverluste andererseits darauf zurückzuführen, dass sich durch das Nachrücken schwächer besetzter Altersjahrgänge und Ausscheiden starker Jahrgänge die Gesamtzahl reduziert. Bei den Wanderungsverlusten muss außerdem noch berücksichtigt werden, bei welchem Alter sie besonders ausgeprägt sind. Auch wenn die Gebärfreudigkeit bei den 15- bis unter 20-jährigen Mädchen und Frauen eher als gering bezeichnet werden kann, fehlt dieser Personenkreis in der Zukunft im Frauenbestand, denn es können dadurch ja nur „ausgedünnte“ Jahrgänge nachwachsen. Folgende Grafik veranschaulicht die Altersstruktur des Wanderungssaldos in Brandenburg.

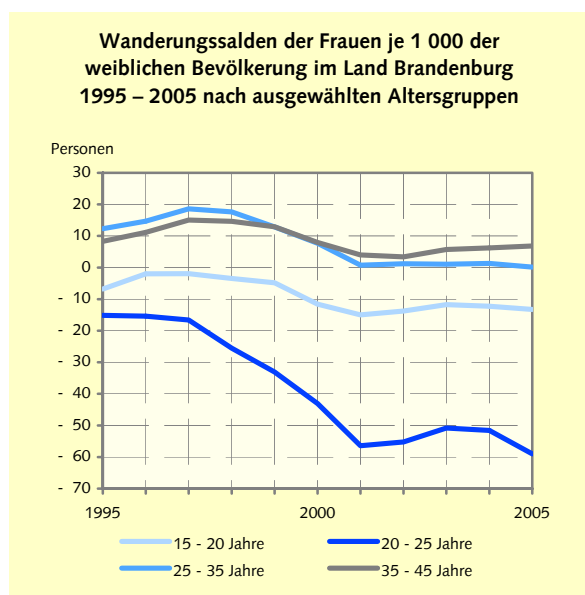


Auswirkungen der Fortzüge junger Frauen

Es darf nicht nur der Rückgang der Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter in seiner Gesamtheit betrachtet werden, sondern es spielt auch die Altersstruktur eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Entwicklung wird einerseits durch die Sterbefälle, andererseits durch die Zu- und Fortzüge beeinflusst. Die Sterbefälle können hierbei wiederum unberücksichtigt bleiben, da der Einfluss aufgrund geringer Sterberaten in diesem Alter unbedeutend ist. Also bilden die Wanderungen den Haupteinflussfaktor. Das Fortzugsalter beginnt nach Beendigung der Schule, um eine Lehrstelle außerhalb der Landesgrenzen anzutreten oder um ein Studium zu beginnen. Im Gesamtzeitraum 1995 bis 2005 betrug der Wanderungsverlust bei den 15- bis unter 25-Jährigen ca. 39 100 Frauen, wobei der Migrationsverlust mit ca. 30 600 Personen im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2005 besonders stark ausgeprägt war. Wie lässt sich das Wanderungsergebnis weiter quantifizieren? Welche Auswirkungen hat das auf die Anzahl der Lebendgeborenen im Land?

Wenn beispielsweise eine 15-jährige Brandenburgerin 1995 unser Bundesland verlässt, fehlt sie einerseits im Bevölkerungsbestand an sich und andererseits als zukünftige Mutter. Sie fehlt aber nicht nur im Jahre ihres Fortganges, sondern statistisch gesehen, ihre gesamten 30 fruchtbaren Jahre, es sei denn, sie kehrt in der Zeit mit der höchsten Gebärfreudigkeit zurück. In den ersten acht bis zehn Jahren fällt es geburtenzahlentechnisch noch nicht auf, dass unsere junge Brandenburgerin nicht mehr vorhanden ist. In diesem Zeitraum ist ihre Gebärfreudigkeit im Brandenburger Durchschnitt so niedrig, dass sie noch kein Kind bekommen hätte.

Im Alter zwischen 25 und 32 Jahren wäre laut Landesdurchschnitt die Wahrscheinlichkeit groß, einem Kind das Leben zu schenken. Damit die Geburtenzahl steigt, müssten die jungen Frauen also in diesem Alter nach Brandenburg kommen. In den letzten Jahren des statistisch betrachteten Alters der Frauen (bis unter 45 Jahre) tendiert die Gebärfreudigkeit, schon aus biologischen Gründen, gegen Null. Natürlich gab es auch Wanderungsgewinne bei den Frauen im Alter von 25 bis unter 30 Jahren. Im Zeitraum 1995 bis 2005 waren die Zu- und Fortzüge in dieser Altersgruppe insgesamt jedoch ausgeglichen. Gleichzeitig hatte der Wanderungsverlust der 20- bis unter 25-Jährigen eine Größenordnung von 30 418 Personen erreicht. Unten stehende Grafik stellt die Wanderungssalden der Frauen nach ausgewählten Altersgruppen dar. Sie soll noch einmal verdeutlichen, dass die hohen negativen Wanderungssalden in der ersten Phase des gebärfähigen Alters nicht durch die Wanderungsgewinne im späteren Alter ausgeglichen werden können.



Auch die in den Medien oft genannten „älteren“ Mütter werden eine Ausnahme bleiben. Von den 187 946 neugeborenen Brandenburgern im Zeitraum 1995 bis 2005 waren 98 Mütter älter als 45 Jahre. Also auch diese Altersjahrgänge retten uns nicht.

Wie wirkte sich nun die ungünstige Wanderungsstruktur auf den Bestand der 15- bis unter 45-jährigen Frauen aus? Die Anzahl der Frauen reduzierte sich von 1995 bis 2005 um 35 000 Personen. Bei den 25- bis unter 30-Jährigen waren es – 18 000 Frauen. In der nächsten Gruppe (30 bis unter 35 Jahre) waren es sogar 45 300 Frauen weniger. Die Zunahme der Frauenanzahl in der Gruppe der 35- bis 45-Jährigen um 14 000 Personen war zwar erfreulich, ist aber ein Anstieg an der „falschen“ Stelle. In den letzten elf Jahren waren im Durchschnitt von 12 Prozent der Le-

bendgeborenen die Mütter in diesem Alter. Aber bei einem Drittel der Kinder waren die Mütter zwischen 25 und 30 Jahre.

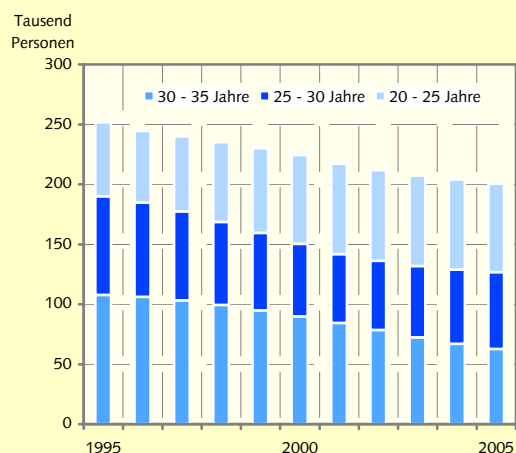
Was wäre, wenn es keine Zu- und Fortzüge gegeben hätte; der Bevölkerungsbestand sich nur natürlich fortgeschrieben hätte?

In der Bevölkerungsprognose wird es die natürliche Variante genannt. In einer Modellrechnung wurden die Wanderungen in den einzelnen Jahren nach dem Alter der Frauen eliminiert. Die Sterbefälle blieben auf Grund ihrer Geringfügigkeit unberücksichtigt. Anschließend wurde mit dieser bereinigten Frauenanzahl über die altersspezifische Geburtenziffernsumme des jeweiligen Jahres eine fiktive Anzahl der Lebendgeborenen ermittelt. Dieser Vorgang wurde für den gesamten Zeitraum durchgeführt. Das bedeutet am vorgenannten Beispiel, dass unsere 15-jährige Brandenburgerin des Jahres 1995 als potenzielle 25-Jährige bis zum Jahr 2005 Bestandteil der Mütterbasis wäre. Während im Zeitraum 1995 bis 1999 die fiktive Mütterbasis 1 300 Kinder weniger bekommen hätte, kehrt es sich ab dem Jahr 2000 um. Die jungen Frauen der Vorjahre, die jetzt rechnerisch mehr vorhanden sind, treten in ein gebärfreudigeres Alter ein. Die 25- bis unter 30-jährigen hypothetischen Frauen der Jahre 2000 bis 2005 würden etwa 10 600 Kinder mehr bekommen, als tatsächlich für den Vergleichszeitraum ermittelt wurden. Auch die hypothetischen 20- bis unter 25-Jährigen würden im gleichen Zeitraum 10 000 Kinder mehr bekommen. In der Modellrechnung wurden für den Gesamtzeitraum 1995 bis 2005 für die gesamte Mütterbasis im Alter von 15 bis unter 45 Jahren 13 200 zusätzliche neue Brandenburger ermittelt. Das entspricht in etwa der Anzahl der Lebendgeborenen des Jahres 1995. Aber wie gesagt: Das ist eine Modellrechnung und wird nie der Realität entsprechen. Es wird immer Zu- und Fortzüge geben. Da die Menschen in dem betrachteten Alter schon immer am mobilsten waren, werden sich die Wanderungsbewegungen auch in der Zukunft auf dieses Alter konzentrieren.

Keine vollständige Reproduktion der Elterngeneration

2004, dem Basisjahr der Bevölkerungsprognose, lebten im Land Brandenburg 512 174 Frauen, die im Alter zwischen 15 und unter 45 Jahre alt waren. Innerhalb des Folgejahres 2005 reduzierte sich die Anzahl um 12 229 weibliche Personen. Das ist der höchste Rückgang seit 1991. Infolge des fast gleich bleibenden Gebärverhaltens der Frauen innerhalb dieser beiden Jahre wurden auch weniger Kinder geboren. 2005 war die Geburtenzahl um 238 Kinder geringer als im Vorjahr. Die Geburtenziffernsumme als Maßzahl des Gebärverhaltens entwickelte sich nur geringfügig rückläufig. 2004 wurden von 1 000 Frauen 1 284 Kinder geboren; 2005 waren es 1 282. Das bedeutet eine 60-prozentige Reproduktion der Elterngeneration.

**Entwicklung der Frauen im Land Brandenburg
1995 – 2005 nach ausgewählten Altersgruppen**



Mütterbasis der Zukunft fehlt

Wie geht es nun weiter mit den Geburten? Wie entwickelt sich die Mütterbasis in der Zukunft? Wie viele Kinder werden von diesen Müttern zu erwarten sein?

Nachweisbar verändert hat sich die Altersstruktur der gebärenden Frauen im Land Brandenburg. Wurden 1990 noch die meisten Kinder von den 20- bis 26-jährigen Frauen geboren, so sind heute die Mütter bei der Geburt ihres Kindes überwiegend 25- bis 31-jährig. Die Geburten-
spitze liegt zurzeit bei den 28-Jährigen. Das Muster der Familienbildung hat sich bei jüngeren Frauen seit der

Wende dem Verhalten der Frauen in den alten Bundesländern bereits angenähert. Vor 1989 hatten die meisten Mütter bereits mit 26 Jahren ihre Wunschkinderzahl erreicht. So waren 1990 knapp 60 Prozent der Mütter bei der Geburt ihres Kindes unter 26 Jahre alt. Heute wird von den gleichaltrigen Frauen nur ein Drittel der Kinder geboren. In der Prognose wird angenommen, dass ausgehend vom Landesmittel der letzten drei Jahre das Durchschnittsalter der Gebärenden weiter ansteigt und bis 2015 das Niveau des früheren Bundesgebietes erreicht ist. Das bedeutet, dass dann die höchsten Geburtenziffern von den 28- bis 31-jährigen Frauen erzielt werden.

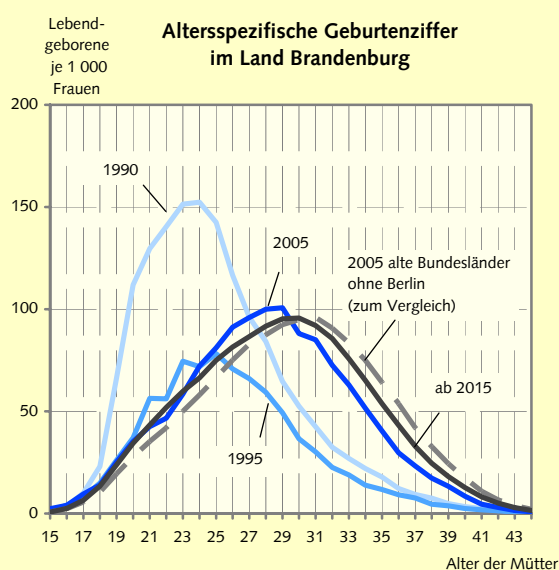
Unter der Annahme, dass die Struktur der Zu- und Fortzüge auf dem derzeitigen Niveau verharret, die Geburtenziffer nur geringfügig steigt, da die Anpassung an die alten Bundesländer schon fast erreicht wurde, kann ein Blick in die Zukunft riskiert werden.

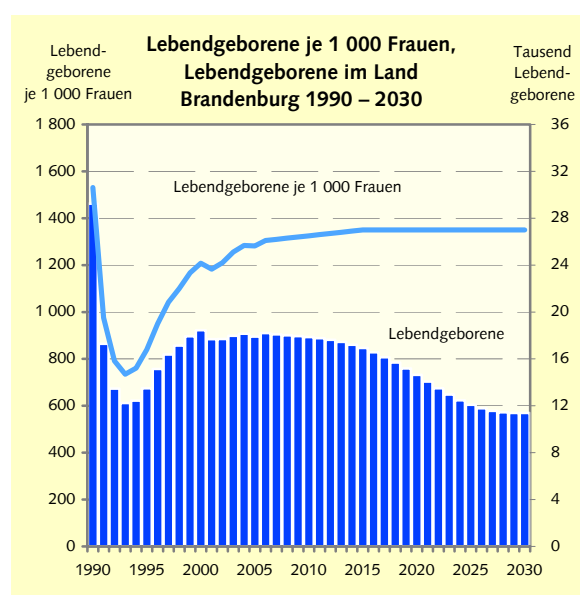
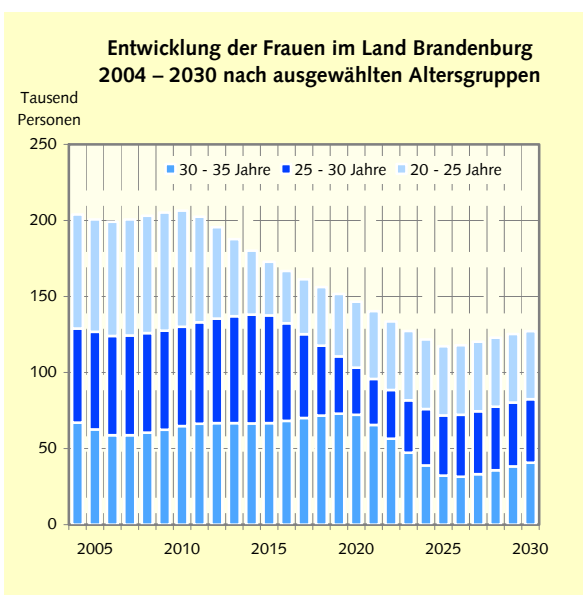
Die altersspezifische Geburtenziffernsumme wird sich von gegenwärtig 1 282 Kinder je 1 000 Frauen auf 1 350 bis zum Jahr 2015 erhöhen und bis 2030 auf diesem Niveau stagnieren. 2005 betrug der Wert in den alten Bundesländern 1 353. Die Annahmen sind also von der Gegenwart logisch abgeleitet und für die Zukunft vorstellbar, aber nicht utopisch.

Sind für die in der Zukunft zu berechnenden Neugeborenen die Mütter auch vorhanden?

Laut den Ergebnissen der aktuellen Bevölkerungsprognose werden 2030 in Brandenburg 285 900 Frauen im gebärfähigen Alter leben. Das sind 43 Prozent weniger als 2005. Um die Lebendgeborenen eines Prognosejahres zu ermitteln, wird die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter mit der altersspezifischen Geburtenziffer (z. B. 1 350) mit den jeweiligen einzelnen 30 Altersjahren multipliziert. Dabei wird gewährleistet, dass die unterschiedliche Gebärfreudigkeit in diesem Altersbereich Berücksichtigung findet. Die Entwicklung der einzelnen Altersjahre vollzieht sich unterschiedlich. Sie reicht von einer Abnahme von 35 Prozent bei den 25- bis unter 35-Jährigen bis zur Halbierung der Anzahl der 35- bis unter 45-Jährigen. Nachfolgende Grafik zeigt die wellenförmige Entwicklung der Altersgruppen, die am gebärfreudigsten sind. Geburten-
schwache Jahrgänge, die noch zusätzlich durch Wanderungsverluste minimiert werden, wachsen in das Alter mit entsprechender Gebärfreudigkeit hinein. So erreicht das Wellental die einzelnen Altersgruppen in verschiedenen Zeiträumen.

**Altersspezifische Geburtenziffer
im Land Brandenburg**





Geburtenrückgang vorprogrammiert

Der Geburtsjahrgang 1993 mit der niedrigsten Geburtenziffer (735 Kinder je 1 000 Frauen; „Wendeknick“), ist im Jahr 2020 im gebärfreudigsten Alter. 5 400 Brandenburgerinnen werden dann im Alter zwischen 27 und 28 Jahren sein. 2005 betrug deren Anzahl 13 104 Personen. So ist an diesem einen Zahlenbeispiel leicht verständlich, dass sich die Geburten in den nächsten Jahren rückläufig entwickeln werden. Weniger Frauen können auch nur weniger Kinder bekommen. Nicht geborene Säuglinge können nicht als Kinder und Jugendliche heranwachsen, um im gebärfähigen Alter selbst wieder Kinder zu bekommen. Der Kreislauf wiederholt sich ständig; stets auf einem niedrigerem Niveau. Diesen Effekt nennt man das demografische Echo. Um die Bevölkerung unseres Bundeslandes konstant zu halten, müsste jede Frau im Durchschnitt 3,5 Kinder bekommen; für europäische Verhältnisse unvorstellbar. Um das Geburtenniveau des Jahres 2005 mit fast 18 000 Neugeborenen in jedem Prognosejahr auf diesem Level zu halten, müssten die in der Zukunft vorhandenen potenziellen Mütter ebenfalls recht gebärfreudig sein. Im Prognosejahr 2020 müsste jede Frau 1,6 Kinder bekommen; zehn Jahre später sogar 2,1 Kinder; nur, um das gegenwärtige brandenburgische Niveau zu halten. Der oft gewünschte Anstieg der Geburtenzahlen ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Jetzt kann sich jeder selbst ausmalen, was auf uns zukommt. Die realistische Annahme von 1,35 Kindern je Frau führt auf Grund

der geringer werdenden Mütterbasis und einer gleichzeitig sich ändernden Altersstruktur in jedem Prognosejahr zu einer geringeren Geburtenzahl.

Ausgewählte Kennziffern der Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2004 – 2030

Jahr	Altersspezifische Geburtenziffernsumme	Lebendgeborene	Frauen 15 bis unter 45 Jahre
Basisjahr			
2004	1 284	18 148	512 174
Prognosejahre			
2010	1 325	17 870	410 931
2015	1 350	16 983	358 172
2020	1 350	14 641	336 492
2025	1 350	12 081	312 684
2030	1 350	11 384	285 850

Fazit

Es kommen schwere Zeiten auf uns zu. Der demografische Wandel macht um Brandenburg keinen Bogen. Er wirkt auch in unserem Land nachhaltig.

Angelika Löthe



Regelstudienzeiten an den brandenburgischen Hochschulen

Als Regelstudienzeit wird die Anzahl der Semester bezeichnet, in der ein Studiengang bei zügigem und intensivem Studium absolviert werden kann. Tatsächlich liegen die Fachstudienzeiten aber oft weit über den Regelstudienzeiten. Während die durchschnittliche Fachstudiendauer und der Anteil der Langzeitstudierenden bundesweit zurückgehen, ist diese Tendenz im Land Brandenburg nicht zu beobachten.

Vorbemerkungen

Studienzeiten an Hochschulen sind ein sowohl innerhalb des Hochschulbildungssystems als auch in der Öffentlichkeit viel diskutiertes Thema. Innerhalb der Hochschulstatistik werden unter anderem die Anzahl der Semester erhoben, welche die Studierenden in einem Studiengang absolvieren. Diese werden als Fachsemester bezeichnet. Dazu können auch einzelne Semester aus anderen Ausbildungsgängen innerhalb oder außerhalb einer Hochschulausbildung zählen, wenn diese als Fachsemester angerechnet werden.

Die Regelstudienzeiten sind Studienzeiten, in denen ein Studiengang bei zügigem und intensivem Studium absolvierbar ist. Die Regelstudienzeit wird durch Studien- und Prüfungsordnungen vorgegeben. In Magister- und universitären Diplomstudiengängen beträgt diese beispielsweise meist neun bis zehn Fachsemester, in Diplom-Fachhochschulstudiengängen meist acht Fachsemester, in Bachelor- und Masterstudiengängen meist sechs bzw. vier Fachsemester. Abweichungen davon sind möglich. Als Studiengang wird in der Statistik die Kombination des angestrebten Abschlusses mit bis zu drei Studienfächern bezeichnet.

Im Rahmen der Individualerhebungen der Hochschulstatistiken wird für jeden Studierenden die Fachstudiendauer erhoben, einmal in der Statistik der Studierenden und außerdem bei der Erhebung der Abschlussprüfungen. Die Regelstudienzeiten werden im Rahmen der Hochschulstatistik als Individualmerkmal nicht erhoben. Da die Regelstudienzeit mitunter deutlich von der Fachstudiendauer abweicht, wurde nach einer Lösung gesucht, um die Fachstudiendauer mit der Regelstudienzeit vergleichen zu können.

Dazu wurde eine Datei aufgebaut, in welcher alle Studiengänge für jede Hochschule in den möglichen Studienformen (Präsenz- bzw. Fernstudium; Voll- bzw. Teilzeit oder duales Studium) mit den jeweiligen Regelstudienzeiten laut Studien- und Prüfungsordnungen erfasst wurden. Eine enge Zusammenarbeit mit den brandenburgischen Hochschulen war dabei unerlässlich. Diese Datei wurde mit den Ergebnissen aus den Studierenden- und Prüfungsstatistiken verknüpft. Dadurch entsteht pro Semester jeweils eine weitere Datei, welche für alle Studierenden und alle Teilnehmer an Abschlussprüfungen sowohl die Fachstudiendauer als auch die Regelstudienzeiten enthält. Mithilfe dieser Dateien kann für die Prüfungsteilnehmer und für die Studierenden die Fachstudiendauer mit der Regelstudienzeit verglichen werden.

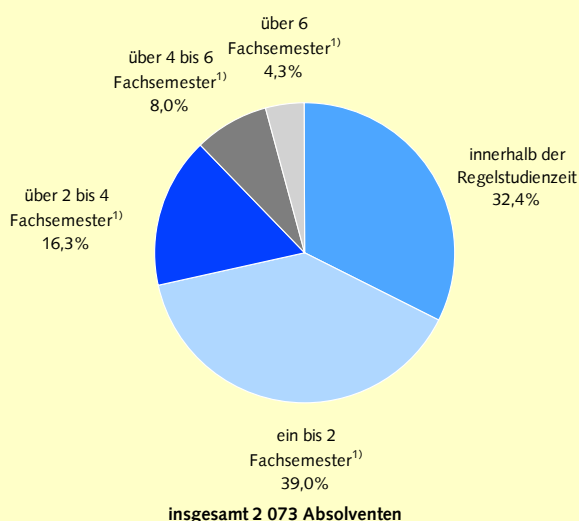
Einhaltung der Regelstudienzeiten der Absolventen

Im Prüfungsjahr 2005 wurden insgesamt 4 800 Prüfungen erfolgreich abgeschlossen. In die folgenden Betrachtungen wurden nur die Prüfungen einbezogen, die nach einem Erst- oder Zweitstudium und von eingeschriebenen Studierenden bestanden wurden. Daher wurde von 4 007 Prüfungen im Prüfungsjahr 2005 ausgegangen.

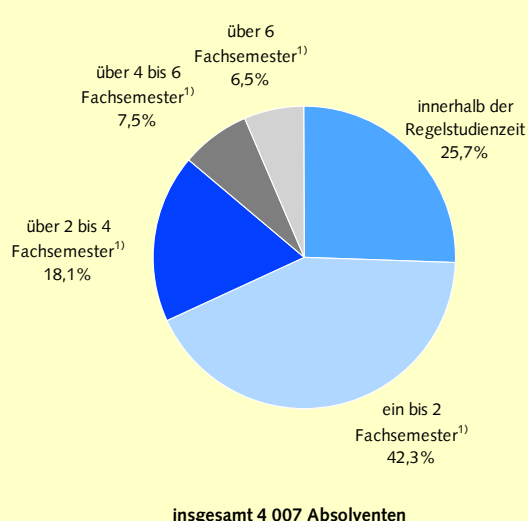
25,7 Prozent, also ein Viertel der Prüfungen wurde innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen, für weitere 42,3 Prozent wurde bis zu zwei Fachsemester länger studiert. Für fast ein Drittel der bestandenen Prüfungen wurde die Regelstudienzeit um mehr als zwei Fachsemester überzogen. Im Prüfungsjahr 2000, also fünf Jahre vorher, legte fast ein Drittel aller Absolventen ihre Abschlussprüfung innerhalb der Regelstudienzeit ab, 71,4 Prozent schafften es bis spätestens zwei Fachsemester über der Regelstudienzeit.

Anteile der Absolventen inner- und außerhalb der Regelstudienzeit

Prüfungsjahr 2000



Prüfungsjahr 2005



1) über der Regelstudienzeit

Wie die untenstehende Grafik zeigt, ergibt sich bei den einzelnen Hochschularten ein unterschiedliches Bild. Im Prüfungsjahr 2005 wurde an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) ein knappes Viertel der Prüfungen innerhalb der Regelstudienzeiten abgelegt, an Universitäten 21,6 Prozent. An Fachhochschulen beendeten drei Viertel aller Absolventen ihr Studium spätes-

tens zwei Fachsemester nach der Regelstudienzeit. An Universitäten waren das vergleichsweise nur 60,5 Prozent. Für jede elfte Universitätsprüfung wurde länger als sechs Fachsemester über der Regelstudienzeit studiert.

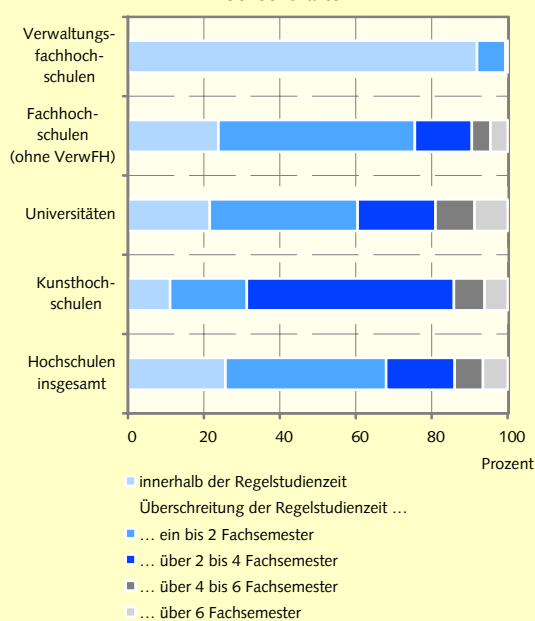
An den Kunsthochschulen wird ebenfalls überwiegend länger studiert, als es die Regelstudienzeiten vorsehen. Dort wurden nur 31,3 Prozent aller Prüfungen innerhalb der Regelstudienzeit und zwei Fachsemester darüber abgeschlossen.

Aufgrund der besonderen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen an den Verwaltungsfachhochschulen blieben hier Überschreitungen der Regelstudienzeiten eher Ausnahmen.

Beim Vergleich der Regelstudienzeiten innerhalb der einzelnen Abschlussarten werden ebenfalls große Unterschiede deutlich. So wurden im Prüfungsjahr 2005 nur 4,2 Prozent der ersten Staatsprüfungen für ein Lehramt und 7,4 Prozent der Masterabschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen. Auch Diplomabschlüsse wurden sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen kaum innerhalb der Regelstudienzeit erreicht.

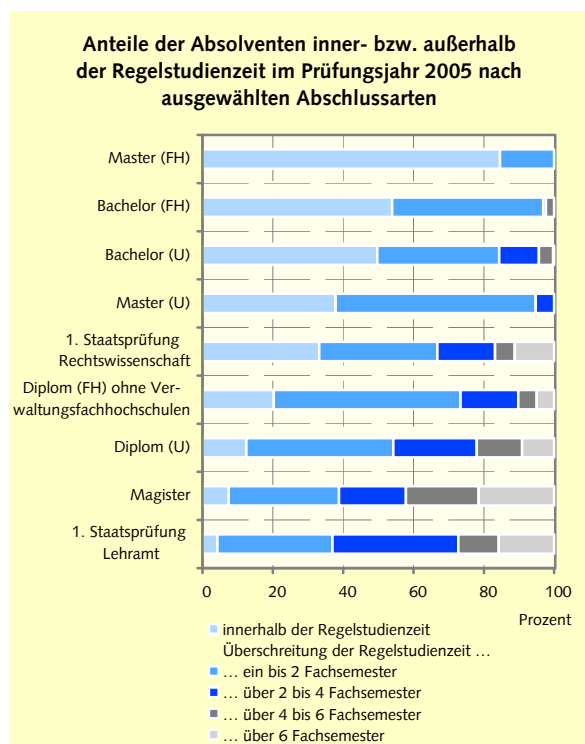
Etwas besser sieht es bei der Ersten Staatsprüfung für Rechtswissenschaften aus. Wie aus der umseitigen Grafik hervorgeht, wurde in diesem Studiengang ungefähr ein Drittel aller Prüfungen innerhalb der Regelstudienzeit bestanden. Es kann hier davon ausgegangen werden, dass sich die Freiversuchsregelung in der Juristenausbildung positiv auf die Fachstudienzeiten auswirkt. Demnach gilt eine nicht bestandene Erste Staatsprüfung als nicht unter-

Anteile der Absolventen inner- bzw. außerhalb der Regelstudienzeit im Prüfungsjahr 2005 nach Hochschularten



nommen, wenn der Studierende sich unmittelbar nach der Regelstudienzeit zur Prüfung anmeldet und alle Prüfungsleistungen in diesem Prüfungsdurchgang vollständig erbringt. Außerdem kann eine im Freiversuch bestandene Prüfung im nächsten oder übernächsten Prüfungsdurchgang, das bedeutet im nächsten oder übernächsten Semester, zur Notenverbesserung wiederholt werden. Auch diese Prüfungswiederholungen zur Notenverbesserung werden in der Statistik wieder als Erstabschlüsse erfasst. Diese Absolventen legten ihre Wiederholungsprüfung überwiegend ein bis zwei Fachsemester über der Regelstudienzeit ab.

Bei der Betrachtung der Grafik ist einschränkend zu bemerken, dass viele Bachelor- und Masterstudiengänge erst in den letzten Jahren neu eingeführt wurden. Die Anzahl der Studierenden in diesen Studiengängen ist in den vergangenen Jahren angestiegen, aber die Anzahl der abgeschlossenen Prüfungen ist – insbesondere in den Masterstudiengängen – noch zu gering, um einen uneingeschränkten Vergleich vornehmen zu können. Bei den im Prüfungsjahr 2005 bestandenen Bachelorabschlüssen sind an Fachhochschulen immerhin über die Hälfte (53,9 Prozent) und an Universitäten fast die Hälfte (49,7 Prozent) aller Abschlussprüfungen innerhalb der Regelstudienzeiten abgelegt worden. Die weitere Entwicklung der Fachstudienzeiten in diesen Studiengängen muss abgewartet werden.



Einhaltung der Regelstudienzeiten bei den Studierenden

Neben den Aussagen zur Einhaltung der Regelstudienzeit der Absolventen (Auswertung der Prüfungsstatistik) sind auch Auswertungen der Studierendenstatistik interessant.

Die Studierendenstatistik gibt darüber Auskunft, inwieweit die Studierenden noch innerhalb der Regelstudienzeit studieren bzw. inwieweit diese bereits überschritten wurde.

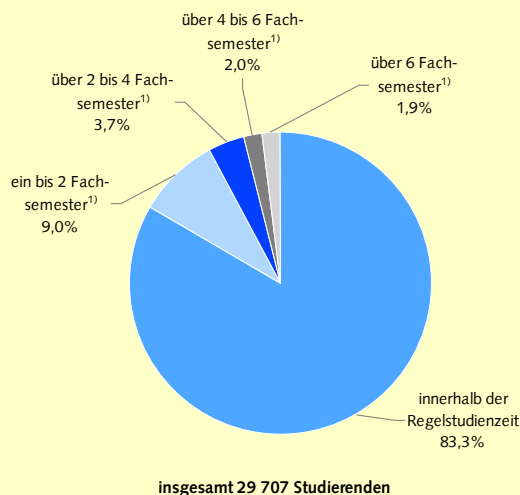
Im Wintersemester 2005/2006 waren im Land Brandenburg insgesamt 41 688 Studierende an den Hochschulen des Landes Brandenburg eingeschrieben. Um einen Vergleich mit der Prüfungsstatistik herstellen zu können, wurden auch hier in die folgenden Betrachtungen nur die Studierenden im Erst- oder Zweitstudium einbezogen und auch nur die Studierenden, denen eine exakte Regelstudienzeit zugeordnet werden konnte. Es wurde daher von 38 010 Studierenden ausgegangen.

76,7 Prozent der Studierenden (29 157) befanden sich im Wintersemester 2005/2006 noch innerhalb der Regelstudienzeit. Aussagen darüber, wie viele dieser Studierenden auch innerhalb der Regelstudienzeit ihre Abschlussprüfung abschließen werden, können hier nicht getroffen werden. Weitere 10,5 Prozent hatten die Regelstudienzeit bereits um bis zu zwei Fachsemester überschritten. 12,8 Prozent der Studierenden hatten die Regelstudienzeit bereits um mehr als zwei Fachsemester überschritten, darunter 4,5 Prozent um mehr als sechs Fachsemester. Im Wintersemester 2000/2001, also fünf Jahre zuvor, studierten noch 83,3 Prozent aller Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit, weitere 9,0 Prozent der Studierenden hatten die Regelstudienzeit um bis zu zwei Fachsemester überschritten. 7,6 Prozent der Studierenden hatten damals die Regelstudienzeit um mehr als zwei Fachsemester überschritten, darunter 1,9 Prozent um mehr als sechs Fachsemester. Die nächste Grafik zeigt diese Veränderung an den brandenburgischen Hochschulen deutlich.

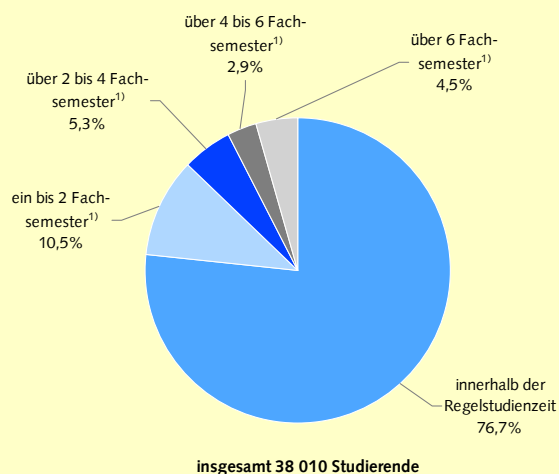
Auch bei den Studierenden sind im Wintersemester 2005/2006 innerhalb der Hochschularten Unterschiede bei der Einhaltung der Regelstudienzeiten zu beobachten. Bei Vernachlässigung der Verwaltungsfachhochschulen (hier befinden sich fast alle Studierenden noch innerhalb der Regelstudienzeit), befanden sich an den anderen Fachhochschulen die meisten Studierenden noch in der Regelstudienzeit (79,1 Prozent), weitere 10,9 Prozent studierten um bis zu zwei Fachsemester länger und 10,0 Prozent bereits mehr als zwei Semester über der Regelstudienzeit. An den drei Universitäten befanden sich drei Viertel aller Studierenden noch innerhalb der Regelstudienzeiten, weitere 10,4 Prozent bis zu zwei Fachsemester und 14,7 Prozent mehr als zwei Fachsemester darüber.

Anteile der Studierenden inner- bzw. außerhalb der Regelstudienzeit

Wintersemester 2000/2001



Wintersemester 2005/2006



1) über der Regelstudienzeit

Fachstudiendauer und Langzeitstudierende im Bundesvergleich

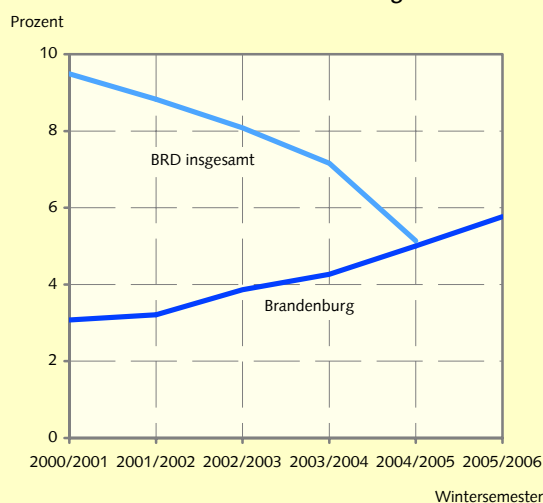
Bundesweite Vergleiche zum Thema Einhaltung der Regelstudienzeiten liegen zurzeit nicht vor. Auf Bundesebene sind nur Angaben über die durchschnittliche Fachstudiendauer der Absolventen und die Anzahl der so genannten Langzeitstudierenden (Studierende im 15. Fachsemester oder darüber¹⁾) verfügbar. In diesen bundesweiten Vergleich wurden nur die Studierenden im Erststudium einbezogen.

Die Fachstudiendauer ging im Bundesdurchschnitt in den vergangenen Jahren zurück. Sie betrug im Jahr 2004 (letztes vorliegendes Ergebnis) 10,4 Fachsemester und im Jahr 2000 noch 10,7 Fachsemester. Im Land Brandenburg lag diese zwar immer darunter, schwankte aber insgesamt zwischen 9,6 Fachsemestern im Jahr 2001 und 10,1 Fachsemestern in den Jahren 2003 und 2004. Eine abfallende Tendenz, wie im Bundesdurchschnitt, ist im Land Brandenburg nicht zu erkennen.

Da in einigen Bundesländern, nicht jedoch in Brandenburg, in den vergangenen Jahren Gebühren für Langzeitstudierende eingeführt wurden, ging die Anzahl dieser Langzeitstudierenden bundesweit zurück. So betrug der Anteil der Langzeitstudierenden im Wintersemester 2004/2005 (letztes vorliegendes Ergebnis) im Bundesdurchschnitt 5,1 Prozent, im Wintersemester 2000/2001 waren es noch

9,5 Prozent. In einigen Ländern, darunter auch in Brandenburg stieg dieser Anteil jedoch an¹⁾. So waren im Wintersemester 2005/2006 nach oben genannter Definition 5,8 Prozent aller Studierenden (2 093) im Land Brandenburg im Erststudium Langzeitstudierende, fünf Jahre zuvor waren es 3,1 Prozent (860 Studierende). Der Anteil der Langzeitstudierenden ist an den brandenburgischen Hochschulen innerhalb der vergangenen fünf Jahre ständig gestiegen.

Anteil der "Langzeitstudierenden" an den Studierenden im Erststudium insgesamt



1) aus: Hochschulstandort Deutschland 2005, Statistisches Bundesamt, Dezember 2005

Ausblick

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Fachstudienzeiten an den brandenburgischen Hochschulen in den vergangenen Jahren angestiegen sind. Die Einhaltung der Regelstudienzeiten bereitet in den meisten herkömmlichen

Studiengängen, wie Lehramts-, Magister- und Diplomstudiengängen Probleme. Aussagen, wie sich die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge auf die Studienzeiten auswirken werden, können noch nicht getroffen werden, da im Betrachtungszeitraum noch keine aussagekräftigen Untersuchungen möglich sind.

Erika Eltfeld



Arbeitskosten 2004 im Land Brandenburg

Arbeitskosten sind die Aufwendungen der Unternehmen für die bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer. Diese Aufwendungen waren für einen vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Jahr 2004 im Land Brandenburg um 23,4 Prozent niedriger als im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin. Im Vergleich zum Durchschnitt der neuen Bundesländer ohne Berlin lagen die Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Brandenburg um 3,3 Prozent höher. Unter Berücksichtigung der in Brandenburg längeren Arbeitszeiten im Vergleich zum früheren Bundesgebiet war der Standort Brandenburg noch günstiger. Je geleistete Arbeitsstunde betrug der Abstand zum früheren Bundesgebiet 26,0 Prozent. Bei etwa identischen Arbeitszeiten wie in den anderen neuen Bundesländern lagen die Arbeitskosten je geleistete Stunde in Brandenburg um 3,1 Prozent höher als durchschnittlich für die neuen Bundesländer ermittelt wurde. Neben dem noch immer deutlichen Unterschied im Lohn- und Gehaltsniveau ist insbesondere bei den Personalnebenkosten, wie Sonderzahlungen und der betrieblichen Altersversorgung, der Abstand zum früheren Bundesgebiet mit 28,5 Prozent beträchtlich.

Vorbemerkung

Seit 1958 werden in Deutschland und seit 1966 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union Arbeitskosten erhoben. Beginnend mit dem Jahr 1992 wird die Erhebung auch in den neuen Bundesländern durchgeführt.

Rechtsgrundlage der Arbeitskostenerhebung 2004 ist die Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten (ABl. EG Nr. L 63 S. 6).

Die Arbeitskostenerhebung 2004 unterscheidet sich in einigen Punkten von früheren Erhebungen. Erstmals wurde in Deutschland der Dienstleistungsbereich komplett einbezogen. Die Aufgliederung der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe in Arbeiter und Angestellte entfiel. Das Merkmalsprogramm wurde gestrafft. Vergleiche mit Ergebnissen vorheriger Erhebungen sind deshalb nur eingeschränkt möglich. Die Arbeitskosten werden je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer und je geleisteter Arbeitsstunde nachgewiesen, wobei die Teilzeitbeschäftigten und nicht während des gesamten Berichtsjahres Beschäftigte entsprechend ihrer geleisteten Arbeitszeit in Vollzeitbeschäftigte (Vollzeiteinheiten) umgerechnet werden.

Auskunftspflichtig waren Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten. Mehrbetriebsunternehmen meldeten für ihre örtlichen Einheiten (Betriebe).

Ein Länderaustausch der Betriebsergebnisse erlaubt die Darstellung landesscharf abgegrenzter Ergebnisse (Betriebskonzept).

Den Ausführungen in diesem Beitrag liegen die Ergebnisse des so genannten Betriebskonzeptes zugrunde. Das Betriebskonzept liefert also Ergebnisse ausschließlich für Betriebe/Betriebsteile, die ihren Standort im Land Branden-

burg haben, unabhängig vom Sitz des Mutterunternehmens. Mit dem Betriebskonzept wird ein Regionalergebnis für das Land Brandenburg nachgewiesen und die Frage nach der Höhe des Aufwands für den Faktor Arbeit am Standort Brandenburg beantwortet. Dieses Ergebnis dient dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) zu regionalen Vergleichen.

Das Unternehmenskonzept weist im Unterschied zum Betriebskonzept die Aufwendungen der Brandenburger Arbeitgeber unabhängig vom Standort der zum Unternehmen gehörenden Betriebe/Betriebsteile nach. Ergebnisse nach dem Unternehmenskonzept sind demzufolge nicht regional abzugrenzen.

Eckwerte der Arbeitskosten in Brandenburg

Die Arbeitskosten betrugen im Jahr 2004 in Brandenburg je **vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer** 37 437 EUR. Das waren 11 446 EUR bzw. 23,4 Prozent weniger als im früheren Bundesgebiet.

Im Produzierenden Gewerbe betrug der Kostenvorteil in Brandenburg 15 622 EUR oder 30,1 Prozent. Der relative Abstand zum früheren Bundesgebiet hat sich gegenüber dem Jahr 2000 um einen Prozentpunkt verringert. In Brandenburg stiegen die Arbeitskosten in diesem Zeitraum im Produzierenden Gewerbe mit 12,5 Prozent rascher als im früheren Bundesgebiet mit 11,1 Prozent. Absolut ist der Abstand jedoch um 1 171 EUR angewachsen.

Im Dienstleistungsbereich war der Abstand zum früheren Bundesgebiet 2004 mit knapp 20 Prozent deutlich geringer als im Produzierenden Gewerbe. In den ausgewählten Dienstleistungsbereichen Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungsgewerbe, die auch im Jahr 2000 in die Erhebung einbezogen waren, betrug der Unterschied zum früheren Bundesgebiet 30,5 Prozent. Das waren

Vergleich der regionalen Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer 2004 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder	Land Branden- burg	Abweichung Brandenburg gegenüber		
					Deutsch- land	dem früheren Bundes- gebiet	den neuen Ländern
	EUR				%		
Produzierendes Gewerbe	49 770	51 954	34 108	36 332	– 27,0	– 30,1	+ 6,5
darunter							
Verarbeitendes Gewerbe	50 636	52 598	33 650	37 086	– 26,8	– 29,5	+ 10,2
Baugewerbe	39 167	41 430	31 372	28 995	– 26,0	– 30,0	– 7,6
Dienstleistungsbereich insgesamt	45 743	47 223	37 189	37 829	– 17,3	– 19,9	+ 1,7
darunter							
Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungsgewerbe	44 858	46 411	33 163	32 240	– 28,1	– 30,5	– 2,8
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich insgesamt	47 129	48 883	36 254	37 437	– 20,6	– 23,4	+ 3,3

3,8 Prozentpunkte mehr als vor vier Jahren. In diesen drei Dienstleistungsbereichen sind die Arbeitskosten in Brandenburg gegenüber dem Jahr 2000 nur um 5,9 Prozent angestiegen, während sich der Kostenanstieg im früheren Bundesgebiet mit 12,0 Prozent etwa doppelt so schnell vollzog. Der absolute Abstand ist von 11 024 EUR auf 14 171 EUR gewachsen.

Im Vergleich zu den neuen Bundesländern waren die Arbeitskosten in Brandenburg im Produzierenden Gewerbe um 6,5 Prozent und im Dienstleistungsbereich um 1,7 Prozent höher.

Die Kosten je **geleisteter Arbeitsstunde** beliefen sich in Brandenburg im Jahr 2004 auf 21,74 EUR.

Vergleich der regionalen Arbeitskosten je geleistete Stunde 2004 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder	Land Branden- burg	Abweichung Brandenburg gegenüber		
					Deutsch- land	dem früheren Bundes- gebiet	den neuen Ländern
	EUR				%		
Produzierendes Gewerbe	30,37	31,95	19,74	21,04	– 30,7	– 34,1	+ 6,6
darunter							
Verarbeitendes Gewerbe	31,15	32,61	19,41	21,55	– 30,8	– 33,9	+ 11,0
Baugewerbe	22,89	24,27	18,19	16,46	– 28,1	– 32,2	– 9,5
Dienstleistungsbereich insgesamt	27,06	28,01	21,67	21,98	– 18,8	- 21,5	+ 1,4
darunter							
Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungs- gewerbe	26,35	27,35	19,02	18,49	– 29,8	– 32,4	– 2,8
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich insgesamt	29,18	29,36	21,08	21,74	– 22,9	– 26,0	+ 3,1

Aufgrund der knapp 60 Stunden längeren Jahresarbeitszeit im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ist der Unterschied je geleistete Arbeitsstunde noch größer als bei den Arbeitskosten bezogen auf eine Vollzeiteinheit. Der Abstand zum früheren Bundesgebiet betrug je geleisteter Arbeitsstunde 7,62 EUR beziehungsweise 26,0 Prozent.

Gegenüber dem Durchschnitt der neuen Bundesländer kostete eine Stunde, bei etwa gleicher Arbeitszeit, in Brandenburg 0,66 EUR beziehungsweise 3,1 Prozent mehr.

Die höchsten Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde wurden 2004 in Deutschland für den Stadtstaat Hamburg mit 31,80 EUR ermittelt, gefolgt von Hessen mit 31,40 EUR und Baden-Württemberg mit 30,84 EUR. Berlin entsprach mit 28,33 EUR in etwa dem deutschen Durchschnitt von 28,18 EUR. Am niedrigsten waren die Arbeitskosten im früheren Bundesgebiet in Schleswig-Holstein mit 26,18 EUR. Der Abstand zu Hamburg betrug 5,62 EUR oder 21,5 Prozent. In den neuen Bundes-

ländern war die Spreizung der Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde deutlich weniger ausgeprägt. Nach Brandenburg folgten Mecklenburg-Vorpommern mit 21,32 EUR, Sachsen mit 21,14 EUR und Sachsen-Anhalt mit 20,84 EUR. Am niedrigsten waren die Arbeitskosten in Thüringen mit 20,41 EUR. Der Abstand zwischen Thüringen und Brandenburg betrug 1,33 EUR beziehungsweise 6,5 Prozent.

Arbeitskosten nach Wirtschaftszweigen

Die Höhe der Arbeitskosten differiert zwischen den betrachteten Wirtschaftszweigen enorm. Mit 32,83 EUR je geleistete Arbeitsstunde waren die Arbeitskosten 2004 im Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2,3-mal so hoch wie im Gastgewerbe mit 14,04 EUR. Die zweitniedrigsten Arbeitskosten wurden mit 16,46 EUR für das Baugewerbe ermittelt. Weit unter dem brandenburgischen Durchschnitt lagen die Arbeitskosten auch in den Unternehmensnahen Dienstleistungen mit 17,47 EUR und im Handel mit 17,56 EUR.

Arbeitskosten und tatsächlich geleistete Arbeitszeit 2004 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Arbeitskosten je geleistete Stunde	Abweichung vom Durchschnitt	Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer	Abweichung vom Durchschnitt	Tatsächlich geleistete Arbeitszeit je Vollzeiteinheit
	EUR	%	EUR	%	Stunden
Produzierendes Gewerbe	21,04	- 3,2	36 332	- 3,0	1 727
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	32,83	+ 51,0	49 209	+ 31,4	1 499
Verarbeitendes Gewerbe	21,55	- 0,9	37 086	- 0,9	1 721
Energie- und Wasserversorgung	30,78	+ 41,6	54 107	+ 44,5	1 758
Baugewerbe	16,46	- 24,3	28 995	- 22,5	1 762
Dienstleistungsbereich	21,98	+ 1,1	37 829	+ 1,0	1 721
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	17,56	- 19,2	30 652	- 18,1	1 746
Gastgewerbe	14,04	- 35,4	24 661	- 34,1	1 756
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	22,08	+ 1,6	38 233	+ 2,1	1 732
Kredit- und Versicherungsgewerbe	29,39	+ 35,2	50 520	+ 34,9	1 719
Unternehmensnahe Dienstleistungen	17,47	- 19,6	31 210	- 16,6	1 786
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	25,33	+ 16,5	42 443	+ 13,4	1 676
Erziehung und Unterricht	29,46	+ 35,5	49 037	+ 31,0	1 665
Gesundheit-, Veterinär- und Sozialwesen	22,05	+ 1,4	38 059	+ 1,7	1 726
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	19,15	- 11,9	33 470	- 10,6	1 748
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich insgesamt	21,74	-	37 437	-	1 722

Sehr hohe Arbeitskosten wurden neben dem Bergbau für die Energie- und Wasserversorgung, das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie den Bereich Erziehung und Unterricht ermittelt.

Das Ranking weicht bei den Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in einigen Fällen auf Grund erheblicher Unterschiede in der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit von dem je Stunde ab. So sind die absolut höchsten Arbeitskosten mit 54 107 EUR im Jahr 2004 für die Energie- und Wasserversorgung festgestellt worden, gefolgt vom Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 50 520 EUR. Der Wirtschaftszweig Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden liegt bei den Arbeitskosten je Vollzeiteinheit mit 49 209 EUR an dritter Stelle.

Struktur der Arbeitskosten

Die Arbeitskosten als Gesamtheit aller von den Arbeitgebern im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften getragenen Aufwendungen lassen sich grob in Bruttolöhne und -gehälter und Lohnnebenkosten gliedern. Bruttolöhne und -gehälter (ohne Auszubildende) werden auch als direkte Kosten bezeichnet, da sie den Arbeitnehmern direkt zugute kommen. Die Lohnnebenkosten, die den Arbeitnehmern nicht oder zumindest weniger sichtbar werden, bezeichnet man international deshalb auch als indirekte Kosten. Das sind die Bruttolöhne- und -gehälter der Auszubildenden, die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie sonstige Aufwendungen, wie Anwerbungskosten und vom Arbeitgeber gestellte Berufsbekleidung.

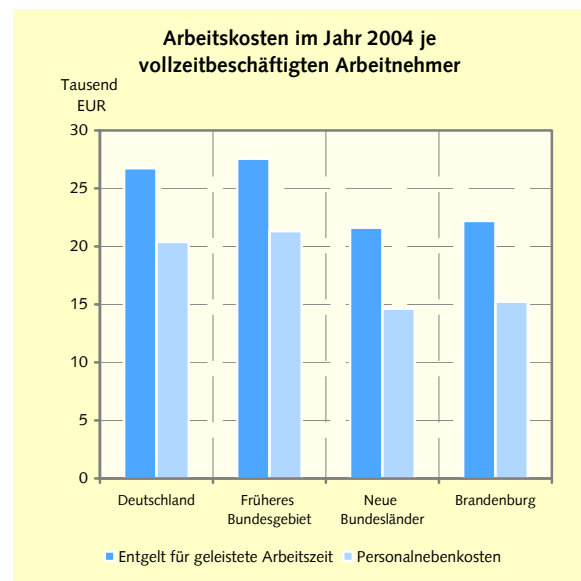
Eine weitere in Deutschland häufig verwendete Gliederung der Arbeitskosten ist die Unterteilung in das Entgelt für geleistete Arbeitszeit als dem wesentlichen Bestandteil der Bruttolöhne und -gehälter und die Personalnebenkosten.

Zu den Personalnebenkosten zählen neben den oben angegebenen indirekten Kosten noch die folgenden Bestandteile der Bruttolöhne und -gehälter:

- ❑ Sonderzahlungen, wie z. B. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld,
- ❑ Leistungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer,
- ❑ Vergütung nicht gearbeiteter Tage, wie z. B. Urlaubsgeld, Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger betrieblicher oder tariflicher arbeitsfreier Tage,
- ❑ Sachleistungen, wie z. B. Naturalleistungen, steuerlicher Wert der privaten Nutzung von Firmenfahrzeugen, Wohnungsfürsorge.

Die Struktur der Arbeitskosten in Brandenburg unterscheidet sich deutlich von der im früheren Bundesgebiet. Auf das Entgelt für geleistete Arbeitszeit entfielen im Jahr 2004 in Brandenburg 59,3 Prozent der Arbeitskosten. Im früheren Bundesgebiet war dieser Anteil mit 56,4 Prozent wesentlich niedriger. Die Personalnebenkosten lagen demzufolge im früheren Bundesgebiet mit einem Anteil von 43,6 Prozent höher als in Brandenburg mit 40,7 Prozent. Absolut betrug der Abstand Brandenburgs zum früheren Bundesgebiet beim Entgelt für geleistete Arbeitszeit 5 367 EUR (– 19,5 Prozent) und bei den Personalnebenkosten 6 079 EUR (– 28,5 Prozent).

Im Vergleich zum Durchschnitt der neuen Bundesländer sind die anteiligen Aufwendungen für das Entgelt für geleistete Arbeitszeit (59,6 Prozent) und die Personalnebenkosten (40,4 Prozent) nahezu identisch. Absolut sind beide Kostenarten in Brandenburg höher als im Durchschnitt der neuen Länder. Von den 15 235 EUR Personalnebenkosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Brandenburg waren im Jahr 2004 durch den Gesetzgeber 8 056 EUR veranlasst. Anders ausgedrückt wurde gut ein Fünftel der gesamten Arbeitskosten gesetzlich verursacht.



Im Produzierenden Gewerbe, dem Erhebungsbereich für den belastbare Vergleichsdaten für das Jahr 2000 vorliegen, ist der Anteil der Personalnebenkosten an den Arbeitskosten insgesamt mit 39,8 Prozent (2004) gegenüber 39,7 Prozent (2000) nahezu konstant geblieben. Der Anteil der gesetzlich verursachten Personalnebenkosten hat sich in diesem Zeitraum von 22,1 Prozent auf 21,0 Prozent verringert. Während die gesamten Personalnebenkosten in den vier Jahren um 1 641 EUR oder 12,8 Prozent anstiegen, betrug die Zunahme der gesetzlichen Personalnebenkosten vergleichsweise moderate 510 EUR entsprechend 7,2 Prozent.

Struktur der Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Land Brandenburg 2004

Kostenart	Insgesamt		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungs- bereich	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Arbeitskosten insgesamt	37 437	100	36 332	100	37 829	100
Bruttolöhne und -gehälter	28 062	75,0	27 897	76,8	28 120	74,3
Entgelt für geleistete Arbeitszeit	22 202	59,3	21 877	60,2	22 317	59,0
Sonderzahlungen insgesamt	1 640	4,4	1 825	5,0	1 575	4,2
darunter fest vereinbarte Sonderzahlungen	1 308	3,5	1 351	3,7	1 293	3,4
Leistungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer	87	0,2	81	0,2	89	0,2
Vergütung für nicht gearbeitete Tage	3 525	9,4	3 421	9,4	3 562	9,4
Urlaubsvergütung	2 890	7,7	2 730	7,5	2 946	7,8
Vergütung gesetzlicher Feiertage	512	1,4	499	1,4	517	1,4
Vergütung sonstiger betrieblicher oder tariflicher arbeitsfreier Tage	123	0,3	193	0,5	99	0,3
Sachleistungen	265	0,7	312	0,9	249	0,7
Bruttolöhne und Gehälter der Auszubildenden	343	0,9	381	1,0	329	0,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	9 164	24,5	8 216	22,6	9 501	25,1
gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	5 462	14,6	6 367	17,5	5 141	13,6
Rentenversicherungsbeiträge	2 416	6,5	2 658	7,3	2 330	6,2
darunter Aufstockungsbeiträge zur Rentenversicherung im Rahmen der Altersteilzeit	49	0,1	30	0,1	55	0,1
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	783	2,1	856	2,4	757	2,0
Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	1 830	4,9	1 976	5,4	1 777	4,7
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	341	0,9	667	1,8	225	0,6
Umlage für das Insolvenzgeld	46	0,1	67	0,2	38	0,1
sonstige gesetzliche Aufwendungen	47	0,1	142	0,4	13	0,0
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung	669	1,8	615	1,7	688	1,8
Aufwendungen für die betriebliche Ruhegeldzusagen	207	0,6	292	0,8	177	0,5
Zuwendungen an Pensionskassen	183	0,5	79	0,2	220	0,6
Zuwendungen an Unterstützungskassen	156	0,4	48	0,1	194	0,5
Beiträge für Direktversicherungen	63	0,2	99	0,3	50	0,1
Beiträge an Pensionsfonds	6	0,0	8	0,0	5	0,0
sonstige Aufwendungen für die Alterssicherung	55	0,1	89	0,2	43	0,1
Lohn- und Gehaltsfortzahlung	1 053	2,8	777	2,1	1 151	3,0
Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	1 023	2,7	768	2,1	1 114	2,9
Arbeitgeberzuschüsse zum Mutterschaftsgeld	30	0,1	9	0,0	37	0,1
unterstellte Sozialbeiträge zur Alters- und Gesundheitsvorsorge	1 029	2,7	–	–	1 394	3,7
Zahlungen an aus dem Unternehmen ausscheidende Arbeitnehmer	440	1,2	347	1,0	473	1,3
sonstige freiwillige Sozialleistungen der Arbeitgeber	417	1,1	17	0,0	558	1,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende	95	0,3	94	0,3	95	0,3
Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung	149	0,4	153	0,4	148	0,4
sonstige Aufwendungen	62	0,2	66	0,2	60	0,2
Nachrichtlich:						
Personalnebenkosten insgesamt	15 235	40,7	14 455	39,8	15 512	41,0
darunter gesetzliche Personalnebenkosten	8 056	21,5	7 642	21,0	8 202	21,7

Arbeitskosten nach Unternehmensgrößenklassen

Die Höhe der Arbeitskosten und die Größe eines Unternehmens zu dem der Betrieb gehört – gemessen an der Zahl der Beschäftigten – stehen im engen Zusammenhang. Die Kosten für den Faktor Arbeit steigen tendenziell mit zunehmender Unternehmensgröße.

Je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer betragen im Jahr 2004 die Arbeitskosten in Großunternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten 44 495 EUR. Das waren 16 880 EUR (61,1 Prozent) mehr als in Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten, der kleinsten in die Arbeitskostenerhebung einbezogenen Größenklasse.

Im Produzierenden Gewerbe war der Unterschied mit 25 472 EUR (94,0 Prozent) wesentlich größer als im Dienstleistungsbereich mit 15 153 EUR (54,0 Prozent).

Ein Zeitvergleich für das Produzierende Gewerbe zeigt, dass der Unterschied gegenüber 2000 noch angewachsen ist. In der oberen Größenklasse war der Kostenanstieg zwischen 2004 und 2000 mit 17,4 Prozent weitaus größer war als in der unteren Größenklasse mit nur 3,6 Prozent. Im Jahr 2000 betrug der Kostenabstand zwischen kleinster und größter Klasse 71,2 Prozent; 2004 waren es 94,0 Prozent. Insbesondere die Personalnebenkosten machen die erheblichen Kostenunterschiede aus. Die Personalnebenkosten waren 2004 in den Großbetrieben Brandenburgs mit 19 537 EUR etwa doppelt so hoch wie in den Kleinbetrieben mit 9 877 EUR. So wird z. B. für die betriebliche Altersvorsorge der Arbeitnehmer in Großbetrieben der 3,7-fache und für Sonderzahlungen an Arbeitnehmer der 3,3-fache Betrag im Vergleich zu Kleinbetrieben aufgewendet.

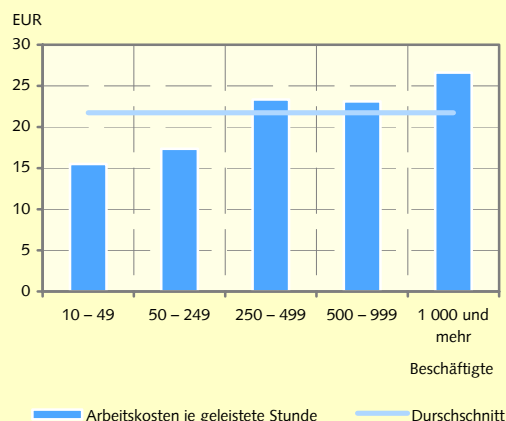
Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer 2004 nach Unternehmensgrößenklassen

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Arbeitskosten insgesamt	davon		Anteil Personalnebenkosten an Arbeitskosten insgesamt
		Entgelt für geleistete Arbeitszeit	Personalnebenkosten	
	EUR			%
10 – 49	27 615	17 738	9 877	35,8
50 – 249	30 617	19 331	11 287	36,9
250 – 499	40 525	24 686	15 839	39,1
500 – 999	39 854	24 712	15 142	38,0
1 000 und mehr	44 495	24 957	19 537	43,9
insgesamt	37 437	22 202	15 235	40,7

Der Unterschied beim Entgelt für geleistete Arbeitszeit betrug dagegen „nur“ rund 41 Prozent. Dies ist auch auf die deutlich höheren Arbeitszeiten in Kleinbetrieben zurückzuführen.

Noch gravierender ist der Kostenunterschied zwischen Klein- und Großbetrieben, werden die Arbeitskosten auf die geleistete Arbeitszeit bezogen. Die Spreizung der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde lag 2004 zwischen 15,50 EUR und 26,61 EUR. Der relative Abstand betrug 71,7 Prozent (je Vollzeiteinheit 61,1 Prozent). In Kleinbetrieben war die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit im Jahr 2004 mit 1 782 Stunden bezogen auf eine Vollzeiteinheit um 110 Stunden höher als in Großbetrieben.

Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde 2004 in Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten



Fazit

Das Niveau der Arbeitskosten lag in Brandenburg auch im Jahr 2004 noch weit unter dem im früheren Bundesgebiet. Der Unterschied zum früheren Bundesgebiet war bei den Personalnebenkosten wesentlich größer als beim Entgelt für geleistete Arbeitszeit.

Die vom Gesetzgeber veranlassten Personalnebenkosten sind langsamer angestiegen als die übrigen Personalnebenkosten. Ihr Anteil an den Arbeitskosten insgesamt ist im Vergleich zum Jahr 2000 gesunken.

Weitere detaillierte Ergebnisse zu den Arbeitskosten 2004 enthält der Statistische Bericht N III 1/2-4j/04, der im Internet (www.lids-bb.de) unter Veröffentlichungen eingesehen werden kann.

Wilfried Schenk

Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Land Brandenburg 2003

– Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe –

Im Jahr 2003 gaben die privaten Haushalte im Land Brandenburg durchschnittlich 254 EUR im Monat für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aus. Das waren 0,8 Prozent weniger als 1998 (256 EUR). Der weitaus größte Teil davon wurde für Nahrungsmittel ausgegeben (186 EUR). Durchschnittlich 54 EUR und damit gut ein Fünftel der monatlichen Ausgaben für die Ernährung entfielen auf Getränke. Davon wurden 26 EUR für alkoholfreie und 28 EUR für alkoholische Getränke ausgegeben. Für Tabakwaren gaben die brandenburgischen Haushalte 2003 durchschnittlich 14 EUR im Monat aus.

Bei den Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren bestehen je nach sozialer Gruppierung erhebliche Unterschiede. Mit zunehmender Haushaltgröße stiegen die Ausgaben für die Ernährung. Paare mit Kindern wendeten dafür mit 337 EUR im Jahr 2003 deutlich mehr auf als Paare ohne Kinder (282 EUR). Beamtenhaushalte tätigten 2003 mit 341 EUR die höchsten monatlichen Ernährungsausgaben. Ausgehend vom Alter hatten im Land Brandenburg Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern im Alter von 35 bis unter 45 Jahren mit 284 EUR monatlich die höchsten Ausgaben dafür, während Haushalte mit älteren Haupteinkommensbeziehern mit ihren Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel 2003 unter dem Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte lagen.

Die Entwicklung und Struktur der Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Land Brandenburg werden im Folgenden näher betrachtet. Dabei wird auch untersucht, in wieweit unterschiedliche Gruppierungen der privaten Haushalte, die Ernährungsausgaben beeinflussen und wie die Ausgaben der brandenburgischen Haushalte im Vergleich zum Bundesdurchschnitt liegen.

Vorbemerkungen

Die alle fünf Jahre durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) liefert als wichtigste amtliche Statistik über die Lebensverhältnisse Ergebnisse über Einnahmen und Ausgaben, Vermögensbildung, Wohnverhältnisse sowie Ausstattung der privaten Haushalte mit Gebrauchsgütern. Für das Jahr 2003 wurden diese für das Land Brandenburg bereits in mehreren früheren Beiträgen näher dargestellt.

Die Daten über die Konsumausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren entstammen der so genannten Feinanschreibung aus der EVS. Von den knapp 2 000 an der EVS 2003 im Land Brandenburg teilnehmenden Haushalte haben rund 20 Prozent zusätzlich einen Monat lang sehr detailliert ihre Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie die gekauften Mengen aufgezeichnet. Diese Haushalte sind nach einem Rotationsverfahren ausgewählt worden, um sicherzustellen, dass sich die Anschreibungen der Haushalte insgesamt und nach Schichtungsmerkmalen möglichst gleichmäßig auf die zwölf Monate des Erhebungsjahres verteilen.

Wie die Erfahrungen aller bisherigen EVS zeigen, sind auch 2003 Unterschiede bei den Durchschnittswerten der monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zwischen den Eintragungen in das Haushaltsbuch und denen im Feinaufzeichnungsheft für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren festzustellen. Diese Differenzen treten sowohl für Deutschland insgesamt als auch für die einzelnen Bundesländer und damit auch für das Land Brandenburg auf.

Ursache für die Differenzen sind der unterschiedliche Erhebungsumfang und die unterschiedliche Erhebungstiefe beim Haushaltsbuch und Feinaufzeichnungsheft. Die Erfassung der monatlichen Ausgaben im Haushaltsbuch der EVS erfolgte 2003 im Land Brandenburg für rund 2 000 Haushalte für drei Monate (rund 6 000 Monatswerte), während das Feinaufzeichnungsheft nur eine Unterstichprobe von 20 Prozent dieser Haushalte einen Monat lang führte. Somit standen aus dieser Anschreibung nur gut 400 Monatswerte für das Land Brandenburg zur Verfügung.

Darüber hinaus wurden im Haushaltsbuch die monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Ta-

bakwaren nur grob erfasst, da hier der Schwerpunkt auf der Ermittlung der gesamten privaten Konsumausgaben der Haushalte lag. Im Feinaufzeichnungsheft erfolgte dagegen eine Detailanschiebung, um die Feinstruktur der Ernährungsausgaben exakt abbilden zu können.

Weiterhin konnten die Anschreibungen im Feinaufzeichnungsheft aufgrund der Detailanschiebung, um nahrungsmittelfremde Positionen (z. B. Artikel für die Körperhygiene, Gesundheitspflege, Reinigungsmittel u. ä.), die von den Haushalten irrtümlich eingetragen worden waren, bereinigt werden. Im Haushaltsbuch war dies nicht möglich.

Als Ergebnis der Korrekturen im Feinaufzeichnungsheft reduzierten sich die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel, so dass im Vergleich zu diesen Angaben im Haushaltsbuch Differenzen entstanden. Eine nachträgliche Anpassung der Angaben im Haushaltsbuch war nicht möglich, da die Aufbereitung des Feinaufzeichnungsheftes erst nach Abschluss der Aufbereitung und Veröffentlichung des Haushaltsbuches erfolgte.

In der EVS werden neben den Ausgaben für Nahrungs- mittel, Getränke und Tabakwaren auch die Inanspruchnahme von Verpflegungsdienstleistungen, das heißt den Verzehr von Speisen und Getränken außer Haus sowie warmer Fertiggerichte, erfragt. Diese Ausgaben sind in den in diesem Beitrag untersuchten Aufwendungen für die Ernährung nicht enthalten.

Die aus dem Feinaufzeichnungsheft ermittelten Ergebnisse über die von den privaten Haushalten gekauften Mengen und Konsumausgaben werden unter anderem im ernährungswissenschaftlichen Forschungsvorhaben herangezogen und fließen in den Ernährungsbericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein.

Mit der Aufbereitung und Ergebnisbereitstellung für den Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren wird die Auswertung der Daten der EVS im Land Brandenburg 2003 abgeschlossen.

Entwicklung und Struktur der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren

Wie die Ergebnisse der Feinanschiebung im Rahmen der EVS 2003 zeigen, gaben die privaten Haushalte im Land Brandenburg durchschnittlich 254 EUR im Monat für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aus. Damit sind die monatlichen Ernährungsausgaben gegenüber 1998 im Schnitt um 2 EUR (0,8 Prozent) gesunken.

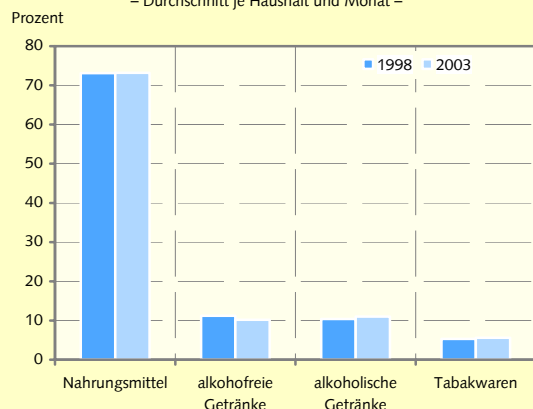
Die Zusammensetzung der Ausgaben hat sich von 1998 bis 2003 kaum verändert. Der weitaus größte Teil wurde für Nahrungsmittel ausgegeben. 1998 lag der Anteil dafür bei 73,1 und 2003 bei 73,2 Prozent. Die monatlichen Ausgaben betrugen durchschnittlich 187 EUR (1998) bzw. 186 EUR (2003).

Der Anteil der Ausgaben für alkoholfreie Getränke ging von 1998 bis 2003 um einen Prozentpunkt auf 10,2 Prozent zurück während der von alkoholischen Getränken um 0,6 Prozentpunkte auf 11,0 Prozent anstieg. Die Ausgaben der brandenburgischen Haushalte für alkoholfreie Getränke sanken monatlich von 29 auf 26 EUR und betrugen damit 2003 rund ein Zehntel aller Ernährungsausgaben (10,2 Prozent). Die Ausgaben für alkoholische Getränke stiegen von durchschnittlich 27 EUR im Monat im Jahr 1998 auf 28 EUR im Jahr 2003 und lagen damit auf einem insgesamt leicht höheren Niveau als die Ausgaben für alkoholfreie Getränke. Fünf Jahre zuvor war dies genau umgekehrt.

In den Betrachtungszeitraum 1998 bis 2003 fiel die Erhöhung der Tabaksteuer, die den privaten Konsum von Tabakwaren beeinflusste und den Ausgabenanteil für dieses Genussmittel von 5,3 auf 5,6 Prozent im Land Brandenburg anstiegen ließ. Trotz des Preisanstiegs lagen die Ausgaben der brandenburgischen Haushalte für Tabakwaren 2003, wie 1998 bei durchschnittlich 14 EUR im Monat. Zurückzuführen ist dies auf einen mengenmäßigen Rückgang beim Kauf von Tabakwaren von durchschnittlich 133 Zigaretten im Monat im Jahr 1998 auf 110 Zigaretten im Jahr 2003.

Struktur der Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Land Brandenburg 1998 und 2003

– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



Ausgaben für Nahrungsmittel

Im Jahr 2003 gaben die brandenburgischen Haushalte durchschnittlich 186 EUR im Monat für Nahrungsmittel aus.

Den größten Anteil an den Ausgaben für Nahrungsmittel machten die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren aus. Sie betrugen 2003 im Land Brandenburg 49 EUR und damit knapp ein Fünftel aller Nahrungsmittelausgaben der privaten Haushalte.

Der zweitgrößte Posten waren 2003 die Ausgaben für Brot und Getreideerzeugnisse. Danach folgten die Ausgaben für Molkereiprodukte und Eier, für Gemüse und für Obst. Am wenigsten wendeten die brandenburgischen Haushalte 2003 für Speisefette und -öle, für anderweitige Nahrungsmittel wie Soßen, Ketchup, Salz, Gewürze und Säuglingsnahrung sowie für Fisch und Fischwaren auf.

Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel im Land Brandenburg 1998 und 2003 – Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Nahrungsmittel	1998		2003	
	EUR	%	EUR	%
Brot und Getreideerzeugnisse	31	16,6	30	16,1
Fleisch, Fleischwaren	49	26,2	49	26,3
Fisch, Fischwaren	6	3,2	7	3,8
Molkereiprodukte und Eier	26	13,9	28	15,1
Speisefette und -öle	8	4,3	7	3,8
Obst	22	11,8	19	10,2
Gemüse, Kartoffeln	23	12,3	23	12,4
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren	15	8,0	16	8,6
Nahrungsmittel, a. n. g. ¹⁾	8	4,3	8	4,3
Insgesamt	187	100	186	100

1) a. n. g. = anderweitig nicht genannt /z. B. Soßen, Ketchup, Salz, Gewürze, Säuglingsnahrung

Im Vergleich zu 1998 gaben die brandenburgischen Haushalte für Nahrungsmittel einen EUR weniger im Monat aus. Bei einigen Gütern blieben die Ausgaben unverändert. Lediglich bei Molkereiprodukten und Eiern erhöhten sich die Ausgaben der Haushalte um durchschnittlich zwei EUR bzw. gingen bei Obst um drei EUR zurück.

Die Strukturen der Nahrungsmittelausgaben sind jedoch nahezu unverändert geblieben. Die größten Veränderungen gab es, wie bereits zuvor erwähnt, bei Molkereiprodukten und Eiern sowie bei Obst. Hier veränderten

sich die Anteile an den gesamten Nahrungsmittelausgaben um + 1,2 bzw. – 1,6 Prozentpunkte. Die Veränderungen der Anteile bei den übrigen Nahrungsmittelgruppen bewegten sich im Rahmen von weniger als einem Prozentpunkt.

Ausgaben für Getränke und Tabakwaren

Die privaten Haushalte im Land Brandenburg gaben 2003 durchschnittlich 68 EUR im Monat für Getränke und Tabakwaren aus.

Davon kauften sie für 26 EUR alkoholfreie Getränke, wobei zwei Drittel davon für Mineralwasser, Limonaden und Säfte ausgegeben wurden. Mit 28 EUR lagen die monatlichen Ausgaben für alkoholische Getränke leicht über denen für alkoholfreie Getränke.

Fast vier Fünftel (78,6 Prozent) ihrer Aufwendungen für alkoholische Getränke gaben die brandenburgischen Haushalte jeweils zu gleichen Teilen 2003 für Weine und Bier aus.

Ausgaben privater Haushalte für Getränke und Tabakwaren im Land Brandenburg 1998 und 2003 – Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Getränke und Tabakwaren	1998	2003
	EUR	
Alkoholfreie Getränke	29	26
darunter		
Röstkaffee	9	5
Tee	1	1
Mineralwasser	5	6
Koffeinhaltige Erfrischungsgetränke mit Kohlensäure	2	2
Andere Erfrischungsgetränke mit Kohlensäure	3	3
Fruchtsäfte, -nektare	7	6
Alkoholische Getränke	27	28
darunter:		
Spirituosen	7	6
Weine	9	11
Bier, auch alkoholfrei	11	11
Tabakwaren	14	14
darunter		
Zigaretten	13	12
Insgesamt	70	68

Schwerpunkt bei den Ausgaben für Tabakwaren bildeten die Aufwendungen für Zigaretten. Von den insgesamt monatlich für Tabakwaren ausgegebenen 14 EUR wur-

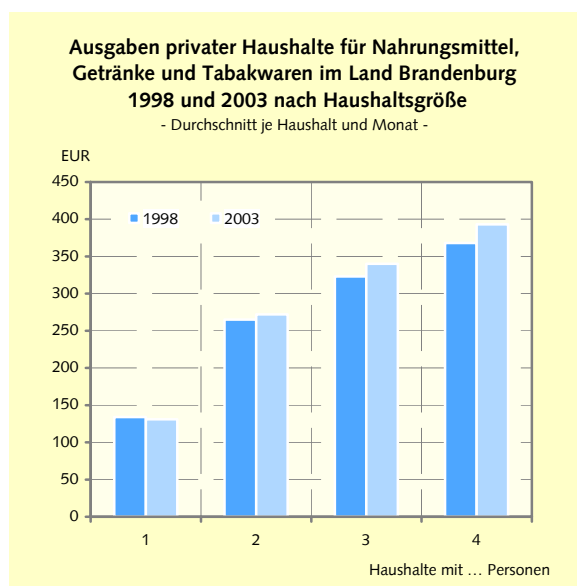
den im Land Brandenburg im Schnitt 12 EUR für den Kauf von Zigaretten verwendet.

Gegenüber 1998 haben sich 2003 bei den Ausgaben brandenburgischen Haushalte für Getränke und Tabakwaren keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nach Haushaltsgröße

Mit zunehmender Haushaltsgröße stiegen die Ausgaben für die Ernährung an. Die monatlichen Aufwendungen von Einpersonenhaushalten für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren betragen 2003 im Land Brandenburg durchschnittlich 131 EUR im Monat. Haushalte mit vier Personen gaben drei Mal so viel aus.

Im Vergleich zu 1998 sind die monatlichen Ausgaben für die Ernährung bei Mehrpersonenhaushalten 2003 im Schnitt zwischen 2,6 und 6,8 Prozent angestiegen während die von Einpersonenhaushalten um 2,2 Prozent zurückgegangen sind.



Umgerechnet auf das einzelne Haushaltsmitglied sanken die Ernährungsausgaben mit steigender Haushaltsgröße. So betragen im Land Brandenburg 2003 die Pro-Kopf-Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren eines Dreipersonenhaushalts 86,9 Prozent und die eines Vierpersonenhaushalts 75,2 Prozent der entsprechenden Ausgaben eines Einpersonenhaushalts. Bei Zweipersonenhaushalten lagen die Pro-Kopf-Ausgaben mit durchschnittlich 136 EUR monatlich leicht über denen von Einpersonenhaushalten.

Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nach Haushaltstyp

Den höchsten monatlichen Nahrungsmittelkonsum im Land Brandenburg wiesen 2003 mit durchschnittlich 337 EUR im Monat Paare mit Kindern und sonstige Haushalte mit 378 EUR auf. Am wenigsten gaben Alleinlebende Frauen dafür aus.

1998 zeigte sich ein ähnliches Bild. Bis 2003 gab es kaum Veränderungen. Lediglich bei Paaren ohne Kinder und insbesondere bei den sonstigen Haushalten hat sich der Nahrungsmittelkonsum in diesem Zeitraum erhöht. Singlehaushalte gaben dagegen 2003 im Schnitt monatlich drei EUR weniger aus als fünf Jahre zuvor.

Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Land Brandenburg 1998 und 2003 nach Haushaltstyp

– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Haushaltstyp	1998	2003	Veränderung 2003 gegenüber 1998
	EUR		%
Alleinlebende	134	131	– 2,2
Mann	142	/	/
Frau	132	131	– 0,8
Alleinerziehende	231	/	/
Paare	300	299	– 0,3
ohne Kind(er) ¹⁾	275	282	+ 2,5
mit Kind(er) ²⁾	335	337	+ 0,6
Sonstige Haushalte	351	378	+ 7,7
Insgesamt	256	254	– 0,8

- 1) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften
2) Kind(er) unter 18 Jahren

Einige Unterschiede ließen die einzelnen Haushaltstypen bei der Struktur der Ernährungsausgaben erkennen. Paare mit Kindern im Land Brandenburg wendeten rund 70 Prozent ihres monatlichen Nahrungs- und Genussmittelbudgets für Nahrungsmittel auf, während die anderen Haushaltstypen zwischen 73 und 76 Prozent dafür aufbrachten. Des Weiteren gaben Alleinlebende durchschnittlich rund 9 Prozent ihrer nahrungsrelevanten Ausgaben für alkoholische Getränke aus, verglichen mit rund 11 bis 13 Prozent bei den übrigen Haushaltstypen. Auffallend ist auch der höhere Anteil für alkoholische Getränke bei Paaren ohne Kinder, die im Gegenzug dazu relativ wenig für Tabakwaren ausgaben. Bei Paaren mit Kindern zeigt sich diese Relation genau umgekehrt.

**Struktur der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Haushaltstyp**
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Haushaltstyp	Ausgaben insgesamt		davon für							
			Nahrungsmittel		alkoholfreie Getränke		alkoholische Getränke		Tabakwaren	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Alleinlebende	(131)	100	(98)	(74,8)	(11)	(8,4)	(12)	(9,2)	/	/
Mann	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Frau	(131)	100	(100)	(76,3)	(11)	(8,4)	(11)	(8,4)	/	/
Alleinerziehende	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Paare	299	100	217	72,6	30	10,0	36	12,0	(16)	(5,4)
ohne Kind(er) ¹⁾	282	100	208	73,8	25	8,9	37	13,1	(12)	(4,3)
mit Kind(er) ²⁾	(337)	(100)	(237)	(70,3)	40	11,9	(36)	(10,7)	(25)	(7,4)
Sonstige Haushalte	378	100	276	73,0	43	11,4	40	10,6	(19)	(5,0)
Haushalte insgesamt	254	100	186	73,2	26	10,2	28	11,0	14	5,6

1) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften

2) Kind(er) unter 18 Jahren

Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers

Nach der sozialen Stellung ergibt sich im Land Brandenburg folgendes Bild: Die Haushalte von Beamten tätigten 2003 im Schnitt die höchsten monatlichen Ernährungsausgaben. Allerdings lag deren Anteil an den Konsumausgaben insgesamt am niedrigsten. Am wenigsten wendeten Arbeitslosen Haushalte monatlich für die Ernährung auf, wobei diese aber die höchsten Anteile an ihrem Konsumbudget insgesamt aufwiesen.

Gegenüber 1998 ist bis auf die Arbeiterhaushalte ein Anstieg der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zu verzeichnen. Der größte Anstieg wurde bei den Beamtenhaushalten festgestellt, wobei der Anteil für die Ernährungsausgaben am Konsumbudget insgesamt nur leicht gestiegen ist (+ 0,5 Prozentpunkte), anders als bei den Arbeitslosen Haushalten. Hier haben sich sowohl die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren deutlich erhöht als auch ihr Anteil an den Konsumausgaben insgesamt (+ 3,7 Prozentpunkte). Immerhin mussten diese Haushalte 2003 bereits knapp ein Fünftel ihre Konsumausgaben für die Ernährung aufwenden.

**Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Land Brandenburg 1998 und 2003
nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers**

– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Soziale Stellung des Haupteinkommens- beziehers	1998	2003	Veränderung 2003 gegenüber 1998	Anteil an den Konsumausgaben insgesamt	
				1998	2003
		EUR			%
Selbstständige	244	/	/	9,3	/
Beamte	290	(341)	(+ 17,6)	11,0	(11,5)
Angestellte	283	296	+ 4,6	13,0	13,4
Arbeiter	313	(277)	(– 11,5)	17,2	(14,1)
Arbeitslose	192	(210)	(+ 9,4)	15,0	(18,7)
Nichterwerbstätige	206	216	+ 4,5	15,3	13,6
Haushalte insgesamt	256	254	– 0,8	14,4	13,6

Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Land Brandenburg 2003
nach Alter des Haupteinkommensbeziehers
 – Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahre	Ausgaben insgesamt		davon für					
			Nahrungsmittel		Getränke		Tabakwaren	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
unter 25 Jahre	/	/	/	/	/	/	/	/
25 – 35	/	/	/	/	/	/	/	/
35 – 45	284	100	201	70,8	64	22,5	(19)	(6,7)
45 – 55	275	100	198	72,0	58	21,1	(18)	(6,5)
55 – 65	248	100	182	73,4	(52)	21,0	/	/
65 – 70	(215)	100	172	80,0	(39)	18,1	/	/
70 und mehr	/	/	/	/	/	/	/	/
Haushalte insgesamt	254	100	186	73,2	54	21,3	14	5,6

Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers

Im Altersvergleich die höchsten Ernährungsausgaben 2003 hatten im Land Brandenburg Haushalte mit Haupteinkommensbezieher im Alter von 35 bis unter 45 Jahren. Mit weiter steigendem Alter konsumierten die Haushalte immer weniger Nahrungs- und Genussmittel. Ab der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jähriger lagen die Ausgaben der Haushalte unter dem Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte.

Betrachtet man diesbezüglich die Struktur der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel so wird deutlich, dass ab 45 Jahren die Ausgaben für Nahrungsmittel sinken, ihr Anteil am Ernährungsbudget insgesamt aber steigt. Bei den Getränken und Tabakwaren sinken die Ausgaben der Haushalte ebenfalls ab dieser Altersgruppe, allerdings gehen auch hier die Anteile zurück. Bei Haushalten von 55-Jährigen und älter lagen die Ausgabenanteile 2003 unter dem Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte.

Brandenburg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt

Die Ergebnisse der EVS 2003 zeigen, dass brandenburgische Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nur 93,4 Prozent der Ausgaben, die die deutschen Haushalte insgesamt tätigten, dafür ausgaben. 1998 waren es noch 97,7 Prozent.

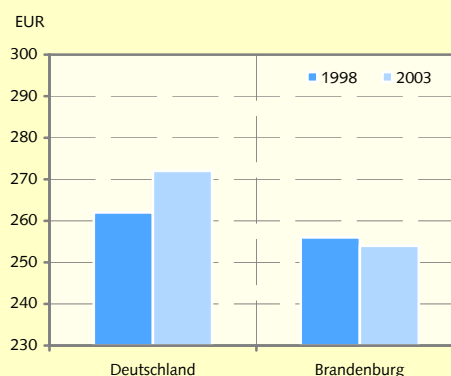
Damit hat sich der Abstand zwischen dem Land Brandenburg und dem Bundesdurchschnitt bei den Ausgaben für die Ernährung von 1998 bis 2003 vergrößert.

Während die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel 2003 gegenüber 1998 im Bundesdurchschnitt um 3,8 Prozent gestiegen sind, sind sie im Land Brandenburg um 0,8 Prozent gesunken.

Der Vergleich der Struktur der Ernährungsausgaben zeigt, dass sowohl die privaten Haushalte im Land Brandenburg als auch im Bundesdurchschnitt 2003 den weitaus größten Teil ihrer Ausgaben für Nahrungsmittel ausgaben, jedoch der Anteil dieser Ausgaben bei den brandenburgischen Haushalten um 1,0 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt lag. 1998 lag dieser um 1,1 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren in Deutschland und im Land Brandenburg 1998 und 2003

– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



**Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
in Deutschland und im Land Brandenburg 1998 und 2003**

– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	Deutschland				Brandenburg			
	1998		2003		1998		2003	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Nahrungsmittel	195	74,2	197	72,2	187	73,1	186	73,2
Brot- und Getreideerzeugnisse	36	13,9	37	13,4	31	12,2	30	11,7
Fleisch, Fleischwaren	50	19,0	47	17,3	49	19,1	49	19,3
Fisch, Fischwaren	6	2,3	7	2,5	6	2,1	7	2,6
Molkereiprodukte und Eier	31	11,6	32	11,7	26	10,2	28	11,1
Speisefette und -öle	6	2,5	6	2,1	8	3,0	7	2,7
Obst	19	7,3	20	7,3	22	8,5	19	7,4
Gemüse, Kartoffeln	22	8,5	23	8,6	23	8,9	23	9,1
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren	16	6,0	17	6,2	15	6,1	16	6,4
Nahrungsmittel a. n. g.	8	3,1	9	3,2	8	3,0	8	3,0
Alkoholfreie Getränke	28	10,8	31	11,3	29	11,2	26	10,2
Alkoholische Getränke	25	9,5	27	10,0	27	10,4	28	11,0
Tabakwaren	14	5,3	18	6,5	14	5,3	14	5,6
Insgesamt	262	100	272	100	256	100	254	100

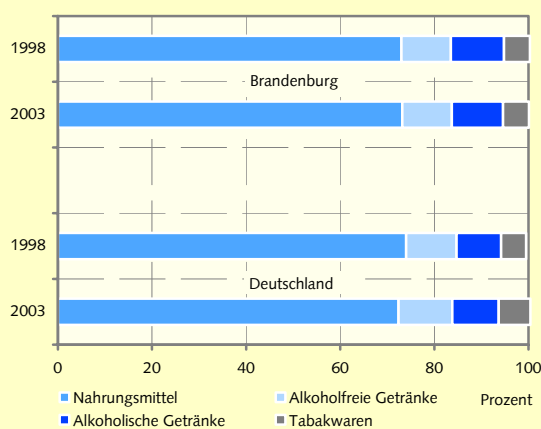
Weiterhin war festzustellen, dass 2003 im Gegensatz zu 1998 der zweitgrößte Ausgabenposten der Haushalte im Land Brandenburg die Aufwendungen für alkoholische Getränke waren, im Bundesdurchschnitt standen 1998 und 2003 die Ausgaben für alkoholfreie Getränke an jeweils zweiter Stelle. Allerdings war sowohl bei den brandenburgischen Haushalten als auch im Bundesdurchschnitt ein Anstieg der Ausgaben für alkoholische Getränke festzustellen. Die Ausgaben für alkoholfreie Getränke gingen im Land Brandenburg zurück während diese im Bundesdurchschnitt ebenfalls angestiegen waren.

Der Anteil der monatlichen Ausgaben der Haushalte für Tabakwaren ist sowohl im Land Brandenburg als auch im Bundesdurchschnitt gering, dennoch sind diese Ausgaben infolge der Erhöhung der Tabaksteuer im Land Brandenburg 2003 gegenüber 1998 nicht so deutlich angestiegen wie im Bundesgebiet insgesamt. Allerdings reduzierten die brandenburgischen Haushalte ihren Zigarettenkonsum von 133 (1998) auf 110 Stück (2003) im Monat. Im Bundesdurchschnitt konnte in diesem Zeitraum nur ein Rückgang von durchschnittlich 108 auf 105 Zigaretten im Monat beobachtet werden.

Innerhalb des Nahrungsmittelbereichs bestanden 2003 im Land Brandenburg keine größeren Unterschiede zum Bundesdurchschnitt. Dies gilt sowohl für die Höhe der Ausgaben als auch für die Anteile. Lediglich für Fleisch und Fleischwaren, Fisch und Fischwaren, Speisefette und -öle sowie Obst und Gemüse gaben die brandenburgischen

Haushalte 2003 etwas mehr aus als die Haushalte im Bundesdurchschnitt. Dafür lagen die brandenburgischen Ausgaben für Brot- und Getreideerzeugnisse sowie Molkereiprodukte und Eier leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Auch gegenüber 1998 waren 2003 im Bereich Nahrungsmittel nur geringfügige Veränderungen zu erkennen.

Struktur der Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren in Deutschland und im Land Brandenburg 1998 und 2003
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



Elke Zimmer

Umweltschutzinvestitionen der brandenburgischen Betriebe und Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 2000 bis 2004

Von 2000 bis 2004 ist die Zahl der Betriebe und Unternehmen mit Umweltschutzinvestitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Land Brandenburg um ein Fünftel zurückgegangen. 2004 investierten 62 Betriebe und 40 Unternehmen in den Umweltschutz. Im gleichen Zeitraum reduzierten sich die Umweltschutzinvestitionen dieser Betriebe und Unternehmen um mehr als die Hälfte. 2004 gaben Betriebe 30,6 Millionen EUR und Unternehmen 29,9 Millionen EUR für den Umweltschutz aus. Zu mehr als 85 Prozent wurden die Umweltschutzinvestitionen von den Vorleistungsgüterproduzenten getragen. An der Spitze standen die Betriebe der chemischen Industrie sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung und Herstellung von Metallerzeugnissen. 2004 haben sechs Betriebe der chemischen Industrie insgesamt 14,1 Millionen EUR in die Umweltschutzmaßnahmen investiert, was 47,5 Prozent aller Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe entsprach.

Der Schwerpunkt der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes lag 2000 bis 2004 in der Luftreinhaltung. Die Ausgaben sind jedoch 2004 gegenüber 2000 um 9,3 Millionen EUR (– 33 Prozent) zurückgegangen. Die Struktur der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe im Bergbau hat sich zu Gunsten der Lärmbekämpfung verändert. Während 2000 die Umweltschutzinvestitionen im Bergbau zu 73,7 Prozent für den Gewässerschutz und zu 16,8 Prozent für die Abfallwirtschaft ausgegeben wurden, dienten im Jahr 2004 ca. 73,2 Prozent der Investitionsausgaben den Maßnahmen der Lärmbekämpfung.

Methodische Vorbemerkungen

Die jährliche Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz wird bei Unternehmen und Betrieben des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) durchgeführt.

Gemäß Gesetz über Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz – UStatG) vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2530) wurde in den Berichtsjahren 1996 bis 2002 nach additiven (End-of-Pipe) Maßnahmen im Umweltschutz befragt. Diese sind in der Regel separate, vom übrigen Produktionsprozess getrennte, nachgeschaltete Anlagen, die bereits entstandene Emissionen verringern. Ab dem Berichtsjahr 2003 werden infolge der Umsetzung der europäischen Statistikverordnung neben den additiven Investitionen auch integrierte Umweltschutzinvestitionen erhoben. Dabei handelt es sich um integrierte Bestandteile von Produktionsanlagen, bei denen die Umweltbelastung direkt bei der Leistungserstellung vermindert wird. Es geht dabei sowohl um die nachträgliche Verbesserung von bestehenden Anlagen als auch um neue Anlagen für den Umweltschutz. Durch diese methodische Änderung sind Vergleiche mit Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt möglich.

Als Investitionen gelten die im Geschäftsjahr aktivierten Bruttozugänge (ohne die als Vorsteuer abzugsfähige Umsatzsteuer) an erworbenen und selbstgestellten Sachanlagen einschließlich solcher Leasing-Güter, die beim Leasing-Nehmer zu aktivieren sind.

Berichtspflichtig zur jährlichen Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz sind:

- Unternehmen¹⁾ des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten,
- Betriebe²⁾ des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten,
- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche,
- Unternehmen und Betriebe der Energie- und Wasserversorgung (bei Unternehmen der Fernwärmeversorgung mit einer Wärmeleistung von mindestens 20,9 GJ/h bzw. 5 Gcal/h oder mit einer Versorgungsleistung von mindestens 500 Wohnungen und bei Unternehmen der Wasserversorgung mit einer jährlichen Wasserabgabe von 200 000 m³ und mehr).

1) Ein Unternehmen ist die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und bilanziert, einschließlich aller produzierenden und nicht produzierenden Teile, jedoch ohne Zweigniederlassungen im Ausland.

2) Ein Betrieb ist eine örtliche Einheit einschließlich der Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem Betrieb örtlich verbunden sind oder in dessen Nähe liegen.

Die Erhebung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz wird gemäß Klassifikation der Umweltschutzaktivitäten (CEPA) für folgende sechs Umweltbereiche durchgeführt:

- ☐ Abfallwirtschaft,
- ☐ Gewässerschutz,
- ☐ Lärmbekämpfung,
- ☐ Luftreinhaltung,
- ☐ Naturschutz und Landschaftspflege,
- ☐ Bodensanierung.

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 586/2001 wurde zu den bisherigen vier Hauptgruppen³⁾ eine fünfte Hauptgruppe Energie eingeführt. Diese neue Hauptgruppe beinhaltet entsprechend der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993, vom Wirtschaftsabschnitt Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden den Unterabschnitt Kohlenbergbau und Torfgewinnung (WZ 10), Gewinnung von Erdöl und Erdgas (WZ 11), Bergbau auf Uran- und Thoriumerze (WZ 12) sowie vom Wirtschaftsabschnitt Verarbeitendes Gewerbe den Unterabschnitt Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen (WZ 23), Energieversorgung (WZ 40) und Wasserversorgung (WZ 41).

Immer weniger Betriebe und Unternehmen im Bergbau⁴⁾ und Verarbeitenden Gewerbe investieren in den Umweltschutz

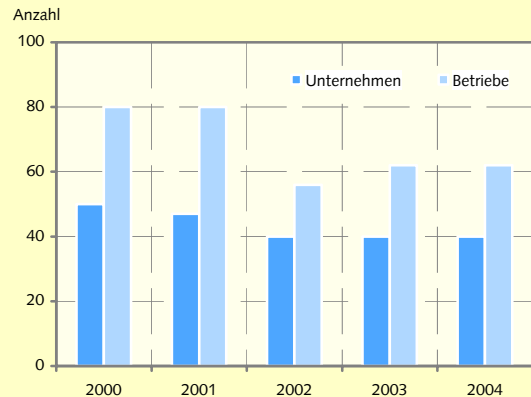
Im Jahr 2004 investierten im Land Brandenburg 62 Betriebe und 40 Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in den Umweltschutz. Die Zahl sowohl der Betriebe als auch der Unternehmen mit Umweltschutzinvestitionen ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Im gesamten Zeitraum 2000 bis 2004 ist jedoch die Zahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen um mehr als ein Fünftel (– 22,5 Prozent) von 80 auf 62 zurückgegangen; die Zahl der Unternehmen mit Umweltschutzinvestitionen verringerte sich um genau ein Fünftel (– 20 Prozent) von 50 auf 40.

3) Bisherige Hauptgruppen: A Vorleistungsgüterproduzenten, B Investitionsgüterproduzenten, GG Gebrauchsgüterproduzenten und VG Verbrauchsgüterproduzenten.

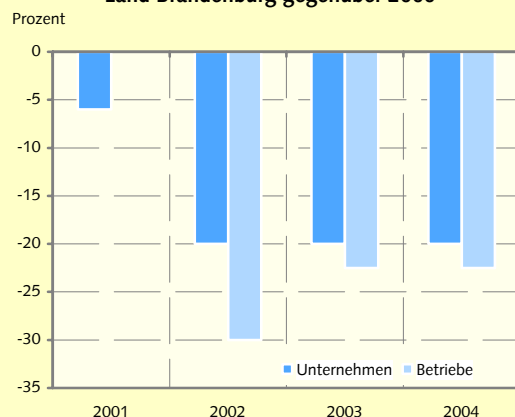
4) Der Kürze wegen wird statt der vollständigen Bezeichnung des Wirtschaftsabschnittes „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ die Kurzbezeichnung „Bergbau“ verwendet.

Anzahl der Betriebe und Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit Umweltschutzinvestitionen im Land Brandenburg 2000 – 2004



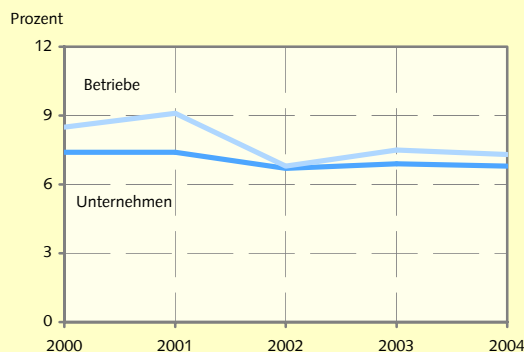
Der größte Rückgang der Zahl der in den Umweltschutz investierenden Unternehmen wurde im Jahr 2002 registriert. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Unternehmen 2002 um 14,9 Prozent und gegenüber 2000 um 20 Prozent zurück. Seit 2002 investierten jährlich unverändert 40 Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes Brandenburgs in den Umweltschutz. Die Zahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen war 2002 noch stärker geschrumpft. Sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber 2000 sank die Zahl der Betriebe um 30 Prozent. Nach einem Anstieg 2003 um 10,7 Prozent blieb die Zahl der in den Umweltschutz investierenden Betriebe 2004 unverändert.

Veränderung der Anzahl der Betriebe und Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit Umweltschutzinvestitionen im Land Brandenburg gegenüber 2000



Die Investitionsstruktur der Betriebe und Unternehmen veränderte sich in den vergangenen fünf Jahren zu Ungunsten des Umweltschutzes. Während der Anteil der in den Umweltschutz investierenden Betriebe an der Gesamtzahl der investierenden Betriebe im Jahr 2000 noch 8,5 Prozent betrug, verringerte er sich innerhalb des Zeitraums 2000 bis 2004 um 1,2 Prozentpunkte bis auf 7,3 Prozent. Der Anteil der Unternehmen mit Umweltschutzinvestitionen ging in diesem Zeitraum von anfänglich 7,4 Prozent um 0,6 Prozentpunkte zurück und betrug 6,8 Prozent im Jahr 2004.

Anteil der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe und Unternehmen an der Gesamtzahl der investierenden Betriebe bzw. Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im Land Brandenburg 2000 – 2004



Im Jahr 2002 wurden die geringsten Anteile der in den Umweltschutz investierenden Betriebe und Unternehmen registriert. Eine Erhöhung der Anteile der Betriebe und Unternehmen im Jahr 2003 konnte die jeweiligen Anteilsverluste des Vorjahres nicht ausgleichen. Im Jahr 2004 war der Anteil der in den Umweltschutz investierenden Betriebe und Unternehmen gegenüber dem Vorjahr jeweils weiterhin gesunken. So ging der Anteil der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen um 0,2 Prozentpunkte zurück, obwohl die Zahl der Betriebe mit Investitionen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 22 Betriebe (+ 2,7 Prozent) angestiegen war. Bei einem 1,9-prozentigen Anstieg der Gesamtzahl der investierenden Unternehmen auf 590 im Jahr 2004 (+ 11 Unternehmen) reduzierte sich gleichzeitig deren Anteil, der in den Umweltschutz investierte, um 0,1 Prozentpunkte.

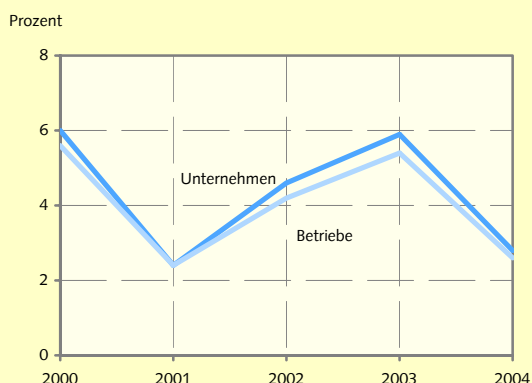
Rückläufige Umweltschutzinvestitionen in Betrieben und Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes

Die brandenburgischen Betriebe und Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes investierten 2004

insgesamt weniger in den Umweltschutz. Das Investitionsvolumen der **Betriebe** für den Umweltschutz betrug 2004 ca. 30,6 Millionen EUR. Es hat sich gegenüber dem Vorjahr um 18,3 Prozent verringert. Obwohl die Betriebe 2004 gegenüber dem Vorjahr insgesamt rund 485 Millionen EUR mehr investierten (+ 70,7 Prozent), ging der Anteil der Investitionen in den Umweltschutz um 2,8 Prozentpunkte zurück und betrug 2004 nur 2,6 Prozent.

Auch bei den **Unternehmen** zeigte sich 2004 eine ähnliche Situation. Einem 77,6-prozentigen Wachstum des Volumens der Gesamtinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr stand ein Rückgang der Umweltschutzinvestitionen um 6,1 Millionen EUR (– 16,9 Prozent) gegenüber. Insgesamt investierten die Unternehmen Brandenburgs im Jahr 2004 ca. 29,9 Millionen EUR in den Umweltschutz. Der Anteil der Investitionen der Unternehmen in den Umweltschutz betrug 2004 rund 2,8 Prozent aller Investitionen der Unternehmen. Gegenüber dem Vorjahr ging dieser Anteil um 3,1 Prozentpunkte zurück.

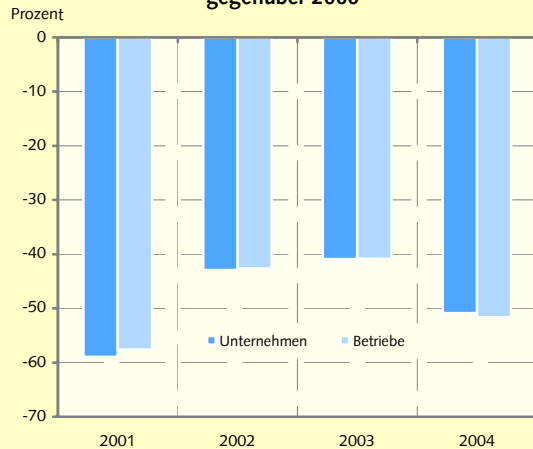
Anteil der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe und Unternehmen jeweils an den Gesamtinvestitionen der Betriebe bzw. Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im Land Brandenburg 2000 – 2004



Im gesamten Zeitraum 2000 bis 2004 reduzierten sich die Umweltschutzinvestitionen der Betriebe um mehr als die Hälfte (– 51,7 Prozent). Während im Jahr 2000 die Betriebe das jahreshöchste Volumen von 63,2 Millionen EUR in den Umweltschutz investierten, gaben sie 2004 für diesen Zweck nur 30,6 Millionen EUR aus.

Die Umweltschutzinvestitionen der Unternehmen gingen im Zeitraum von 2000 bis 2004 ebenso um die Hälfte (– 50,9 Prozent) zurück. Von 61 Millionen EUR im Jahr 2000 reduzierten sich die Ausgaben der Unternehmen in den Umweltschutz bis zum Jahr 2004 um 31 Millionen EUR.

Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe und Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im Land Brandenburg gegenüber 2000

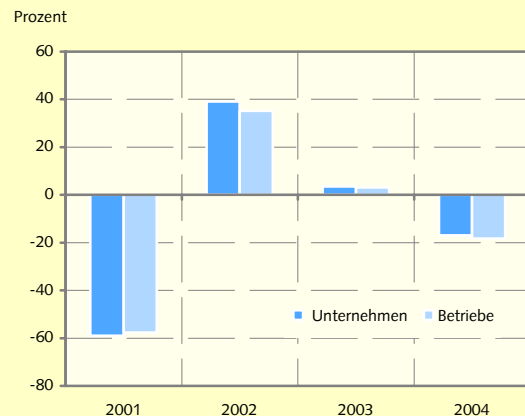


Die Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe und Unternehmen verlief im Zeitraum von 2000 bis 2004 etwa parallel. Das geringste jährliche Volumen der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe und Unternehmen wurde im Jahr 2001 registriert. Es reduzierte sich gegenüber 2000, dem Jahr mit dem höchsten Volumen der Umweltschutzinvestitionen, um mehr als die Hälfte, sowohl bei den Unternehmen (– 59 Prozent) als auch bei den Betrieben (– 57,6 Prozent) und betrug knapp über 25 Millionen EUR bei den Unternehmen und rund 27 Millionen EUR bei den Betrieben.

2002 nahm das Investitionsvolumen für den Umweltschutz gegenüber dem Vorjahr sowohl in den Betrieben (+ 35,2 Prozent) als auch in den Unternehmen (+ 39,1 Prozent) nennenswert zu. Nach diesem Aufschwung folgte 2003 ein leichtes Wachstum der Ausgaben für den Umweltschutz in den Betrieben um 3,2 Prozent und in

den Unternehmen um 3,5 Prozent. Im Jahr 2004 erfolgte erneut eine Abnahme der Umweltschutzinvestitionen gegenüber dem Vorjahr, sowohl in Betrieben (– 18,3 Prozent) als auch in Unternehmen (– 16,9 Prozent) des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes (vgl. Tabelle und nachfolgende Grafik).

Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe und Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im Land Brandenburg gegenüber dem Vorjahr



Rückgang der Investitionsausgaben des Bergbaus für den Umweltschutz um mehr als die Hälfte

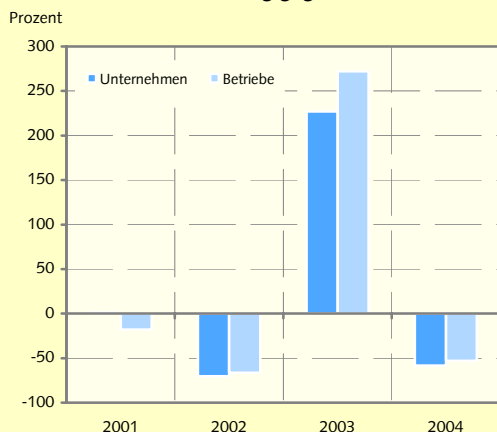
Insgesamt gingen die Investitionen der Betriebe des Bergbaus in den Umweltschutz im Zeitraum von 2000 bis 2004 um mehr als die Hälfte zurück (– 53,2 Prozent). Auch das Investitionsvolumen der Unternehmen des Bergbaus für den Umweltschutz wurde von 2000 bis 2004 mehr als halbiert (– 58,4 Prozent).

Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes insgesamt und für den Umweltschutz im Land Brandenburg 2000 – 2004

Jahr	Unternehmen				Betriebe			
	mit Investitionen	darunter	Investitionen insgesamt	darunter	mit Investitionen	darunter	Investitionen insgesamt	darunter
		mit Umweltschutzinvestitionen		Umweltschutzinvestitionen		mit Umweltschutzinvestitionen		Umweltschutzinvestitionen
	Anzahl		1 000 EUR		Anzahl		1 000 EUR	
2000	674	50	1 024 353	60 956	940	80	1 127 536	63 241
2001	634	47	1 063 844	25 008	878	80	1 138 233	26 835
2002	600	40	760 230	34 792	829	56	872 027	36 273
2003	579	40	608 827	36 022	823	62	686 588	37 418
2004	590	40	1 081 052	29 928	845	62	1 171 806	30 560

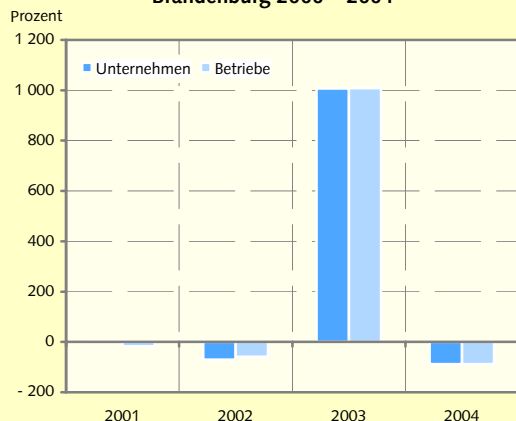
Die geringsten jährlichen Ausgaben für den Umweltschutz wurden sowohl in den Betrieben (701 Tausend EUR) als auch in den Unternehmen (746 Tausend EUR) im Jahr 2002 registriert.

Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe und Unternehmen des Bergbaus im Land Brandenburg gegenüber 2000



Im Jahr 2003 wurde ein erheblicher Zuwachs der Investitionstätigkeit für die Umwelt in den Betrieben und Unternehmen des Bergbaus verzeichnet. Das Investitionsvolumen für den Umweltschutz 2003 gegenüber dem Vorjahr erreichte bei Betrieben und Unternehmen dieses Wirtschaftsbereiches jeweils über das 11-fache. Im Vergleich zu 2000 sind die Ausgaben für den Umweltschutz bei den Betrieben um fast das 4-fache und bei den Unternehmen um mehr als das 3-fache angestiegen. Das Investitionsvolumen für den Umweltschutz erreichte im Jahr 2003 in den Betrieben des Bergbaus den Wert von 7,8 Millionen EUR und in den Unternehmen den Wert von 8,3 Millionen EUR.

Jährliche Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe und Unternehmen des Bergbaus im Land Brandenburg 2000 – 2004



2004 wurde sowohl von den Betrieben als auch von den Unternehmen des Bergbaus wieder weniger in den Umweltschutz investiert. Das Investitionsvolumen der Betriebe für den Umweltschutz betrug 2004 ca. 1 Million EUR und der Unternehmen rund 1,1 Millionen EUR und ist gegenüber dem Vorjahr entsprechend um 87,4 und 87,3 Prozent zurückgegangen.

Die Zahl der in den Umweltschutz investierenden Unternehmen des Bergbaus schwankte im Zeitraum 2000 bis 2004. Im Jahr 2000 investierte noch jedes vierte Unternehmen in den Umweltschutz. Im darauf folgenden Jahr 2001 stieg die Zahl der investierenden Unternehmen um 33,3 Prozent an. Von insgesamt 12 investierenden Unternehmen tätigte jedes dritte Unternehmen Ausgaben für den Umweltschutz. 2002 reduzierte sich die Zahl der Unternehmen mit den Umweltschutzinvestitionen gegenüber dem Vorjahr um eine Hälfte und gegenüber 2000 um ein Drittel und blieb 2003 konstant. 2004 investierte in Brandenburg nur ein Unternehmen des Bergbaus in den Umweltschutz von insgesamt 10 investierenden Unternehmen.

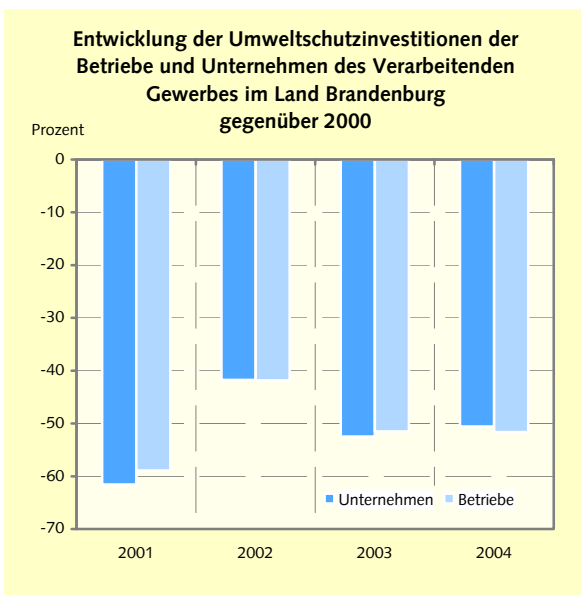
Die Zahl der in den Umweltschutz investierenden Betriebe des Bergbaus ist von 2002 bis 2004 konstant geblieben. Im Jahr 2001 wurde einmalig ein 50-prozentiger Zuwachs der Betriebe des Bergbaus mit den Umweltschutzinvestitionen gegenüber dem Vorjahr registriert. In diesem Jahr hatten sechs von insgesamt 27 Betrieben in den Umweltschutz investiert. Bereits im darauf folgenden Jahr 2002 schrumpfte die Zahl der in den Umweltschutz investierenden Betriebe gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte und gegenüber 2000 um ein Viertel und blieb auf diesem Niveau bis einschließlich 2004.

Rückläufige Investitionsausgaben für den Umweltschutz auch in Unternehmen und Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes

Von 2000 bis 2004 sind alle Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe mehr als halbiert worden. Die Ausgaben der Betriebe für den Umweltschutz sind in diesem Zeitraum um 51,6 Prozent und die der Unternehmen um 50,6 Prozent zurückgegangen.

Während die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2000 noch das Jahreshöchstvolumen der Investitionen in den Umweltschutz von 58,4 Millionen EUR aufweisen konnten, sind deren Umweltschutzinvestitionen bereits nach einem Jahr um fast 36 Millionen EUR (- 61,6 Prozent) zurückgegangen, somit wurde 2001 das jahresniedrigste Niveau im gesamten Untersuchungszeitraum ermittelt. Im Jahr 2002 stiegen die Umweltschutzinvestitionen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte (+ 51,6 Prozent) wieder an, erreichten jedoch mit dem Volumen

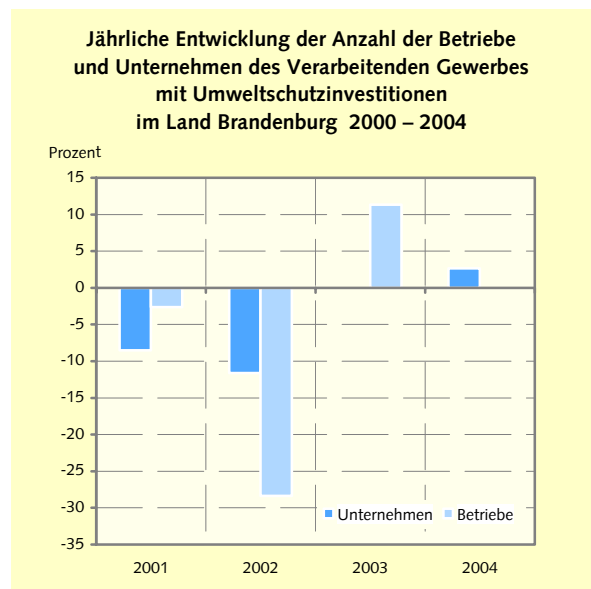
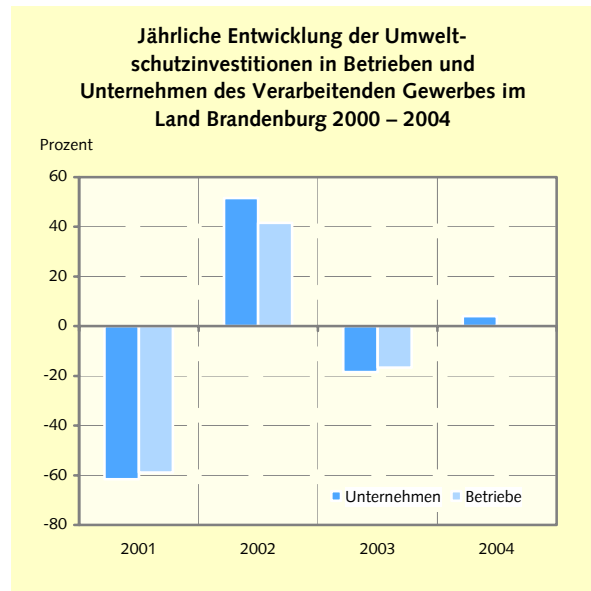
von 35,6 Millionen EUR nur 58,3 Prozent des Investitionsvolumens des Jahres 2000. Im Jahr 2003 gingen die Ausgaben der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in den Umweltschutz gegenüber dem Vorjahr um 18,4 Prozent zurück. 2004 erhöhte sich das Investitionsvolumen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes für den Umweltschutz erneut um ca. 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr und betrug 28,9 Millionen EUR. Diese Investitionsausgaben in den Umweltschutz bildeten jedoch nur 49,4 Prozent des Investitionsvolumens des Jahres 2000.



Auch die Umweltschutzinvestitionen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe waren im Jahr 2000 auf dem jahreshöchsten Niveau von 61,2 Millionen EUR. 2001 sind sie gegenüber 2000 um – 58,9 Prozent zurückgegangen. 2002 stiegen die Umweltschutzinvestitionen in diesen Betrieben gegenüber dem Vorjahr dagegen um das 1,4-fache (+ 41,6 Prozent) an. Im Jahr 2003 gingen die Umweltschutzinvestitionen der Betriebe, wie auch bei den Unternehmen erneut um – 16,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Auch 2004 sind die Investitionsausgaben für den Umweltschutz gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 Prozent gesunken. Insgesamt investierten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2004 ca. 29,6 Millionen EUR in den Umweltschutz. Das waren 96,8 Prozent aller Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Wirtschaftsabschnittes Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe.

Von 2000 bis 2004 ging die **Zahl der** in den Umweltschutz investierenden **Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes** insgesamt um 17 Prozent zurück. Im Jahr 2000 investierten noch 47 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in den Umweltschutz. Im darauf folgenden Jahr ging die Zahl dieser Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um vier Unternehmen (– 8,5 Prozent) und im Jahr 2002 um weitere fünf Unternehmen (– 11,6 Prozent) bis auf

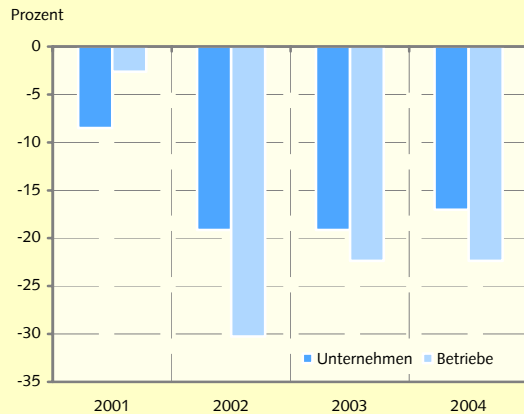
insgesamt 38 Unternehmen zurück. 2003 blieb die Zahl dieser Unternehmen konstant. Im Jahr 2004 investierten 39 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zusätzlich in den Umweltschutz. Diese Unternehmen bildeten 6,7 Prozent von insgesamt 580 investierenden Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe Brandenburgs.



Auch die **Anzahl der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes**, die in den Umweltschutz investierten, verringerte sich von 2000 bis 2004 um – 22,4 Prozent. Während 2000 noch 76 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in den Umweltschutz investierten, ging deren Zahl im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 28,4 Prozent und gegenüber 2000 um 30,3 Prozent zurück. 2003 erfolgte ein 11,3-prozentiger Anstieg der Anzahl der Betriebe gegenüber

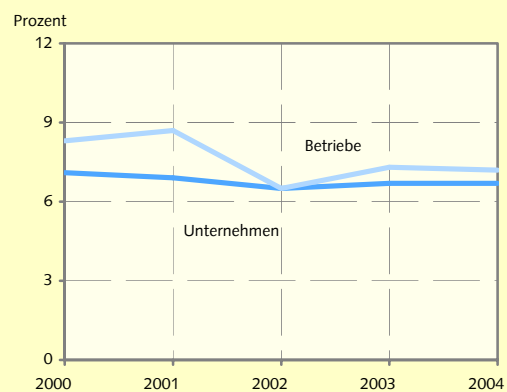
dem Vorjahr. Gegenüber 2000 war es jedoch immer noch eine Reduzierung der Betriebszahl von 22,4 Prozent. 2003 investierten insgesamt 59 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in den Umweltschutz. 2004 blieb diese Zahl konstant.

Entwicklung der Anzahl der Betriebe und Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit Umweltschutzinvestitionen im Land Brandenburg gegenüber 2000



Der Anteil der Unternehmen mit Umweltschutzinvestitionen an der Gesamtzahl der investierenden Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes war im Zeitraum 2000 bis 2004 insgesamt von 7,1 Prozent im Jahr 2000 bis auf 6,7 Prozent um 0,4 Prozentpunkte gesunken; der Anteil der Betriebe war ebenfalls von 8,3 Prozent im Jahr 2000 bis auf 7,2 Prozent im Jahr 2004 um 1,1 Prozentpunkte zurückgegangen.

Anteil der Betriebe und Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit Umweltschutzinvestitionen an der Gesamtzahl der investierenden Betriebe und Unternehmen im Land Brandenburg 2000 – 2004



Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes des Landes Brandenburg 2000 – 2004^{*)}

Jahr	Unternehmen					Betriebe				
	insgesamt	dar. mit Investitionen		Investi- tionen insgesamt	darunter für den Umwelt- schutz	insgesamt	dar. mit Investitionen		Investi- tionen insgesamt	darunter für den Umwelt- schutz
		insgesamt	für den Umwelt- schutz				insgesamt	für den Umwelt- schutz		
Anzahl			1 000 EUR		Anzahl			1 000 EUR		
	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden									
2000	14	12	3	130 581	2 524	34	27	4	118 236	2 088
2001	12	12	4	93 817	2 556	31	27	6	77 030	1 717
2002	13	11	2	108 287	746	30	16	3	90 520	701
2003	12	10	2	148 807	8 257	27	20	3	111 430	7 768
2004	11	10	1	149 471	1 050	30	21	3	103 598	978
	Verarbeitendes Gewerbe									
2000	722	662	47	893 773	58 433	1 042	913	76	1 009 300	61 153
2001	727	622	43	970 027	22 452	1 042	851	74	1 061 203	25 118
2002	714	589	38	651 943	34 045	1 025	813	53	781 507	35 572
2003	677	569	38	460 020	27 766	1 003	803	59	575 158	29 650
2004	672	580	39	931 581	28 877	1 006	824	59	1 068 207	29 582

^{*)} Stand: Juni 2006

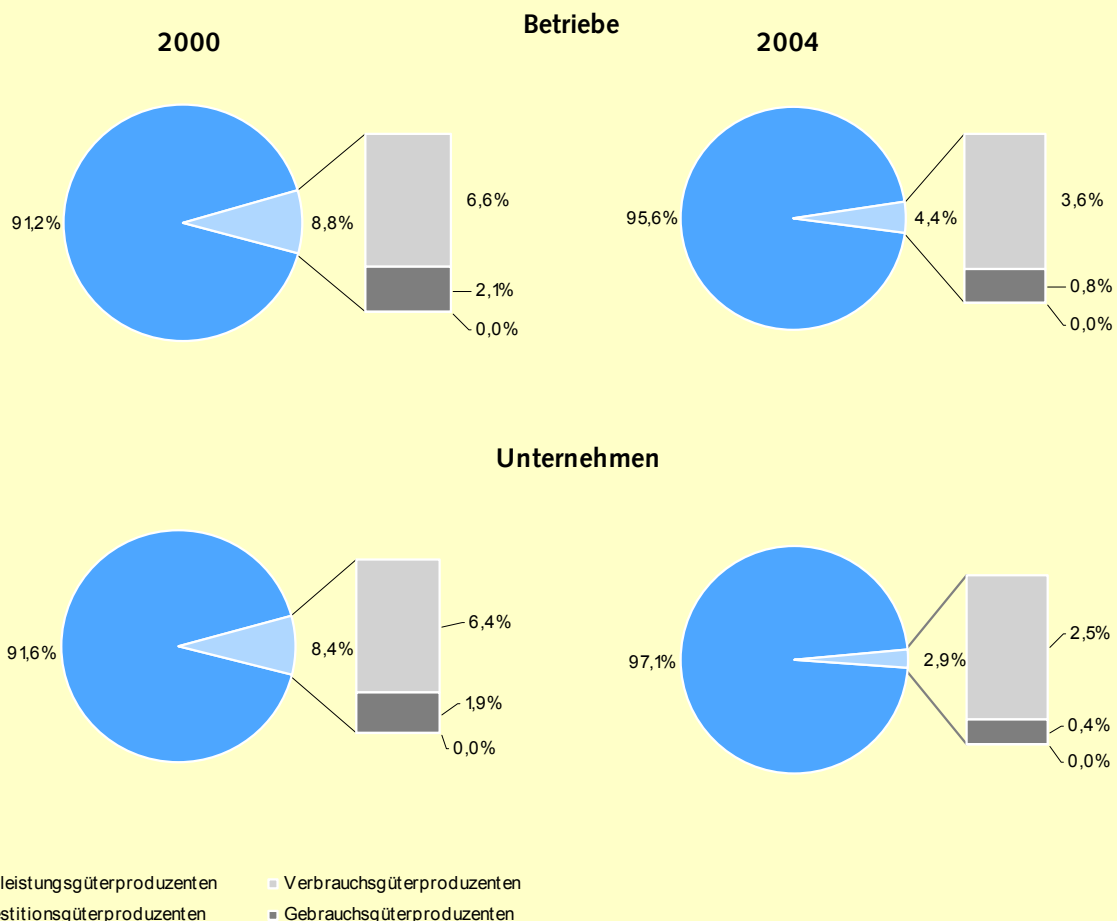
Umweltschutzinvestitionen der Betriebe nach Hauptgruppen

Nachfolgend werden die Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes zusammengefasst nach den vier folgenden Hauptgruppen betrachtet:

- Vorleistungsgüterproduzenten,
- Investitionsgüterproduzenten,
- Gebrauchsgüterproduzenten,
- Verbrauchsgüterproduzenten.

Im gesamten Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2004 wurden die Umweltschutzinvestitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe mit dem höchsten Anteil von ca. 85 Prozent jeweils von Betrieben und von Unternehmen der Hauptgruppe der Vorleistungsgüterproduzenten getätigt. Der Anteil der Investitionen für den Umweltschutz der Gebrauchsgüterproduzenten an den Gesamtausgaben der Umweltschutzinvestitionen mit insgesamt 40 Tausend EUR in diesen fünf Jahren war dagegen verschwindend gering (0,023 Prozent). Die Struktur der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe und Unternehmen in den einzelnen Hauptgruppen veränderte sich im Jahr 2004 gegenüber 2000 geringfügig, wie nachfolgende Grafik verdeutlicht.

Struktur der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe und Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im Land Brandenburg 2000 und 2004



Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes des Landes Brandenburg 2000 – 2004 nach Hauptgruppen*)

Jahr	Unternehmen					Betriebe				
	insgesamt	dar. mit Investitionen		Investi- tionen insgesamt	darunter für den Umwelt- schutz	insgesamt	dar. mit Investitionen		Investi- tionen insgesamt	darunter für den Umwelt- schutz
		insgesamt	für den Umwelt- schutz				insgesamt	für den Umwelt- schutz		
Anzahl			1 000 EUR		Anzahl			1 000 EUR		
Vorleistungsgüterproduzenten										
2000	324	291	33	612 792	55 866	551	468	56	705 081	57 691
2001	318	267	29	639 425	18 558	529	425	57	709 202	19 899
2002	315	259	28	524 408	25 402	518	405	41	595 463	26 460
2003	298	255	25	248 929	23 359	490	392	40	286 401	24 385
2004	299	262	28	610 197	25 669	498	406	41	653 299	25 942
Investitionsgüterproduzenten										
2000	237	220	7	282 190	1 168	316	283	11	288 125	1 356
2001	242	205	6	271 494	5 750	329	271	7	258 799	5 764
2002	238	195	6	131 164	423	325	252	8	149 885	836
2003	218	181	9	91 902	727	321	254	13	138 928	1 425
2004	207	178	4	154 391	108	320	256	9	204 554	230
Gebrauchsgüterproduzenten										
2000	21	19	3	36 068	20	27	25	3	36 562	20
2001	21	17	2	23 755	310	28	21	2	24 726	310
2002	19	17	2	12 680	161	24	21	2	13 221	161
2003	26	23	–	11 573	–	30	25	–	11 574	–
2004	26	24	–	7 985	–	29	26	–	9 217	–
Verbrauchsgüterproduzenten										
2000	154	144	7	93 303	3 902	182	164	10	97 768	4 174
2001	158	145	10	129 170	390	187	161	14	145 506	862
2002	155	129	4	91 979	8 807	188	151	5	113 458	8 817
2003	145	118	4	75 050	1 147	184	147	6	105 781	1 307
2004	149	124	6	126 702	654	184	152	8	168 426	964
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt										
2000	736	674	50	1 024 353	60 956	1 076	940	80	1 127 536	63 241
2001	739	634	47	1 063 844	25 008	1 073	878	80	1 138 233	26 835
2002	727	600	40	760 230	34 792	1 055	829	56	872 027	36 273
2003	689	579	40	608 827	36 022	1 030	823	62	686 588	37 418
2004	683	590	40	1 081 052	29 928	1 036	845	62	1 171 806	30 560

*) Stand: Juni 2006

Im Jahr 2004 investierten 41 Betriebe der Hauptgruppe Vorleistungsgüterproduzenten fast 88 Prozent aller Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe. Die Investitionsausgaben für den Umweltschutz betrugen in diesen Betrieben 2004 ca. 26 Millionen EUR.

Wie aus den Angaben oben stehender Tabelle ersichtlich ist, ergab sich für die Betriebe der vier Hauptgruppen eine

rückläufige Entwicklung bei den Investitionsausgaben für den Umweltschutz wie folgt:

Die Umweltschutzinvestitionen der **Vorleistungsgüterproduzenten** haben sich 2004 gegenüber 2000 mit dem Jahreshöchststand der Ausgaben für den Umweltschutz in Höhe von 57,7 Millionen EUR mehr als halbiert (– 55 Prozent). Die Zahl der Betriebe mit den Umweltschutzinvesti-

tionen ging von 2000 bis 2004 um mehr als ein Viertel (– 26,7 Prozent) zurück. Den Tiefststand der jährlichen Ausgaben für den Umweltschutz erreichten die Vorleistungsgüterproduzenten im Jahr 2001. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Umweltschutzinvestitionen um 73 Prozent zurück. Nach einem Anstieg im Jahr 2002 (rund + 33 Prozent gegenüber 2001) konnten die Umweltschutzinvestitionen der Vorleistungsgüterproduzenten das Investitionsniveau von 2000 nicht erreichen. Gegenüber 2000 waren die Umweltschutzausgaben der Betriebe 2002 um ca. 54 Prozent geringer.

Die Umweltschutzinvestitionen der **Investitionsgüterproduzenten** sind von 2000 bis 2004 insgesamt um 83 Prozent zurückgegangen. Während im Jahr 2000 insgesamt 11 Investitionsgüterproduzenten ca. 1,4 Millionen EUR für den Umweltschutz ausgaben, investierten die neun Betriebe im Jahr 2004 nur noch 230 Tausend EUR somit nur 0,8 Prozent der gesamten Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe. Die Investitionsgüterproduzenten tätigten im Jahr 2001 die Jahreshöchsten Ausgaben von ca. 5,7 Millionen EUR für den Umweltschutz. Die Umweltschutzausgaben sind somit 2001 um fast das 4,2-fache höher als im Vorjahr angestiegen. Dabei blieb die Zahl der in den Umweltschutz investierenden Betriebe konstant. Dagegen verzeichneten die Investitionsgüterproduzenten im Jahr 2002 den Tiefststand ihrer Ausgaben für den Umweltschutz. Sie gaben 2002 lediglich ca. 2,4 Prozent aller Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe aus.

Die **Verbrauchsgüterproduzenten** reduzierten ihre Ausgaben für den Umweltschutz von 2000 bis 2004 um mehr als das 4-fache (– 76,9 Prozent). 2000 investierten noch 10 Betriebe ca. 4,2 Millionen EUR in den Umweltschutz. Ein Jahr später tätigten 14 Betriebe ebenfalls Investitionen in den Umweltschutz; allerdings ging das Investitionsvolumen zurück. Im Jahr 2002 boomte es bei den Verbrauchsgüterproduzenten an den Umweltschutzinvestitionen. Nur fünf Betriebe dieser Branchen investierten in den Umweltschutz mehr als das 2-fache Investitionsvolumen des Jahres 2000. 2003 waren die Umweltschutzinvestitionen erneut rückläufig. Im Jahr 2004 waren es acht Betriebe, die ein Investitionsvolumen von 964 Tausend EUR für den Umweltschutz ausgegeben. Das waren nur 3,3 Prozent aller Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe 2004.

Gebrauchsgüterproduzenten 2003 und 2004 keine Umweltschutzinvestitionen

Die Gebrauchsgüterproduzenten investierten weder 2003 noch 2004 in den Umweltschutz. Umweltschutzinvestitionen dieses Bereiches wurden letztmalig im Jahr 2002 getätigt. Im Jahr 2000 wurden noch drei Gebrauchsgüterproduzenten registriert, die in den Umweltschutz investier-

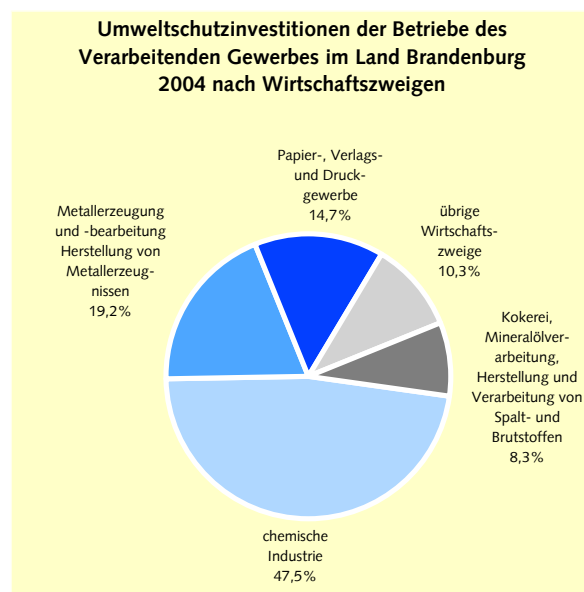
ten. Ihr Investitionsvolumen für den Umweltschutz betrug lediglich 20 Tausend EUR.

Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes nach Wirtschaftszweigen

Die Hauptträger der Investitionen für den Umweltschutz waren im gesamten Zeitraum 2000 bis 2004 die Betriebe der Wirtschaftszweige chemische Industrie sowie Metallherzeugung und -bearbeitung und Herstellung von Metallherzeugnissen. Im Jahr 2000 prägten neben den Betrieben der chemischen Industrie und der Metallherzeugung und -bearbeitung entsprechend mit dem Anteil von 30 Prozent und von 15 Prozent auch die Betriebe des Holzgewerbes mit dem Anteil von mehr als 32 Prozent die Gesamtstruktur der Umweltschutzinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes Brandenburgs.

Im Jahr 2004 hatten sechs Betriebe der chemischen Industrie 14,1 Millionen EUR in die Umweltschutzmaßnahmen investiert. Das waren 47,5 Prozent aller Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Wirtschaftsabschnittes Verarbeitendes Gewerbe. Der Anteil der Betriebe der chemischen Industrie an den Umweltschutzinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes stieg dabei gegenüber 2000 von anfänglich 30,3 Prozent um 17,2 Prozentpunkte an. Die Betriebe der chemischen Industrie gaben 2004 ca. 14,9 Prozent ihrer Gesamtinvestitionen für den Umweltschutz aus. Der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen dieser Betriebe stieg gegenüber 2000 um 1,1 Prozentpunkte an.

Die Umweltschutzinvestitionen der 11 Betriebe der Metallherzeugung und -bearbeitung und Herstellung von Metallherzeugnissen betrugen 2004 ca. 5,7 Millionen EUR. Deren Anteil an den gesamten Umweltschutzinvestitionen



des Verarbeitenden Gewerbes lag somit bei 19,2 Prozent. Gegenüber 2000 ist er um 4,2 Prozentpunkte angestiegen. Dabei gaben die Betriebe dieses Wirtschaftszweiges 2004 nur 6,1 Prozent ihrer Gesamtinvestitionen für den Umweltschutz aus, das heißt ein Prozentpunkt weniger als 2000. Die Anzahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen stieg im Wirtschaftszweig gegenüber 2000 um drei Betriebe an (+ 37,5 Prozent).

Die Betriebe des Papier-, Verlags- und Druckgewerbes erhöhten von 2000 bis 2004 den Anteil der Umweltschutzinvestitionen auf das 3-fache und erreichten rund 15 Prozent der gesamten Umweltschutzinvestition des Verarbeitenden Gewerbes.

Ein Rückgang der Umweltschutzinvestitionen von 2000 bis 2004 wurde mit Ausnahme des Wirtschaftszweiges

Papier-, Verlags- und Druckgewerbe in den Betrieben aller übrigen Wirtschaftszweige registriert (vgl. nachstehende Tabelle).

Die Ausgaben für den Umweltschutz gingen auch in den Betrieben der chemischen Industrie im Zeitraum von 2000 bis 2004 von anfänglich 18,5 Millionen EUR um fast 4,5 Millionen EUR (– 24,2 Prozent) zurück.

Auch die Betriebe des Wirtschaftszweiges Metallherzeugung und -bearbeitung und Herstellung von Metallzeugnissen gaben 2004 gegenüber 2000 weniger für den Umweltschutz aus. Während die Umweltschutzinvestitionen dieser Betriebe 2000 noch ca. 9,2 Millionen EUR betrugen, gingen sie bis 2004 um 3,5 Millionen EUR (– 38,3 Prozent) zurück.

**Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes
des Landes Brandenburg 2000 – 2004 nach Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig	2000	2001	2002	2003	2004
	1 000 EUR				
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 088	1 717	701	7 768	978
Verarbeitendes Gewerbe	61 153	25 118	35 572	29 650	29 582
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 917	712	8 833	1 362	579
Textil- und Bekleidungsgewerbe	•	–	592	•	–
Ledergewerbe	–	–	–	–	–
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	•	•	–	•	762
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1 442	•	•	113	4 355
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	3 124	2 389	9 906	2 573	2 446
Chemische Industrie	18 541	7 329	5 667	3 536	14 056
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 216	127	1 446	3 412	309
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung v. Steinen u. Erden	1 568	1 803	1 762	1 637	995
Metallerzeugung und -bearbeitung Herstellung von Metallzeugnissen	9 195	3 911	5 617	14 892	5 671
Maschinenbau	646	804	176	680	9
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	•	155	•	–	8
Fahrzeugbau	964	5 242	802	740	213
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	551	390	277	351	179
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe	63 241	26 835	36 273	37 418	30 560
nachrichtlich: Energie- und Wasserversorgung	3 649	2 045	4 347	5 060	6 184

Die Umweltschutzinvestitionen gingen 2004 gegenüber 2000 in den Betrieben des Wirtschaftszweiges Maschinenbau um 98,6 Prozent zurück, in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren um 86,1 Prozent, im Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung um 80,2 Prozent, im Fahrzeugbau um 77,8 Prozent; weiterhin im Wirtschaftszweig Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling um 67,5 Prozent, im Glasgewerbe um 36,5 Prozent und in der Kokerei/Mineralölverarbeitung um 21,7 Prozent. Auch die Anteile der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen reduzierten sich in den Betrieben dieser Wirtschaftszweige gegenüber 2000 mit Ausnahme des Wirtschaftszweiges Glasgewerbe.

Nur die Betriebe des Wirtschaftszweiges Papier-, Verlags- und Druckgewerbe investierten 2004 das dreifache Volumen in den Umweltschutz als im Jahr 2000. Ihre Ausgaben für den Umweltschutz betrugen 2004 fast 4,4 Millionen EUR und lagen um 2,9 Millionen EUR (+ 202 Prozent) über den Umweltschutzinvestitionen im Jahr 2000.

Umweltschutzinvestitionen der Betriebe nach Umweltbereichen

Im **Verarbeitenden Gewerbe** hat sich die Struktur der Umweltschutzinvestitionen nach Umweltbereichen von 2000 bis 2004 kaum verändert (vgl. Tabelle nächste Seite). Sowohl 2000 als auch 2004 bildeten die Investitionsausgaben für Luftreinhaltung⁵⁾ den Schwerpunkt der Umweltschutzmaßnahmen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. So flossen 28 Millionen EUR der im Jahr 2000 für den Umweltschutz im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt ausgegebenen Mitteln in die Luftreinhaltung. Das waren 45,8 Prozent aller Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. Bis 2004 ist der Anteil dieser Art der Umweltschutzinvestitionen auf 63,3 Prozent angestiegen. Absolut gaben jedoch die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes 2004 weniger für die Luftreinhaltung aus als im Jahr 2000. Sie investierten in den Umweltschutz 18,7 Millionen EUR, das heißt ca. 9,3 Millionen EUR (– 33 Prozent) weniger als 2000.

5) Der Luftreinhaltung dienen Maßnahmen zur Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von luftfremden Stoffen (Rauch, Ruß, Staub, Gase, Aerosole, Dämpfe oder Geruchsstoffe) im Abgas.

Den zweitgrößten Anteil der Umweltschutzinvestitionen von 32,3 Prozent verwendeten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes 2000 für den Gewässerschutz⁶⁾. Auch 2004 war dieser Umweltinvestitionsbereich zweitplaziert. Der Anteil der Umweltschutzinvestitionen für den Gewässerschutz ging zu Gunsten der Investitionen für die Luftreinhaltung leicht zurück und betrug 25,7 Prozent aller Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. Während die Betriebe im Jahr 2000 19,8 Millionen EUR für den Gewässerschutz ausgaben, reduzierten sie diese Investitionen bis 2004 um das 2,6-fache. 2004 betrugen die Umweltschutzinvestitionen für den Gewässerschutz nur 7,6 Millionen EUR.

Fast 7,7 Millionen EUR investierten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes 2000 in die Maßnahmen für die umweltgerechte Abfallwirtschaft⁷⁾ und 5,3 Millionen EUR in die Lärmbekämpfung⁸⁾. Das machte entsprechend 12,5 und 8,7 Prozent der Umweltschutzinvestitionen aus. Im Jahr 2004 gingen die Ausgaben für die Abfallwirtschaft um das 4-fache (– 74,5 Prozent) zurück und betrugen ca. 2 Millionen EUR. Auch die Investitionen in die Lärmbekämpfung wurden um das mehr als 4-fache (– 77,1 Prozent) verringert. 2004 wurden nur 1,2 Millionen EUR in die Lärmbekämpfung investiert. Im Jahr 2004 entfielen auf die Abfallwirtschaft 6,6 Prozent (– 5,9 Prozentpunkte) und auf die Lärmbekämpfung 4,1 Prozent (– 4,6 Prozentpunkte) aller Umweltschutzinvestitionen.

Die Investitionen in Naturschutz und Landschaftspflege⁹⁾ sowie in die Bodensanierung¹⁰⁾ wurden von den Betrieben im Verarbeitenden Gewerbe im gesamten Zeitraum 2000 bis 2004 nur gering berücksichtigt. 2004 betrugen die Ausgaben entsprechend 67 Tausend und 28 Tausend EUR.

- 6) Dem Gewässerschutz dienen Maßnahmen, die zur Verminderung der Abwassermenge bzw. der Abwasserfracht (Verringerung oder Beseitigung von Feststoffen und gelösten Stoffen sowie zur Verringerung der Wärmemenge) und zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers bestimmt sind.
- 7) Abfallwirtschaft umfasst die Vermeidung, Verwertung (stofflich und energetisch) und Beseitigung (bereitstellen, überlassen, einsammeln, befördern, behandeln, lagern, ablagern) von Abfällen.
- 8) Der Lärmbekämpfung dienen Maßnahmen zur Verringerung oder Vermeidung der Entstehung sowie der Ausbreitung von Geräuschen.
- 9) Dem Naturschutz bzw. der Landschaftspflege dienen alle Maßnahmen zur Erhaltung, Wiederherstellung oder Neugestaltung des naturgemäßen Erscheinungsbildes von Boden und Vegetation sowie zum Schutz der Tierwelt.
- 10) Der Bodensanierung dienen Maßnahmen zur Beseitigung oder Verminderung der Schadstoffe (Dekontaminationsmaßnahmen), die eine Ausbreitung der Schadstoffe langfristig verhindern oder vermindern, ohne die Schadstoffe zu beseitigen (Sicherungsmaßnahmen), zur Beseitigung oder Verminderung schädlicher Veränderungen der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Bodens.

Im **Bergbau** hatte im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe die Struktur der Umweltbereiche für die Umweltschutzinvestitionen Veränderungen erfahren. Während im Jahr 2000 die Investitionen der Betriebe des Bergbaus zu 73,7 Prozent für den Gewässerschutz und zu 16,8 Prozent für die Abfallwirtschaft ausgegeben wurden, fielen die größten Investitionsausgaben im Jahr 2004 auf die Lärmbekämpfung (73,2 Prozent) aus. Der Anteil der Investitionen in den Gewässerschutz ging dabei auf 17,4 Prozent zurück. Während 2000 die Betriebe für den Gewässerschutz 1,5 Millionen EUR investierten, wurde diese Ausgabe im Jahr 2004 um das neunfache (– 88,9 Prozent) zurückgefahren. In die umweltgerechte Abfallwirtschaft investierten die Betriebe des Bergbaus in 2004 nur 23 Tausend EUR, das war ein Fünfzehntel der Ausgaben von 2000.

In die Lärmbekämpfung investierten die Betriebe des Bergbaus anfänglich gering. Das Volumen von 10 Tausend EUR im Jahr 2000 entsprach nur einem Anteil von 0,5 Prozent der gesamten Umweltschutzinvestitionen im Bergbau. Bis 2004 stiegen jedoch die Investitionen in die Lärmbekämpfung im Bergbau und betrugen 2004 rund 715 Tausend EUR. Das jahresgrößte Investitionsvolumen von ca. 4,5 Millionen EUR wurde von den Betrieben des Bergbaus in die Lärmbekämpfung im Jahr 2003 ausgegeben.

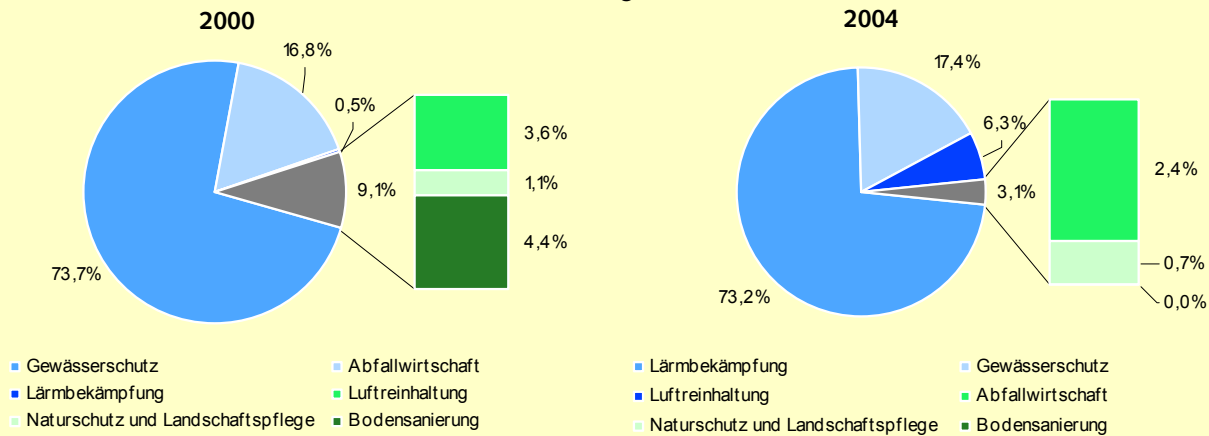
Die Bodensanierung war nur im Jahr 2000 aktuell; die Betriebe investierten 91 Tausend EUR in diesen Umweltbereich, was 4,4 Prozent der Umweltschutzinvestitionen im Bergbau ausmachte.

**Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes
des Landes Brandenburg 2000 – 2004 nach Umweltbereichen**

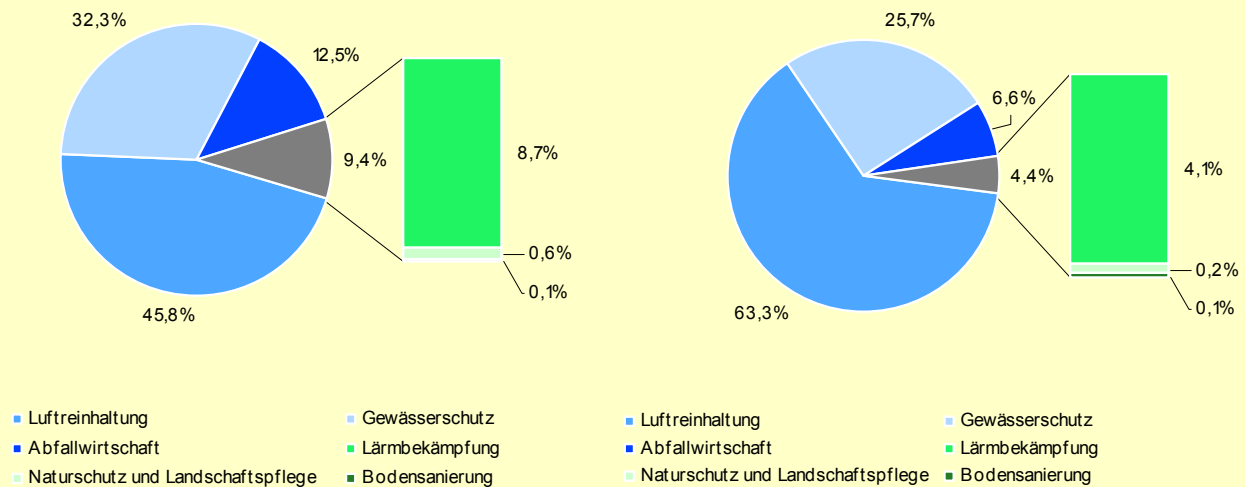
Umweltbereich	2000	2001	2002	2003	2004
1 000 EUR					
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden					
Umweltschutzinvestitionen zusammen	2 088	1 717	701	7 768	978
Abfallwirtschaft	350	•	–	–	23
Gewässerschutz	1 538	589	516	3 257	170
Lärmbekämpfung	10	621	169	4 463	715
Luftreinhaltung	75	209	•	47	62
Naturschutz und Landschaftspflege	24	•	•	1	7
Bodensanierung	91	–	–	–	–
Verarbeitendes Gewerbe					
Umweltschutzinvestitionen zusammen	61 153	25 118	35 572	29 650	29 582
Abfallwirtschaft	7 652	•	13 517	1 921	1 951
Gewässerschutz	19 780	7 332	15 319	5 274	7 593
Lärmbekämpfung	5 323	3 758	763	987	1 219
Luftreinhaltung	28 005	9 646	•	21 258	18 724
Naturschutz und Landschaftspflege	351	•	•	209	67
Bodensanierung	43	1 529	•	–	28
Insgesamt					
Umweltschutzinvestitionen zusammen	63 241	26 835	36 273	37 418	30 560
Abfallwirtschaft	8 002	2 948	13 517	1 921	1 975
Gewässerschutz	21 318	7 921	15 835	8 531	7 763
Lärmbekämpfung	5 333	4 379	932	5 450	1 935
Luftreinhaltung	28 080	9 855	5 608	21 305	18 786
Naturschutz und Landschaftspflege	375	204	•	210	74
Bodensanierung	134	1 529	•	–	28

Struktur der Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes des Landes Brandenburg 2000 und 2004 nach Umweltbereichen

Bergbau



Verarbeitendes Gewerbe



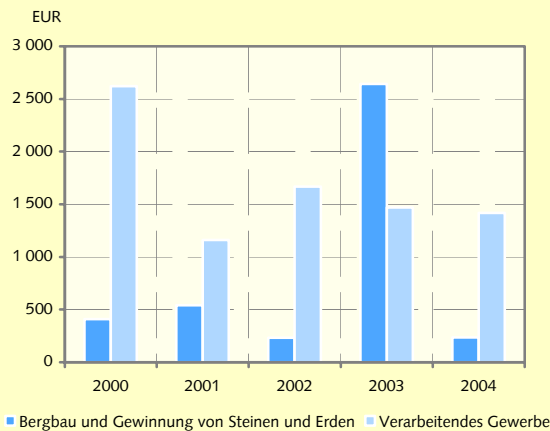
Umweltschutzinvestitionen je Beschäftigten

Je Beschäftigten wurden die meisten Umweltschutzinvestitionen im Zeitraum 2000 bis 2004 (Ausnahme im Jahr 2003) in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes getätigt. So betrug die Kennzahl im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum Bergbau entsprechend im Jahr 2000 das 6,4-fache, in 2001 das 2,1-fache, in 2002 das 7,2-fache und im Jahr 2004 das 6-fache. Im Jahr 2003 hingegen

wurde im Bergbau das 1,8-fache der Umweltschutzinvestitionen je Beschäftigten im Vergleich zu den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes ausgegeben.

Im Jahr 2004 investierten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes 1 417 EUR pro Beschäftigten in den Umweltschutz. Der Wert ist gegenüber 2000 um das 1,8-fache zurückgegangen. 2000 wurden in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes noch 2 621 EUR der Umweltschutzinvestitionen je Beschäftigten erzielt.

Umweltschutzzinvestitionen je Beschäftigten in Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes des Landes Brandenburg 2000 - 2004



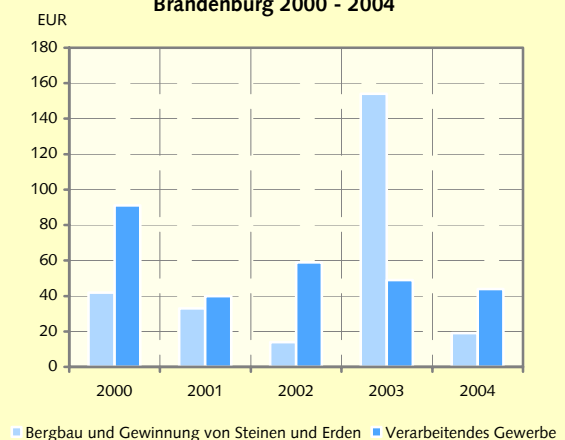
Im Bergbau gaben die Betriebe 2004 rund 236 EUR der Umweltschutzzinvestitionen je Beschäftigten aus; somit das 1,7-fache weniger als im Jahr 2000. Der höchste Relationswert von 2 643 EUR je Beschäftigten wurde im Jahr 2003 erreicht. Er war um das 6,5-fache höher als im Jahr 2000.

Umweltschutzzinvestitionen je 10 000 EUR Umsatz

In Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes wurden mit Ausnahme des Jahres 2003 von 2000 bis 2004 jährlich mehr Umweltschutzzinvestitionen je 10 000 EUR Umsatz getätigt als in Betrieben des Bergbaus. Die Werte lagen entsprechend 2000 um das 2,2-fache, 2001 um das 1,2-fache, 2002 um das 4,2-fache und 2004 um das 2,3-fache über den Werten der Betriebe im Bergbau.

Dabei fielen je 10 000 EUR Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2004 ca. 44 EUR für die Umweltschutzzinvestitionen an. Gegenüber 2000 bedeutet dies eine Halbierung des Wertes. Im Bergbau wurde 2004 je 10 000 EUR Umsatz nur 19 EUR in den Umweltschutz investiert. Gegenüber dem Wert von 42 EUR im Jahr 2000 verringerte er sich bis 2004 somit um das 2,2-fache. Der Jahreshöchstwert an den Umweltschutzzinvestitionen je 10 000 EUR Umsatz wurde in den Betrieben des Bergbaus im Jahr 2003 registriert. Er betrug 154 EUR je 10 000 EUR Umsatz.

Umweltschutzzinvestitionen je 10 000 EUR Umsatz der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes des Landes Brandenburg 2000 - 2004



Dr. oec. Nina Goppold



Milch – ein reglementiertes Erzeugnis

Teil 2

Während der in Daten+Analysen Heft III/2006 veröffentlichte Teil 1 dieses Beitrages ausgewählte Aspekte der Milchproduktion und der Milchkuhbestände im Land Brandenburg darstellt, werden im nachfolgenden Teil 2 die Milchviehhaltung, die Milcherzeugung und Milchverwendung in Deutschland, differenziert nach einzelnen Bundesländern, und in der Welt, differenziert nach ausgewählten Staaten, beschrieben. Weiterhin werden der Produktionswert und die Verkaufserlöse der brandenburgischen Landwirtschaftserzeugnisse im Vergleich zur Milch abgebildet. Abgerundet werden die Ausführungen mit einem Ausblick der weiteren Entwicklung auf dem Milchsektor und der Preisgestaltung bei der Milchproduktion.

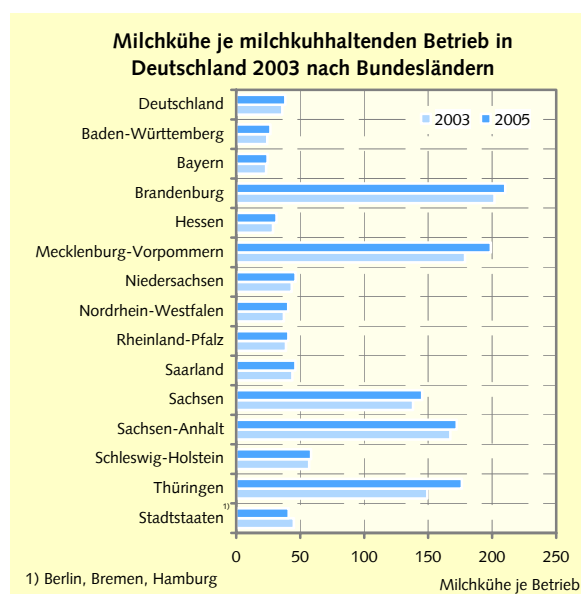
Milchviehhaltung in Deutschland

2005 gab es in Deutschland rund 183 400 Landwirtschaftsbetriebe mit Rinderhaltung. Etwa 110 400 befassten sich dabei auch mit Milchkühen. Im Jahr 1992 waren es noch 236 051 milchviehhaltende Betriebe. Damit hat sich deren Zahl um über 53 Prozent verringert. Bei der Entwicklung der Bestände an Milchkühen gab es ebenfalls einen starken Rückgang. Im Dezember 1992 wurden in der Bundesrepublik noch rund 5 365 000 Milchkühe gehalten. 13 Jahre später hatte dieser Bestand um zirka 21 Prozent abgenommen. So wurden zum Stichtag 3. Mai 2005 nur rund 4 236 000 Tiere in Deutschland gezählt.

Auf die Bundesländer verteilt gab es deutliche Unterschiede in Bezug auf die Abnahme der Betriebe mit Milchkuhhaltung. Zwischen 1992 und 2005 beendeten in den Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen, dem Saarland und Thüringen jeweils mehr als 60 Prozent der Betriebe mit Milchkuhhaltung diese Produktionsrichtung. Relativ gesehen verlief der Rückgang der Milchkuhbestände in den Bundesländern in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit unter 20 Prozent nicht so schnell wie im bundesweiten Durchschnitt mit 21 Prozent. Im Verhältnis betrachtet, zeigten sich größere Reduktionen bei der Zahl der gehaltenen Milchkühe in Thüringen, Baden-Württemberg und Brandenburg.

Die meisten Betriebe mit Milchkuhhaltung, befanden sich in Bayern. Hier waren es zum 3. Mai 2005 etwa 51 900 Betriebe. Diese verfügten insgesamt über 1 273 700 Milchkühe. Von der Zahl der Betriebe und der gehaltenen Milchkühe ist Niedersachsen das zweitwichtigste Bundesland. In diesem Bundesland waren es 2005 rund 15 800 Landwirtschaftsbetriebe mit zirka 733 000 Milchkühen. In allen Bundesländern hatte sich 2005 die Zahl der milchkuhhaltenden Betriebe und deren Milchkühe gegenüber 2003 reduziert. In Deutschland gab es 2005 etwa 9 Prozent weniger Landwirtschaftsbetriebe mit Milchkuhhaltung. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der

Milchkühe um mehr als 3 Prozent. Diese Daten verdeutlichen, dass sich auch auf Bundesebene der Konzentrationsprozess in der Milchkuhhaltung weiterentwickelte (vgl. Tabelle nächste Seite).



Anhand vorstehender Grafik ist zu erkennen, dass in Brandenburg die intensivste Milchkuhhaltung stattfindet. Im Jahr 2003 wurden je Betrieb mit Milchkuhhaltung etwa 202 Tiere gezählt. Zwei Jahre später waren es schon 210 Milchkühe. In keinem anderen Bundesland gab es einen derart hohen Milchkuhbestand je Betrieb. Große Milchkuhbestände wurden auch für die anderen vier neuen Bundesländer ermittelt. Ebenfalls verhältnismäßig viele Milchkühe sind auch in den Landwirtschaftsbetrieben von Schleswig-Holstein zu finden. In diesem Bundesland waren es im Jahr 2005 etwa 57 Milchkühe. Dagegen lag dieser Wert in Bayern bei gut 23 Tieren. Diese deutlichen Unterschiede sind vor allem mit der Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in den Bundesländern zu erklären.

Landwirtschaftliche Betriebe mit Rinderhaltung, Rinderbestände insgesamt und Milchkühe in Deutschland am 3. Mai 2003 und am 3. Mai 2005 nach Bundesländern

Bundesland	3. Mai 2003				3. Mai 2005			
	Betriebe		Rinder		Betriebe		Rinder	
	insgesamt	mit Milchkuhhaltung	insgesamt	Milchkühe	insgesamt	mit Milchkuhhaltung	insgesamt	Milchkühe
	1 000							
Baden-Württemberg	26,4	16,4	1 138,3	398,3	23,5	14,4	1 070,3	385,3
Bayern	74,7	56,7	3 763,8	1 326,6	69,8	51,9	3 586,9	1 273,7
Brandenburg	3,1	0,9	614,3	181,5	3,1	0,8	580,9	174,6
Hessen	12,1	5,6	504,8	161,6	10,8	5,0	476,2	157,5
Mecklenburg-Vorpommern	2,5	1,0	565,1	182,2	2,2	0,9	539,3	179,1
Niedersachsen	28,8	17,2	2 661,1	748,1	26,7	15,8	2 561,6	733,0
Nordrhein-Westfalen	22,9	10,5	1 418,8	391,6	21,5	9,4	1 383,7	382,5
Rheinland-Pfalz	7,2	3,3	410,5	126,6	6,4	3,0	389,7	122,4
Saarland	0,9	0,3	58,5	14,8	0,8	0,3	53,9	13,9
Sachsen	4,5	1,5	521,6	208,6	4,3	1,4	501,1	203,4
Sachsen-Anhalt	2,0	0,9	364,6	142,9	1,8	0,8	344,4	137,9
Schleswig-Holstein	10,2	6,3	1 236,6	357,7	9,6	5,9	1 179,4	345,1
Thüringen	2,6	0,9	366,9	127,0	2,5	0,7	349,4	123,4
Stadtstaaten ¹⁾	0,3	0,1	18,8	4,6	2,5	0,1	349,4	4,1
Deutschland	198,1	121,5	13 643,7	4 372,0	183,4	110,4	13 034,5	4 236,0

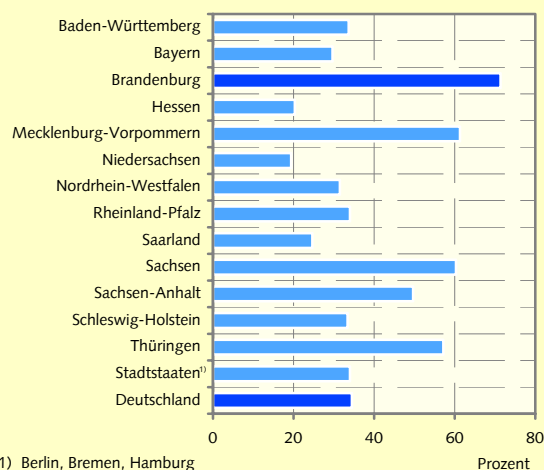
1) Berlin, Bremen, Hamburg

Milcherzeugung und -verwendung in Deutschland

Die durchschnittliche Milchleistung je Kuh und Jahr lag 2005 in Deutschland bei 6 761 Kilogramm. Milchleistungen mit über 7 000 Kilogramm je Kuh wurden in den neuen Bundesländern, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie den 3 Stadtstaaten zusammen erreicht. Erstmals wurde die Schallmauer von 8 000 Kilogramm Milch je Kuh und Jahr in einem Bundesland überschritten. So konnte Sachsen für 2005 eine Milcherzeugung von 8 017 Kilogramm Milch je Kuh und Jahr vermelden. Die sehr hohen Milchleistungen je Kuh und Jahr in den neuen Bundesländern sind unter anderem mit der Struktur der ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe erklärbar.

Beim Vergleich der Milchleistungen 1992 mit dem Jahr 2005 ist anhand der folgenden Grafik zu erkennen, dass sich besonders in den fünf neuen Bundesländern eine erhebliche Leistungssteigerung bei der Milcherzeugung vollzogen hat. Diese fiel mit gut 71 Prozent im Land Brandenburg am deutlichsten aus. Danach folgten mit über 60 Prozent Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

Prozentuale Veränderung der Milchleistung je Kuh und Jahr 2005 gegenüber 1992 nach Bundesländern



Diese eher überdurchschnittlichen Zuwächse bei der Milcherzeugung sind zum einen mit einer verhältnismäßig geringen Milcherzeugung je Kuh und Jahr Anfang der

90er Jahre zu erklären und zum anderen mit dem deutlichen Wandel der Produktionsstruktur in diesen Betrieben. So hatte Brandenburg 1992 mit 4 654 Kilogramm Milch je Kuh und Jahr die geringste durchschnittliche Milchleistung je Tier und Jahr.

Aufgrund der großen Tierbestände und dem dort vorhandenen Quotenrecht sind Bayern und Niedersachsen die Bundesländer mit der stärksten Milcherzeugung insgesamt. In Bayern wurden 2005 mehr als 7,55 Millionen Tonnen Milch erzeugt, in Niedersachsen waren es im glei-

chen Jahr fast 5,17 Millionen Tonnen. Deutschlandweit werden 96 Prozent der erzeugten Milch an Molkereien geliefert. Nur in den Stadtstaaten liegt dieser Anteil unter 90 Prozent. Ein geringer Teil der Milch unterliegt der so genannten sonstigen Verwendung. Hierzu gehören die Varianten frisch verbraucht (Eigenverbrauch, Altenteil), verarbeitet zu Landbutter und Landkäse, verfüttert sowie Deputate und Vorzugsmilchabsatz. Aufgrund der Schätzung zur Milchverwendung lässt sich konstatieren, dass der größte Teil der Milch aus dem Bereich „Sonstige“ verfüttert wird.

Milcherzeugung und Milchverwendung in Deutschland 2003 und 2005 nach Bundesländern

Bundesland	Jahr	Milchleistung je Kuh und Jahr ¹⁾	Milcherzeugung insgesamt	Verwendung von Milch durch Erzeuger					
				an Molkereien gelieferte Milch		sonstige Verwendung ²⁾			
						zusammen		darunter verfüttert	
		kg	t		%	t	%	t	%
Baden Württemberg	2003	5 783	2 288 183	2 140 219	93,5	147 964	6,5	112 412	4,9
	2005	5 868	2 233 175	2 112 291	94,6	120 884	5,4	90 996	4,1
Bayern	2003	5 792	7 683 352	7 113 435	92,6	569 917	7,4	489 240	6,4
	2005	5 930	7 553 142	7 045 215	93,3	507 925	6,7	447 246	5,9
Brandenburg	2003	7 582	1 365 274	1 308 770	95,9	56 504	4,1	53 554	3,9
	2005	7 977	1 384 536	1 334 904	96,4	49 632	3,6	45 475	3,3
Hessen	2003	6 402	1 010 484	969 798	96,0	40 686	4,0	31 643	3,1
	2005	6 651	1 034 192	995 694	96,3	38 498	3,7	31 559	3,1
Mecklenburg-Vorpommern	2003	7 505	1 359 789	1 332 067	98,0	27 722	2,0	27 256	2,0
	2005	7 749	1 383 136	1 362 558	98,5	20 579	1,5	19 903	1,4
Niedersachsen	2003	6 903	5 179 638	5 055 326	97,6	124 312	2,4	103 593	2,0
	2005	7 233	5 165 366	5 051 728	97,8	113 638	2,2	98 142	1,9
Nordrhein-Westfalen	2003	6 948	2 721 029	2 647 302	97,3	73 727	2,7	50 984	1,9
	2005	7 188	2 749 461	2 658 558	96,7	90 903	3,3	62 993	2,3
Rheinland-Pfalz	2003	6 240	789 388	769 777	97,5	19 611	2,5	16 396	2,1
	2005	6 531	797 417	764 733	95,9	32 684	4,1	28 556	3,6
Saarland	2003	6 293	91 167	88 534	97,1	2 633	2,9	2 453	2,7
	2005	6 431	89 921	87 329	97,1	2 592	2,9	2 412	2,7
Sachsen	2003	7 682	1 571 560	1 530 837	97,4	40 723	2,6	39 305	2,5
	2005	8 017	1 596 846	1 560 824	97,7	36 022	2,3	34 405	2,2
Sachsen-Anhalt	2003	7 466	1 057 731	1 037 381	98,1	20 350	1,9	20 140	1,9
	2005	7 912	1 082 785	1 063 722	98,2	19 063	1,8	18 832	1,7
Schleswig-Holstein	2003	6 744	2 455 210	2 383 574	97,1	71 636	2,9	58 779	2,4
	2005	6 827	2 392 903	2 322 166	97,0	70 737	3,0	58 576	2,4
Thüringen	2003	7 370	927 334	903 473	97,4	23 861	2,6	22 153	2,4
	2005	7 818	957 768	933 783	97,5	23 985	2,5	22 149	2,3
Stadtstaaten ³⁾	2003	7 368	33 179	28 423	85,7	4 756	14,3	2 424	7,3
	2005	7 074	32 300	27 473	85,1	4 827	14,9	2 424	7,5
Deutschland	2003	6 537	28 533 318	27 308 915	95,7	1 224 402	4,3	1 030 333	3,6
	2005	6 761	28 452 953	27 320 974	96,0	1 131 970	4,0	963 666	3,4

1) durchschnittliche Milchleistung

2) frisch verbraucht (Eigenverbrauch, Altenteil), verarbeitet zu Landbutter und Landkäse, verfüttert sowie als Deputate, Direktvermarktungsquoten usw. verwendet

3) Berlin, Bremen, Hamburg

Produktionswert und Verkaufserlöse

Die Bedeutung der Milcherzeugung für die landwirtschaftliche Produktion lässt sich unter anderem an den ökonomischen Kenngrößen Produktionswert und Verkaufserlöse ableiten. Der Produktionswert der Landwirtschaft umfasst neben Verkäufen pflanzlicher und tierischer Produkte auch den betrieblichen Eigenverbrauch, Vorratsveränderungen, selbst erstellte Anlagen (Vieh) und Dienstleistungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe (Neuanpflanzungen von Dauerkulturen). Nach den Bestimmungen des ESVG 95 (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) beinhaltet der Produktionswert auch die Erzeugung von Futtermitteln (Futtergetreide, Silage, Heu) in landwirtschaftlichen Betrieben, landwirtschaftliche Lohnarbeiten auch

von gewerblichen Lohnunternehmen durchgeführt) sowie nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten (z. B. Ferien auf dem Bauernhof).

Der Produktionswert der Milch ist für den landwirtschaftlichen Produktionswert insgesamt allein aufgrund seines Anteils von großer Bedeutung. Im Jahr 2004 lag dieser in Brandenburg bei 392 Millionen EUR. Das waren über 19,4 Prozent des gesamten Produktionswertes der Brandenburger Landwirtschaft in diesem Jahr. 2003 betrug der Anteil 23,4 Prozent. In Bayern machte 2004 der Produktionswert der Milch am Gesamtproduktionswert fast 25 Prozent aus. Einen verhältnismäßig geringen Anteil nahm der Milchproduktionswert in Rheinland-Pfalz (11,8 Prozent) und in Nordrhein-Westfalen (13,8 Prozent) ein.

Produktionswert und Verkaufserlöse landwirtschaftlicher Erzeugnisse^{*)} im Land Brandenburg 2001 – 2004

Erzeugnis	2001		2002		2003		2004	
	Produktionswert ¹⁾	Verkaufserlöse	Produktionswert ¹⁾	Verkaufserlöse	Produktionswert ¹⁾	Verkaufserlöse	Produktionswert ¹⁾	Verkaufserlöse
Millionen EUR								
Getreide	517	235	418	189	282	140	469	181
Eiweißpflanzen	27	7	23	4	23	3	26	7
Kartoffeln	31	25	26	26	30	25	41	35
Zuckerrüben	26	28	25	27	22	24	29	30
Ölsaaten	107	73	99	70	87	61	131	80
Gemüse ²⁾	84	83	73	73	86	86	95	95
Obst	18	14	21	17	24	22	22	20
Baumschulerzeugnisse	33	33	36	36	34	34	32	32
Blumen und Zierpflanzen	28	28	36	36	30	30	25	25
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse ³⁾	266	25	255	27	175	28	277	26
Pflanzliche Erzeugnisse	1 137	552	1 012	503	793	452	1 147	532
Rinder und Kälber	123	106	128	102	130	99	139	109
Schweine	180	179	133	145	127	137	142	152
Schafe und Ziegen	9	8	11	8	11	8	12	8
Geflügel	79	78	81	80	83	82	97	98
Milch	438	442	399	401	390	390	392	382
Eier	69	69	62	62	60	60	39	39
Sonstige tierische Erzeugnisse ⁴⁾	28	17	99	23	28	19	27	16
Tierische Erzeugnisse	926	899	851	821	829	795	848	804
Insgesamt⁵⁾	2 093	1 451	1 898	1 324	1 651	1 247	2 025	1 336

*) in jeweiligen Preisen, ohne Umsatzsteuer

1) Herstellungspreise ohne Umsatzsteuer, einschließlich Gütersubventionen, abzüglich Gütersteuern

2) einschließlich Champignons

3) Tabak, Futterpflanzen, Saat- und Pflanzgut, Textilpflanzen, Korb- und Flechtmaterial

4) Pferde und Kaninchen

5) einschließlich Neuanpflanzungen, Lohnarbeit, Maschinenmiete und nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten

Die Verkaufserlöse sind Erlöse für die an andere Wirtschaftsbereiche und unmittelbar an den Verbraucher abgesetzten Erzeugnisse. Der Handel mit Saatgut, Zuchtvieh, Futtermitteln usw. zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben bleibt unberücksichtigt. Gerade bei der Milch zeigt sich, dass die Verkaufserlöse, die durch die Milcherzeugung erzielt werden, eine beachtliche Größenordnung darstellen. Im Jahr 2003 wurden in Brandenburg für die Milch Verkaufserlöse im Wert von 390 Millionen EUR erreicht. Das war fast die Hälfte der Verkaufserlöse, die sich aus der tierischen Erzeugung ergaben. Bezogen auf die Gesamtverkaufserlöse ergab sich im Jahr 2003 ein Anteil von mehr als 31 Prozent. Ein Jahr später lag dieser Anteil bei 28,6 Prozent. Die Verkaufserlöse für Milch beliefen sich 2004 auf 382 Millionen EUR.

Milchproduktion in der Welt

Die Entwicklung der Milchproduktion in der Europäischen Union (EU) sowie in der Welt verläuft nicht in allen Bereichen analog.

Europäischen Union: Hier werden die Milchlieferungen an die Molkereien im Jahr 2006 wahrscheinlich nicht mehr so stark zunehmen wie im Jahr zuvor. Laut Angaben des Landwirtschaftsministeriums der Vereinigten Staaten wird mit einer Steigerung um 273 000 Tonnen (+ 0,2 Prozent) gerechnet. Die Liefermenge würde damit auf rund 133 Millionen Tonnen steigen. 2005 erhöhte sich diese Milchmenge noch um 1,1 Prozent (+ 1,4 Millionen Tonnen). Vor allem Milcherzeuger aus Frankreich und Deutschland steigerten die Produktion. So sind in diesen beiden Ländern teilweise die Quoten anteilig erreicht worden. Ein spürbar rückläufiges Milchaufkommen gab es dagegen in Irland und Großbritannien. Diese Entwicklung wird sich in den beiden Ländern auch Anfang 2006 fortgesetzt haben, da ansonsten vielen Landwirten eine Superabgabenzahlung droht.

Für 2006 kam es aufgrund der dritten Reformstufe zur erneuten Senkung der Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver, die einen Rückgang bei den Erzeugerpreisen für Milch bewirken können.

Welt: Das Wachstum der Weltmilchproduktion wird sich voraussichtlich noch beschleunigen. Eine Marktanalyse für die wichtigsten Erzeugerländer veranschlagt, dass das Kuhmilchaufkommen im Jahr 2006 auf 425,9 Millionen Tonnen steigen könnte. Dies entspräche einer Steigerung um 2,7 Prozent gegenüber 2005. Im zurückliegenden Jahr nahm die Milcherzeugung der 13 ausgewählten Staaten und der erweiterten Europäischen Union (EU-25), die zusammen etwa 80 Prozent des gesamten Weltaufkommens ausmachen, um 2,4 Prozent zu. Auch scheint weltweit gesehen der Abwärtstrend bei den Milchkuhbeständen gebrochen zu sein. In den berücksichtigten Ländern wurden 2005 rund 125,2 Millionen Milchkuhe gehalten, was

einem Plus von 0,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2004 entspricht. Für 2006 wird allgemein eine weitere Aufstockung der Milchkuhbestände auf etwa 126,0 Millionen Tiere vorausgesagt. Die durchschnittliche Milchleistung soll sich auf 3 380 Kilogramm je Kuh belaufen. Das wären 2,1 Prozent mehr als im Jahr 2005. Der Trinkmilchverbrauch nimmt wahrscheinlich um 2,4 Prozent zu und beträgt dann 167,0 Millionen Tonnen.

Um schätzungsweise 6,5 Prozent auf 7,3 Millionen Tonnen wird sich die weltweite Butterproduktion vergrößern. Bei der Käseproduktion könnte es Steigerungen um 1,6 Prozent auf 14,1 Millionen Tonnen geben. Bei der Herstellung von Magermilchpulver wird eine Zunahme um 2,4 Prozent auf 3,5 Millionen Tonnen erwartet.

In den Vereinigten Staaten erhöhte sich die Milchproduktion von 2001 bis 2005 um 7,6 Millionen Tonnen auf 80,3 Millionen Tonnen. Gleichzeitig erhöhten sich auch die Zahl der Milchkuhe auf 9,041 Millionen Stück und die Milchleistung im Mittel seit 2001 um rund 8 Prozent. Dies ist unter anderem auf den stärkeren Einsatz des in der EU nicht zugelassenen Milchleistungshormons Bovines Somatotropin (BST) zurückzuführen. Für 2006 rechnet das Landwirtschaftsministerium in Washington mit einer Steigerung der durchschnittlichen Milchleistung je Kuh um 2 Prozent auf mehr als 9 000 Kilogramm. Damit geben die US-Kühe deutlich mehr Milch als die Artgenossen, die in Kanada beheimatet sind. Hier wird von einer durchschnittlichen Milchleistung von 7 400 Kilogramm ausgegangen.

Weltweit wächst die Milcherzeugung stark und wird in diesem Jahr mit voraussichtlich 425,9 Millionen Tonnen einen neuen Höchststand erreichen. Unter den wichtigsten Milcherzeugerländern steht die EU an erster Stelle. In der 25er Gemeinschaft wird für 2006 eine Milchmenge von 132,3 Millionen Tonnen erwartet, das wäre fast ein Viertel der gesamten Milcherzeugung weltweit. In der Rangfolge an zweiter Stelle stehen die Vereinigten Staaten, die mit 82,6 Millionen Tonnen Milch bereits deutlich weniger erzeugen als die Europäer.

Am weltweiten Wachstum der Milcherzeugung sind die einzelnen Länder unterschiedlich beteiligt. So ist die Milchmenge in der Europäischen Union aufgrund der Quotenregelung mit nur geringen Schwankungen in den vergangenen Jahren recht konstant geblieben. Gegenüber 2005 beträgt der erwartete Zuwachs lediglich 0,2 Prozent, auch bedingt durch die Aufstockung der Quote um 0,5 Prozent in diesem Jahr. Dagegen ist China der Wachstumsmarkt. Dort wird mit einem Zuwachs der Erzeugung allein gegenüber dem vergangenen Jahr um fast 21 Prozent gerechnet. Im Jahr 2001 lag die chinesische Milcherzeugung mit 10,25 Millionen Tonnen sogar erst bei unter einem Drittel der jetzigen Höhe. Auch Argentinien drängt bei einem Plus von 4,6 Prozent – bei allerdings nur 10,3 Millionen Tonnen – nach vorn.

Entwicklung der Kuhmilcherzeugung und des Kuhmilchbestandes in ausgewählten Staaten 2001 – 2006

Land	2001	2002	2003	2004	2005 ¹⁾	2006 ²⁾	Veränderung 2006 zu 2005 in %
Erzeugung in 1 000 t							
Kanada	8 106	7 964	7 734	7 905	7 797	7 725	– 0,9
Mexiko	9 501	9 560	9 784	9 874	9 855	9 976	+ 1,2
USA	74 994	77 140	77 290	77 535	80 282	82 585	+ 2,9
Argentinien	9 500	8 500	7 950	9 250	9 850	10 300	+ 4,6
Brasilien	22 300	22 635	22 860	23 317	24 025	24 680	+ 2,7
EU-25	130 069	131 040	131 847	130 620	132 027	132 300	+ 0,2
Rumänien	5 188	5 150	5 400	5 723	5 500	5 700	+ 3,6
Russland	33 000	33 500	33 000	32 000	32 000	32 200	+ 2,6
Ukraine	13 169	13 860	13 400	13 787	13 800	13 800	+ 0,0
Indien	36 400	36 200	36 500	37 500	38 500	39 450	+ 2,5
China	10 255	12 998	17 463	22 606	28 000	33 800	+ 20,7
Japan	8 300	8 385	8 400	8 329	8 285	8 210	– 0,9
Australien	10 864	11 608	10 636	10 377	10 429	10 250	– 1,7
Neuseeland	13 162	13 925	14 346	15 000	14 500	14 900	+ 2,8
insgesamt	384 808	392 465	396 610	403 823	414 850	425 873	+ 2,7
Milchkuhbestand in 1 000 Stück							
Kanada	1 091	1 084	1 065	1 055	1 066	1 049	– 1,6
Mexiko	6 800	6 800	6 800	6 800	6 850	6 875	+ 0,4
USA	9 103	9 139	9 083	9 012	9 041	9 120	+ 0,9
Argentinien	2 450	2 150	2 000	2 000	2 100	2 150	+ 2,4
Brasilien	15 900	15 600	15 300	15 200	15 100	15 050	– 0,3
EU-25	25 747	251 403	24 456	23 963	23 533	22 677	– 3,6
Rumänien	1 564	1 550	1 684	1 694	1 587	1 650	+ 4,0
Russland	12 500	12 200	11 700	11 200	10 400	9 770	– 6,1
Ukraine	4 958	4 918	4 715	4 313	3 950	3 910	– 1,0
Indien	35 900	36 000	36 500	37 000	38 000	38 600	+ 1,6
China	2 848	3 420	4 466	5 466	6 700	8 100	+ 20,9
Japan	971	966	964	936	910	910	+ 0,0
Australien	2 281	2 369	2 050	2 036	2 041	2 045	+ 0,2
Neuseeland	3 557	3 749	3 842	3 920	3 970	4 100	+ 3,3
insgesamt	125 670	125 085	124 625	124 595	125 248	126 006	+ 0,6

1) vorläufig

2) Prognose

Quelle: Agra-Europe, 33/06, Markt + Meinung, S. 1 bis 3

Sehr deutlich sind die Unterschiede bei den Milchkuhbeständen. So erzeugt Indien weniger als die Hälfte der EU-Milchmenge, benötigt dafür aber mit 38,6 Millionen Kühen 15,5 Millionen mehr als die EU mit fast 23,1 Millionen Milchkuhen. Weltweit den drittgrößten Kuhbestand hat Brasilien mit 15,1 Millionen Tieren, obwohl es mit einer Milcherzeugung von 24,7 Millionen Tonnen erst an sechster Stelle der Milcherzeugerländer steht. Dagegen

erzeugen die Vereinigten Staaten die gut dreifache Milchmenge Brasiliens mit nur 9,1 Millionen Milchkuhen.

Szenarien der weiteren Entwicklung auf dem Milchsektor

Ungeachtet des wachsenden "EU-Butterberges" strebt die Europäische Kommission vor 2008 offensichtlich keine wesentlichen Änderungen der gemeinschaftlichen Milch-

marktordnung mehr an. Die in der Agenda 2000 in Deutschland beschlossene Aufstockung der Quoten um rund 2,4 Prozent und die Senkung der Interventionspreise um insgesamt 15 Prozent ab dem Wirtschaftsjahr 2005/2006 dürften zu einer Verringerung der Kontingentsrente führen und den Milchsektor zum Teil von der Quotenlast befreien. Mit den Berliner Beschlüssen wird nicht nur ein erster Schritt zu einer eventuellen Abschaffung des Quotenregimes gemacht, zugleich wird einer kürzlich geäußerten Forderung des Europäischen Rechnungshofes zuvorgekommen, mit einer grundlegenden Reform der EU-Milchmarktordnung ein Gleichgewicht zwischen der Produktion und dem nicht subventionierten Absatz zu schaffen.

Bis 2008 erscheinen die Aussichten grundsätzlich positiv, sowohl in Bezug auf das Marktgleichgewicht, die Preise, das Erzeugereinkommen als auch in den möglichen künftigen Verpflichtungen in der Welthandelsorganisation (WTO). In Brüssel wird davon ausgegangen, dass der Bedarf an Beihilfen für den Absatz von Milcherzeugnissen auf dem Binnenmarkt bis dahin aufgrund der sinkenden Milchpreise und des geringeren Produktionsumfangs zurückgeht. Bis 2008 dürfte die meiste Butter in der EU zu den herrschenden Marktpreisen ihren Käufer finden und die Exporte von Milcherzeugnissen im Vergleich zum Jahr 2000 um 63,5 Prozent fallen. Für Ausfuhrbeihilfen wären dann 40 Prozent weniger Mittel erforderlich.

Für die Zeit zwischen 2008 und 2015 werden vier Optionen durchgespielt. Die völlige Abschaffung der Quoten, die Fortsetzung des Status quo, eine weitere Senkung der Interventionspreise in Kombination mit einer erneuten Quotenaufstockung nach dem Vorbild der Agenda 2000 und die Einführung einer A-Quote in Höhe der Binnennachfrage sowie einer mengenmäßig unbeschränkten C-Quote für den nicht subventionierten Export. Die Abschaffung der Milchquote hätte eine ganze Reihe positiver Auswirkungen. So würden die effizient wirtschaftenden Milchbauern vom Korsett der Quoten befreit, die Kontingentsrenten würden wegfallen, und die künstlichen Marktstützmaßnahmen wären fortan überflüssig.

Des Weiteren würden die Verbraucherpreise sinken, die Verwaltung des Milchmarktes erleichtert und die Markttransparenz erhöht. Gleichzeitig gäbe es auch keinen Bedarf an Exporterstattungen mehr. Negativ zu werten ist, dass die Preise „in einem sehr großen Ausmaß“ sinken würden und die Landwirte „dramatische Einkommensverluste“ hinnehmen müssten.

Einer Fortführung des Status quo wäre zugute zu halten, dass es auf lange Sicht zu einem Marktgleichgewicht käme

und die Interventionsbestände wegfielen. Zugleich würde der Bedarf an Exporterstattungen sowie an Subventionen zur Unterstützung der Binnennachfrage sinken. Dieses Szenario entlastet außerdem auch den Rindfleischmarkt. Da die Anzahl der Milchkühe dann stärker fallen als die Zahl der Mutterkühe ansteigen würde, käme es zu einer Verringerung der Rindfleischproduktion. Ungünstig ist, dass nach 2008 keine Butter mehr exportiert und auch die Ausfuhren von Hochpreisprodukten wie Käse erheblich zurückgehen würden. Darüber hinaus würden den EU-Milchproduzenten die Quoten nach der kurzen Verschnaufpause durch die Agenda 2000 bald wieder zu eng.

Eine Neuauflage der Agenda-2000-Beschlüsse für den Zeitraum 2008 bis 2015 würde ein langfristiges Marktgleichgewicht sichern und die Interventionsbestände verschwinden lassen. Sowohl für Butter als auch für Magermilchpulver wären erheblich weniger Exporterstattungen notwendig und der nicht subventionierte Export würde vor allem bei Käse spürbar zulegen. Die Verbraucher könnten aufgrund des sinkenden Marktpreisniveaus auf beachtliche Wohlfahrtsgewinne hoffen. Die neu geschaffene Fähigkeit des Milchsektors, stärker auf Marktsignale als auf Stützmaßnahmen zu reagieren, wäre ein weiterer Schritt zur Aufhebung der Quotenregelung. Die zusätzliche Einführung des Quotenhandels hätte nur relativ geringe Folgen auf den Milchmarkt. Als Nachteil des Agenda-2000-Ansatzes ist zu werten, dass die Aufstockung der Direktbeihilfen zu einer Verstärkung der EU-Haushaltsbelastung führt.

Die Einführung einer A-Quote in Höhe der Binnennachfrage sowie einer mengenmäßig unbeschränkten C-Quote für den nicht subventionierten Export birgt den Vorteil, zu einem Binnenmarktgleichgewicht zu kommen und die EU-Ausfuhrkapazitäten wiederherzustellen, die mit der Agenda 2000 eingeschränkt wurden. Exporterstattungen und Beihilfen für den Absatz in der EU wären künftig überflüssig, und die Kosten für Intervention und private Lagerhaltung würden merklich reduziert. Fraglich ist allerdings, ob dieser Kurs mit den Bestimmungen der Welthandelsorganisation vereinbar wäre. Außerdem bleibt zu befürchten, dass der Verwaltungs- und Kontrollaufwand zunehmen würde – selbst wenn der Milchsektor sich daran beteiligen müsste. Es wird angenommen, dass die Milchbauern bei diesem Szenario unter dem Strich mit Einkommenszuwächsen von 862 Millionen EUR rechnen könnten.¹⁾

Die Wahl des richtigen Weges hängt weitgehend davon ab, wie die Vor- und Nachteile der Alternativen gegenüber der Notwendigkeit einer funktionierenden und nachhaltigen EU-Milchmarktpolitik gewichtet werden.

1) Quelle: „Wie geht es mit dem Milchmarkt weiter?“ In AGRA-EUROPE, 52/05 v. 27.12.2005, Dokumentation, S. 1 – 9

Milch und Kosten

Verschiedenste Untersuchungen sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es unter den gegenwärtigen und zu erwartenden Bedingungen äußerst schwierig sein wird, mittelfristig eine Stabilisierung oder gar eine wesentliche Erhöhung des Rohmilchpreises zu erzielen. Durch den derzeitigen drastischen Preisdruck kann sich eine ruinöse Marktsituation einstellen, die fatale Folgen für Rentabilität und Liquidität hat. Dies gilt besonders für Betriebe, die langfristig die Milchproduktion betreiben wollen. Aktuelle Reformbeschlüsse der Europäischen Union würden die Stützung der Milchpreise über den Butter- und Magermilchpulverberg bis 2007 auf etwa 23 Cent je Kilogramm Milch senken. Wenn die Erzeugerpreise dieser Stützlinie folgen müssten, ergäbe sich nach Aussagen der Technischen Universität München Weihenstephan ein Erlös (einschließlich der EU-Milchprämie) von 27 Cent je Kilogramm. Dies würde für einen großen Teil der deutschen Erzeuger kaum ausreichen. Die Zunahme von Discountern und Handelsmarken bringt weiterhin einen erheblichen Preisdruck mit sich. Die Probleme für die Milchproduzenten verstärken sich noch durch die enorme Konzentration und Globalisierung im Lebensmittelhandel. Inwiefern es gelingt, dass die Milchwirtschaft der Europäischen Union von der durchaus steigenden Nachfrage nach Milchprodukten auf dem Weltmarkt profitiert, bleibt abzuwarten.

Bei der derzeitigen Preisentwicklung für Milch muss davon ausgegangen werden, dass die erforderliche Entlohnung von Arbeit und Kapital nur bedingt bis gar nicht mehr möglich ist. Dass die Milchviehhaltung dennoch fortgeführt wird, ist damit zu erklären, dass die Betriebsleiter bzw. -inhaber unter anderem innerhalb als auch außerhalb der Landwirtschaft kurz- und mittelfristig keine bessere Alternative vorfinden.

Für die Einstufung der Kosten spielt der zeitliche Horizont eine wesentliche Rolle. Kurzfristig betrachtet sind viele Kosten fixiert, das bedeutet, selbst bei einer Organisationsänderung sind diese nicht mehr zu vermeiden bzw. zurückzuholen. Langfristig sind diese Kosten aber variabel. Dieser Zusammenhang erklärt, warum trotz der niedrigen und scheinbar fehlenden Entlohnung von Produktionsfaktoren noch verhältnismäßig viele Betriebe die Milcherzeugung betreiben. Prinzipiell wird die Milcherzeugung so lange weitergeführt, soweit die pagatorischen Kosten (die tatsächlich zu bezahlenden Kosten) abgedeckt werden und zusätzlich für die familieneigenen Arbeitskräfte und das eigene Kapital eine als akzeptabel empfundene Mindestentlohnung erreicht wird. In gewisser Weise handeln diese Betriebe richtig, wenngleich sie wissen, dass sie nur bis zum Ende der Nutzungsdauer (zum Beispiel der Wirtschaftsgebäude oder bis zum Generationswechsel) wirtschaften können.

Dies führt aber zu einem unerwünschten Nebeneffekt. Der Markt wird mit Milch stärker belastet und so können Betriebe in Bedrängnis geraten, die längerfristig auf dem Milchmarkt agieren wollen. Es darf vermutet werden, dass das heutige Milchaufkommen zu einem nicht unerheblichen Teil von Betrieben kommt, die mit größerer Wahrscheinlichkeit langfristig die Milchproduktion einstellen müssen.

Ein Problem für Landwirte wie für die Molkereien besteht darin, dass der von der Molkerei an die Milchproduzenten gezahlte Milchpreis erwirtschaftet werden muss. Diese Nettoverwertung entspricht dem maximalen Betrag, welche die Molkerei unter Beachtung ihrer Erlöse und Kosten für die Rohmilcherzeugung zahlen kann. Diese ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Verkaufserlös für die hergestellten Milcherzeugnisse und den Verarbeitungs- und Vermarktungskosten. Eine Untersuchung in bayrischen Molkereien zeigte, dass zwischen 2002 und 2004 die bezahlte Rohstoffvergütung größer war als die erwirtschaftete Nettoverwertung. Damit sind die Molkereien gezwungen, die Einflussgrößen zu ihren Gunsten zu verändern.

Für den Milchmarkt werden zwei Herangehensweisen diskutiert. Es geht einerseits um eine Verringerung des inländischen Angebots, damit der Milchpreis stabilisiert werden kann und andererseits besteht das Erfordernis, den Preisdruck zu erhöhen, um so ein Marktgleichgewicht zu erreichen. In diesem Zusammenhang kann nicht bestritten werden, dass die Milchüberproduktion in der Europäischen Union von 15 bis 20 Prozent zu einem starken Preisdruck führt. Die zu erwartenden Beschlüsse der Welthandelsorganisation könnten zu einer Verringerung der Exporte führen. Dann würde sich der Milchpreis auf einem Gleichgewichtsniveau einpendeln, das deutlich unter dem aktuellen Niveau liegt. Eine mögliche Chance für die Milchproduzenten bestünde in einem aktiven Milchmanagementsystem, durch welches es zu einer Reduzierung der Überschüsse kommt. Eventuell würde – wie schon angesprochen – in das Quotensystem eingegriffen werden. Derartige Maßnahmen sind auch mit dem angestrebten Auslaufen der Quotenregelung nützlich, da auch danach die Milchproduktion nicht völlig frei gegeben werden kann, zumal die Molkereien nicht in der Lage wären, beliebig große Milchmengen abzunehmen.

Nach Angaben der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle deutet die Entwicklung des Milchmarktes 2006 auch darauf hin, dass die Milchpreise in Europa zwar erneut zurückgehen, aber wiederum erheblich langsamer als die Abstützung des Milchmarktes durch die Intervention gesenkt wird. Darin kommt eine Entkopplung der anderen Art zum Ausdruck, nämlich die Abkopplung des aktuellen Marktgeschehens von den Maßnahmen aus Brüssel.

Ein Beweis für die Abkopplung von der Marktordnung ist der derzeit feste Milchmarkt. Die jüngste Maßnahme der Europäischen Kommission (die Senkung der Beihilfen für flüssige Magermilch und Magermilchpulver, die in der EU intern verwertet werden, auf Null) hat den Markt überhaupt nicht beeindruckt. Derzeit ist dies mit dem Zusammenfall von saisonalen und zyklischen Rückgängen in der Milcherzeugung zu erklären. Der Markt wird aber nicht immer in der Zukunft diese Festigkeit aufweisen. Dies kann sich schon im nächsten Frühjahr zeigen. Nachdem jetzt die dritte Stufe der Reform am Milchmarkt in Kraft ist, ergibt sich erneut eine Differenz zwischen dem tatsächlichen Milchpreis und dem, was die Marktordnung noch absichert.

Für das Jahr 2006 ist davon auszugehen, dass in Deutschland und einigen anderen Ländern der EU in der zweiten Jahreshälfte die Milchauszahlungspreise einen Teil der Rückgänge der ersten Jahreshälfte wieder kompensieren werden. Die Entwicklung wird nicht in allen Ländern gleichmäßig ablaufen. Schon in den vergangenen Jahren hat sich dieser Verlauf in den einzelnen Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichem Tempo vollzogen. Dabei ist interessant, dass 2005 in der EU-15 ungefähr der gleiche Durchschnittspreis erzielt wurde wie in Deutschland. Allgemein gab es eine Tendenz, dass die Auszahlungspreise in Ländern mit hohen Preisen etwas schneller nachgaben als in den übrigen, so dass weiterhin unterschiedliche Preisniveaus existieren, diese aber näher zusammengerückt sind.

Zusammenfassung

Die durch verhältnismäßig große Betriebe geprägte Brandenburger Landwirtschaft ist gekennzeichnet durch einen hohen Mechanisierungsgrad innerhalb der Milchproduktion. Brandenburg gehört bei der Milchleistung je Tier und auch bei der Bestandsdichte je Betrieb zu den leistungstärksten Bundesländern. Es ist aber weiterhin davon auszugehen, dass die Entwicklung der Milchkuhbestände negativ verläuft. Vor allem die zukünftigen Entscheidungen innerhalb der EU zum Quotenrecht und zum gesamten Fördersystem der Landwirtschaft werden über die weitere Entwicklung der Milchproduktion in Brandenburg, in Deutschland und in der EU bestimmen. Die schon beschlossene Abschaffung der Exportsubventionen als auch die Verhandlungen über einen verbesserten Marktzugang könnten sich in den kommenden Jahren gravierend auf den hiesigen und damit auch brandenburgischen Milchmarkt auswirken. Es werden vermutlich noch mehr Milchmengen auf den europäischen Markt drängen und somit den Marktdruck erhöhen.

Bei einem Ausstieg aus dem System der Milchquotenregelung müssten sich auch die brandenburgischen Milchbetriebe verstärkt den neuen Marktbedingungen anpassen, damit sie eine Chance im sich weiter verschärfenden internationalen Wettbewerb haben.

In welchem Umfang diese Entwicklung durch die amtliche Agrarstatistik dargestellt wird, kann aus heutiger Sicht noch nicht eingeschätzt werden.

Heinz-Jürgen Kuß
Dr. Thomas Troegel



Die freiwilligen Fragen des Mikrozensus ab 2005

Der Mikrozensus ist eine sehr umfangreiche Stichprobenerhebung – eine kleine jährliche Volkszählung, die überwiegend mit einer Auskunftspflicht verbunden ist. Es werden aber auch auf der Ebene der Europäischen Union freiwillig zu beantwortende Fragen erhoben. Dieses System wird laufend weiter entwickelt. Im Jahr 2005 fanden einige sehr wichtige Veränderungen statt. In diesem Beitrag wird ein Überblick über die freiwillig zu beantwortenden Fragen gegeben und das Antwortverhalten der befragten Bürger analysiert.

Gesetzliche Grundlagen

Mit der Inkraftsetzung des neuen Mikrozensusgesetzes¹⁾ zum 01. Januar 2005 wurde eine weitestgehende Harmonisierung mit der geltenden EU-Verordnung zur europäischen Arbeitskräftestichprobe erreicht. Neben einer Vereinheitlichung der Fragestellungen und der damit verbundenen besseren Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene bedeutete dies jedoch auch die vollständige Umsetzung aller durch EUROSTAT und die EU-Kommission festgelegten Erhebungsmodule. Bis dahin konnte Deutschland bestimmte, aus anderen Quellen ermittelbare oder problematisch erscheinende, Fragenkomplexe komplett oder teilweise ablehnen. Das war auch in Hinsicht auf die Kostenneutralität bei wachsender Fragenzahl und die Belastbarkeit der Haushalte erforderlich.

Methodische Vorbemerkungen

Der Umfang der Arbeitskräftestichprobe erhöhte sich deutlich. War bis 2004 ein regionaler und in den einzelnen Bundesländern unterschiedlicher Stichprobenumfang für die Europäische Erhebung von 0,4 bis 1,0 Prozent vorhanden (Brandenburg lag bei 0,4 Prozent bezüglich der Arbeitskräftestichprobe), so ist mit dem Mikrozensusgesetz ab 2005 eine generelle Vereinheitlichung auf 1 Prozent festgelegt. Lediglich für bestimmte Module bestehen noch unterschiedliche Stichprobenumfänge von 0,1 bis 0,5 Prozent.

Dadurch ergaben sich zwangsläufig neue Anforderungen an die Erhebungsprogramme, die Fragebögen und die Erhebungsbeauftragten. Mehr Fragen, komplexere Themen, gestiegene Akzeptanzprobleme in den Haushalten sind nur einige der neu entstandenen Herausforderungen.

Eingebettet in den Kontext der Gesamterhebung stellten freiwillige Fragen seit je eine besondere Problematik dar. Zum einen: Da besonders bei der schriftlichen Befragung

der Haushalte die Antwortquote für freiwillige Themen nicht ganz an die der Pflichtfragen heranreicht. Zum anderen: Weil die Themen nicht immer unbedingt in engem Zusammenhang mit der eigentlichen Erhebung, der Darstellung und Erfassung vor allem von strukturellen Gegebenheiten von Haushalten und Familien stehen.

Dagegen ermöglicht die Verknüpfung mit sämtlichen im Mikrozensus vorhandenen Merkmalen ein breites Spektrum an Auswertungsmöglichkeiten, die so kaum in der amtlichen Statistik noch bei Umfragen durch die freien Institute erreicht werden.

Mikrozensus ab 2005

Im Laufe der Jahre hat sich, entsprechend der gesellschaftlich für notwendig erachteten Themen, sowohl hinsichtlich der Fragekomplexe als auch der Art der Auskunftserteilung, ein Wandel vollzogen.

So sind mit dem neuen Mikrozensusgesetz von 2004 **freiwillige Fragen** (z. B. zum Eheschließungsjahr, was allgemein bedauert wird, da über dieses Merkmal interessante Auswertungen möglich waren) gänzlich entfallen. Andere Komplexe (Fragen zum Schulabschluss waren bis 2004 für Personen über 50 Jahre freiwillig, Pflegestufen) wurden generell in den Pflichtteil verlegt.

Anders als beim Grundprogramm, das sowohl für langfristige Reihen von unschätzbarem Wert ist, als auch kontinuierlich die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Bundesländern gewährleistet, werden Themen mit Freiwilligkeit, größtenteils in mehrjährigen Abständen (in der Regel im Vier-Jahres-Rhythmus) erhoben und sind damit nur längerfristig vergleichbar.

Die hohen Fallzahlen bei einer 1-prozentigen Stichprobe ermöglichen es, bei geringer fachlicher Gliederung, Ergebnisse bis auf regionaler Ebene zu erstellen. Bei einer tiefe-

1) Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350).

ren inhaltlichen Gliederung sind jedoch nur Landesergebnisse darstellbar.

Zu den freiwillig zu beantwortenden Fragen und Themen zählen nach dem von 2005 bis 2012 geltendem Mikrozensusgesetz:

- ❑ die Wohn- und Arbeitssituation vor einem Jahr (jetzt ebenfalls eine freiwillige EU-Erhebung),
- ❑ vermögenswirksame Leistungen,
- ❑ Krankheit und Unfall, Behinderteneigenschaften, Körpergröße und Gewicht,
- ❑ Krankheitsrisiken (darunter fällt das zum Beispiel auch das Rauchverhalten),
- ❑ Wohn- und Lebensgemeinschaften,
- ❑ für Ausländer die Zahl und Alter der noch im Ausland lebenden Kinder und andere Verwandte,
- ❑ der Weg zur Arbeit, Lage der Arbeitsstätte, benutzte Verkehrsmittel, Zeitaufwand und für den Arbeitsweg,
- ❑ bestehende Lebensversicherungen.

Die **Beantwortung der freiwilligen Fragen** ist generell von mehreren Faktoren abhängig, die in den folgenden Punkten zusammengefasst werden können:

- ❑ Die Erhebungsbeauftragten können durch ihr professionelles, überzeugendes und vertrauensbildendes Auftreten in hohem Maße ihren Anteil daran erbringen, dass alle Fragen sowohl wahrheitsgemäß als auch vollständig beantwortet werden. In der Regel gilt: Ist der Haushalt generell zur Auskunftserteilung bereit, stellen die freiwilligen Fragen keine Probleme dar.
- ❑ Grundsätzlich ist zu verzeichnen, dass Haushalte, die durch Verweigerung erst über ein Mahnverfahren zur Auskunft herangezogen werden, nur zu etwa 60 Prozent auch die freiwilligen Fragen beantworten. In Brandenburg betrifft dies jährlich circa 450 Haushalte.
- ❑ Bei der Inanspruchnahme der Möglichkeit für Haushalte von vornherein den Bogen selbst auszufüllen beziehungsweise wenn einem Haushalt durch Abwesenheit den Erhebungsbogen zugeschickt wird, werden ca. 80 Prozent der freiwilligen Fragen beantwortet. Dies betrifft etwa 1 000 Haushalte im Jahresdurchschnitt.
- ❑ Bei einer telefonischen Befragung (zurzeit etwa 5 Prozent) ist die Nichtbeantwortung von freiwilligen Fragen marginal.
- ❑ Inhaltliche Akzeptanz.
- ❑ Kompliziertheit der Fragestellungen.
- ❑ Optisch und thematisch komplizierte Einordnung der Fragen im Kontext des Erhebungsbogens beziehungsweise des Erhebungsprogramms.

Eine **Analyse der einzelnen Fragen** des Mikrozensus 2005 zeigt, dass es starke Differenzierungen zu den einzelnen erfragten Sachverhalten gibt.

So haben 94,6 Prozent der betreffenden Personen Angaben zur Lebenspartnerschaft getätigt. Bei den Fragen an Ausländer zu ihren Familienangehörigen, die noch im Heimatland verblieben sind, lag der Antwortanteil zwischen 95,2 und 94,6 Prozent – also recht erfreulich hoch.

Bei der Abfrage nach vorhandenen Lebensversicherungen und vermögenswirksamen Leistungen – einen sehr sensiblen Bereich – war dagegen ein höheres Ausfallverhalten, und zwar von 13,7 beziehungsweise 18,8 Prozent, zu verzeichnen.

Keine Probleme hatten offensichtlich die Haushalte mit dem Wohnsitz und der Erwerbstätigkeit vor einem Jahr, lediglich 3,6 beziehungsweise 3,0 Prozent der Befragten ließen hier die Beantwortung weg.

Auskunftserteilung der Befragten zu ausgewählten freiwilligen Fragen des Mikrozensus im Land Brandenburg 2005

Merkmal	Antwort gegeben
	%
Amtliche Behinderung	87,7
darunter Grad der Behinderung	96,6
Krankheit oder Unfall in den letzten vier Wochen	88,2
darunter Art des Unfalls oder der Krankheit	97,8
Andauer dieser Krankheit oder des Unfalls zurzeit	97,6
Gesamtdauer der Krankheit oder des Unfalls	98,6
Ärztliche Behandlung in den letzten vier Wochen	98,3
Körpergröße	84,5
Gewicht	81,2
Rauchverhalten (Sind Sie gegenwärtig Raucher?)	87,2
früheres Rauchen	82,7
Beginn des Rauchens	72,4
was wurde, beziehungsweise wird geraucht	74,6
darunter täglicher Verbrauch	98,7

Die gesamte Thematik Behinderung, Krankheit, Rauchverhalten, Körpergröße und Gewicht lässt sich anhand einer tabellarischen Übersicht am besten darstellen:

Deutlich wird, dass, wenn einmal die Bereitschaft zur Auskunft besteht, die betreffenden Personen eher gewillt sind, auch die weiteren Fragen zu beantworten.

Somit ist die erste Hürde bei der Beantwortung von freiwilligen Fragen, die Bereitschaft, überhaupt zu dem Thema Aussagen zu machen, die schwierigste und der Knackpunkt dieser Komplexe.

Eurostat-Erhebungen

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) initiiert in erheblichem Umfang neben neuen, periodisch und aperiodisch verlaufenden Modulen mit in der Länderhoheit liegender Auskunftspflicht, regelmäßig Fragekomplexe, die in Deutschland freiwilligem Status haben. Dabei können diese Fragen als integrierte Einzelfragen im Kontext des gesamten Frageprogramms durchaus ergänzend und gezielt zur Vertiefung bestimmter Sachverhalte eingearbeitet werden oder als eigenständiger Teilbereich expliziert bestimmte Themen aufgreifen (Ad-hoc-Module).

Anders als im Mikrozensus, dessen Gesetz die Kennziffern und Merkmale für den gesamten Geltungszeitraum festlegt, werden für die Ad-hoc-Module der EU stets neue Verordnungen erlassen.

Die Ad-hoc-Module der EU werden in der Regel nur für ein bestimmtes Jahr erhoben. Sie heben sich durch eine

spezifische Variablenliste aus dem Regelwerk der festgelegten Erhebungsmerkmale ab. Im Jahr 2005 waren das Fragen zur häuslichen Betreuung von Kindern im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Zukünftig

In diesem Jahr – das ist 2006 – sind 15 ergänzende Fragen zur Erwerbstätigkeit Gegenstand des Moduls: zu Zeitvermittlung, dem Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand, Beendigungsgründen der Erwerbstätigkeit und Voraussetzungen für eventuelle Weiterarbeit.

Für das Jahr 2007 werden zusätzliche Fragen zu Arbeitsunfällen und berufsbedingten Gesundheitsproblemen Gegenstand der EU-Betrachtung sein.

Für die kommenden Jahre sind folgende Ad-hoc-Module bereits geplant:

- 2008: Arbeitsmarktsituation von Zuwanderern und ihrer Nachkommen.
- 2009: Übergang von der Schule in das Erwerbsleben.

In Deutschland werden diese Module auf freiwilliger Basis erhoben.

Wichtig ist, dass auf Grund der verringerten Stichprobengröße aus den Eurostat-Modulen nur Landesergebnisse darstellbar sind. Eine regional tiefere Auswertung ist nicht möglich.

Peter Kuchta 

Verbrechen und Vergehen

Ebenso wie in den meisten bisher veröffentlichten historischen und gegenwärtigen Statistiken zeigt sich bei den Verbrechen und Vergehen 1903 oder den Verurteilungen 2004 ein unterschiedliches Bild. Auffallend ist, dass sich die „Anzahl der rechtskräftig verurteilten Personen auf je strafmündigen Bürger“ in den 100 Jahren kaum unterscheidet. Auch ist der Diebstahl und die Unterschlagung stark zurückgegangen, aber noch immer eine sehr häufige Straftat.

Einige Verbrechen und Vergehen sind gänzlich verschwunden – wie beispielsweise die Majestätsbeleidigung. Einige

haben eine andere, weiter untergliederte Bezeichnung erhalten.

Manche Straftaten wurden 1903 noch gar nicht nachgewiesen. Das sind beispielsweise Straftaten im Straßenverkehr, die 2004 bei der Häufigkeit auf vorderen Plätzen rangieren. Vielleicht wurde 1903 auch darüber geschwiegen, weil die kaiserlichen Prinzen in Berlin und im Deutschen Reiche als „Straßenverkehrsrüpel allererster Klasse“ allseits bekannt waren.

Verurteilte 2004 ^{*)}					
Art der Straftat	Verurteilte				
	insgesamt	auf je 100 000 strafmündige Einwohner	Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene
Straftaten insgesamt	775 802	1 330	56 760	77 876	641 166
Straftaten gegen Staat, öffentliche Ordnung und im Amt ¹⁾	21 620	37	1 579	2 307	17 734
Straftaten gegen die Person ¹⁾	106 542	183	13 111	12 654	80 777
darunter:					
Verletzung der Unterhaltspflicht	4 306	7	1	26	4 279
Sexueller Missbrauch von Kindern	2 437	4	235	130	2 072
Sexuelle Nötigung / Vergewaltigung	2 044	4	313	188	1 543
Mord und Totschlag ²⁾	647	1	37	52	558
Körperverletzung (auch schwere und gefährliche) ¹⁾	61 357	105	11 102	9 530	40 725
Straftaten gegen das Vermögen	337 558	578	28 999	32 728	275 831
darunter:					
Diebstahl und Unterschlagung	151 368	259	18 927	15 285	117 156
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	10 187	17	3 522	2 113	4 552
Urkundenfälschung (einschließlich Falschbeurkundung und Verändern amtlicher Ausweise)	19 462	33	805	1 652	17 005
Betrug	82 722	142	961	4 780	76 981
Gemeingefährliche einschließlich Umweltstraftaten ¹⁾	7 547	13	312	476	6 759
Straftaten im Straßenverkehr	196 484	337	8 129	17 675	170 680
Straftaten nach sonstigen Gesetzen	106 051	182	4 630	12 036	89 385
darunter:					
nach dem Betäubungsmittelgesetz	49 739	85	3 863	9 075	36 801
nach dem Ausländergesetz	14 886	26	35	570	14 281
nach dem Asylverfahrensgesetz	2 774	5	50	315	2 409

*) Früheres Bundesgebiet einschl. Gesamt-Berlin; Angaben für die neuen Länder liegen nicht vor.

1) Ohne Straftaten im Straßenverkehr.

2) Einschließlich versuchter Mord und Totschlag.

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland 2006; <http://www.destatis.de/basis/d/recht/rechts4.php>, eigene Berechnungen

5. Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze in Preußen im Jahre 1903.

Verbrechen und Vergehen.	Ursache rechts- kräftiger Ver- urteilung bildende Handl.	Anzahl d. rechtskräftig verurteilten Personen		V. H. der Verurteilten waren		
		über- haupt	auf je 100 000 strafmünd. Zivilpers.	weib- lich	jugend- lich	vor- bestraft
I	2	3	4	5	6	7
1. Majestätsbeleidigung usw. 1).	198	177	1	4	2	63
2. Widerst. geg. die Staatsgewalt	11 791	11 157	46	6	2	63
dar.: a) Gewalt u. Droh. geg. Beamte	10 787	9 904	41	7	2	64
b) Befreiung von Gefangenen	855	939	4	7	4	54
3. wider die öffentliche Ordnung	45 990	39 837	166	12	3	33
dar.: a) Hausfriedensbruch	22 227	15 691	65	9	5	48
b) Verletzung der Wehrpflicht	9 028	9 028	38	—	—	1
c) Verg. geg. d. Gewerbeord. 2)	12 670	13 038	54	23	2	34
4. Münzverbrechen u. -vergehen	98	108	0,4	12	6	46
5. Verletzung der Eidespflicht .	764	688	3	27	3	47
dar.: a) Meineid	354	323	1	29	6	45
b) fahrlässiger Falscheid	194	178	1	28	—	43
6. Falsche Anschuldigung	408	386	2	26	2	57
7. Verg. in bezug auf die Religion	159	179	1	3	12	58
8. Verbrechen und Vergehen in bezug auf den Personenstand	67	61	0,3	25	—	38
9. wider die Sittlichkeit	9 716	8 010	33	25	10	51
dar.: a) Unzucht, Notzucht 3)	5 012	3 324	14	1	21	41
b) Kuppelei, Zuhälterei	2 452	2 629	11	58	0,3	69
c) Argernis durch unzucht. Hdl.	1 722	1 485	6	17	6	49
10. Beleidigung	57 499	37 904	158	28	3	31
11. Zweikampf	17	30	0,1	—	—	13
12. wider das Leben	924	986	4	49	7	24
dar.: a) Mord und Totschlag 4)	157	152	1	18	3	55
b) fahrlässige Tötung	457	451	2	29	8	21
13. Körperverletzung	72 799	79 702	332	10	7	42
dar.: a) leichte	22 443	19 929	83	11	5	43
b) gefährliche und schwere 5)	47 015	56 535	235	10	8	42
c) fahrlässige	3 310	3 169	13	4	14	28
14. wider die persönliche Freiheit	13 945	7 605	32	7	3	55
dar.: Nötigung u. Bedrohung	13 763	7 413	31	6	3	56
15. Diebstahl	72 726	64 038	267	24	23	47
dar.: a) einfacher 6)	63 163	55 404	231	26	22	46
b) schwerer 6)	9 563	8 634	36	9	29	54
16. Unterschlagung	17 603	13 009	54	18	10	49
17. Raub und Erpressung	709	755	3	9	13	57
18. Begünstigung und Hehlerei .	6 545	5 671	24	34	14	42
darunter: Hehlerei 6) 7)	107	118	0,5	31	2	70
19. Betrug und Untreue	24 530	15 217	63	18	6	53
dar.: a) Betrug	21 819	12 846	53	18	7	57
b) Untreue	1 008	669	3	4	6	43
c) Nahrungsmittelverfälschung	1 703	1 702	7	23	1	27
20. Urkundenfälschung	6 262	3 683	15	15	11	47
21. Bankrott	714	739	3	7	—	19
22. Strafb. Eigennutz u. Verletzg. fremder Geheimnisse	4 955	5 723	24	6	6	41
dar.: a) Glücksspiel u. Lotterieverg.	971	990	4	6	0,1	41
b) Jagd- u. Fischereivergehen	2 980	3 648	15	2	9	43
23. Sachbeschädigung	14 338	12 106	50	6	16	45
24. Gemeingefährl. Verbr. u. Verg.	3 606	3 655	15	15	10	32
dar.: a) Brandstiftung 8)	775	746	3	24	31	25
b) Gefährdung eines Eisen- bahntransports	1 608	1 612	7	1	4	32
c) Wissentl. Verletzg. v. Ab- sperrungsmaßr. b. Viehseuch.	627	663	3	38	3	39
25. Verbrechen u. Vergehen i. Amte	1 193	688	3	5	1	20
überhaupt { 1903	367 556	312 114	1 299	17	10	43
{ 1900	340 580	286 875	1 194	16	10	41

1) Vergl. Anmerkung 1 auf Seite 210. — 2) abgesehen von § 145 a, in betr. der Offenbarung von Betriebsgeheimnissen usw. (vergl. Ziffer 22). — 3) §§ 174, 176 bis 179 St.G.B. — 4) §§ 211 bis 215 a. a. O. — 5) §§ 223 a bis 226 a. a. O. — 6) auch im wiederholten Rückfalle. — 7) einschl. der gewerbsmäßigen. 8) vorsätzliche und fahrlässige zusammen.

Statistisches Jahrbuch, 1905.

14

Vergl. Anmerkung 1 aus Seite 210: Sammelgruppe (Hoch und Landesverrat, feindliche Handlung gegen befreundete Staaten, Verbrechen und Vergehen bezüglich Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, Verrat militärischer Geheimnisse, Tötlichkeiten und Beleidigungen gegen den Kaiser, Landesherren und Bundesfürsten)



Jürgen Hübner 

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im November 2006

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement -

Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.

Medium der Veröffentlichungen:  - Print,  - Disketten,  - CD-ROM, [www](http://www.lds-bb.de/ldsbb/download) - kostenloser Download unter www.lds-bb.de/ldsbb/download.

Kennziffer	Titel	Preis in EUR		
		www		
A I 1 - m 07/06	Bevölkerungsstand, 31.07.2006	X	5,10	20,00
	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene			
A II 1 - m 07/06	- Juli 2006	X	5,15	20,00
A II 1 - m 08/06	- August 2006	X	5,15	20,00
A III 1 - m 07/06	Wanderungen, Juli 2006	X	5,15	20,00
A IV 2 - j/05	Krankenhäuser sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2005	X	6,65	20,00
A VI 2; AVI 4 - j/05	Bevölkerung und Erwerbsleben 2005, Ergebnisse des Mikrozensus	X	7,65	20,00
A VI 7 - m 10/06	Arbeitsmarkt, Oktober 2006	X	6,05	20,00
B III 1/2 - j/06	Studierende an Hochschulen Wintersemester 2006/2007, Vorläufiges Ergebnis	X	5,35	20,00
C I 1 - j/06	Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe 2006			
	- Anbau auf dem Ackerland - Endgültiges Ergebnis	X	5,35	20,00
C II 1 - m 09/06	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland, September 2006	X	5,50	20,00
C III 1/2 - j/06	Viehbestände am 03. Mai 2006, Repräsentative Erhebung - Endgültiges Ergebnis	X	5,25	20,00
C III 2 - m 09/06	Schlachtungen und Fleischerzeugung, September 2006	X	5,25	20,00
	Milcherzeugung und Milchverwendung			
C III 3 - m 05/06	- Mai 2006	X	5,15	20,00
C III 3 - m 06/06	- Juni 2006	X	5,15	20,00
C III 3 - m 07/06	- Juli 2006	X	5,15	20,00
C III 3 - m 08/06	- August 2006	X	5,15	20,00
C III 6; 7 - vj 3/06	Legehennenhaltung, Eierzeugung und Schlachtungen von Geflügel 01.01. bis 30.09.2006	X	5,15	20,00
D I 2 - m 08/06	An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten, August 2006	X	6,25	20,00
	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
E I 1; 3 - m 09/06	- Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, September 2006	X	7,15	20,00
E I 2 - m 09/06	- Produktionsindex, September 2006	X	5,55	20,00
E I 6 - j/05	- Investitionen 2005	X	6,15	20,00
E II 1 - m 09/06	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe), September 2006	X	6,15	20,00
E II 2 - j/06	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Totalerhebung, September 2006	X	5,75	20,00
E III 2 - j/06	Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe, Jährliche Erhebung 2006	X	5,60	20,00
F II 1; 2 - m 09/06	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, September 2006	X	5,95	20,00
G III 1; 3 - m 09/06	Aus- und Einfuhr September 2006, Vorläufiges Ergebnis	X	3,30	
G IV 1 - m 09/06	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr, September 2006	X	6,75	20,00
	Straßenverkehrsunfälle			
H I 1 - m 08/06	- August 2006, Endgültiges Ergebnis	X	3,30	
H I 1 - m 09/06	- September 2006, Vorläufiges Ergebnis	X	5,15	20,00
H I 1 - m 09/06	- September 2006, Endgültiges Ergebnis	X	3,30	
	Binnenschifffahrt			
H II 1 - m 09/06	- September 2006	X	5,85	20,00
H II 1 - m 10/06	- Oktober 2006	X	5,85	20,00
K I 1 - j/05	Sozialhilfe, Ausgaben und Einnahmen 2005	X	5,45	20,00
K I 2 - j/05	Sozialhilfe, Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt 2005	X	6,25	20,00
K V 3 - j/05	Jugendhilfe, Adoptionen, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis sowie Sorgerecht 2005	X	5,75	20,00
K VI 1 - j/05	Leistungen an Asylbewerber, Ausgaben und Einnahmen 2005	X	5,55	20,00
K VI 2 - j/05	Leistungen an Asylbewerber, Empfänger von Regelleistungen 2005	X	6,40	20,00
K VI 3 - j/05	Leistungen an Asylbewerber, Empfänger von besonderen Leistungen 2005	X	6,15	20,00
K VIII 2 - j/05	Bedarfsorientierte Grundsicherung 2005, Empfänger, Ausgaben und Einnahmen	X	5,35	20,00
M I 2 - m 11/06	Verbraucherpreisindex, November 2006	X	6,45	20,00
N III 1 - 4j/04	Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2004	X	7,20	20,00

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe Daten + Analysen						
Heft	Themenhefte	Preis		Heft	Quartalshefte	Preis
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR		I/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR		II/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 - 2000	3,00 EUR		III/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2003	Frauen in Brandenburg	6,25 EUR		IV/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2004	Jahresbericht 2003	7,00 EUR		I/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2004	Registergestützter Zensustest	5,20 EUR		II/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
3/2004	Kinder in Brandenburg	5,90 EUR		III/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2005	Hochschulen in Brandenburg	4,90 EUR		IV/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2005	Jahresbericht 2004	7,00 EUR		I/2006	Quartalsheft	4,00 EUR
3/2005	Familien in Brandenburg	13,80 EUR		II/2006	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2006	Jahresbericht 2005	7,00 EUR		III/2006	Quartalsheft	4,00 EUR

Statistisches Jahrbuch 2006 für das Land Brandenburg



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik gab im November das Statistische Jahrbuch 2006 für das Land Brandenburg heraus. Mit diesem Nachschlagewerk erhält der Leser auf über 600 Seiten einen Informationsquerschnitt über alle Lebensbereiche von A wie Ausbildung bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Das Buch (ISBN 3-931767-23-X) kostet 20,00 EUR und ist zum gleichen Preis auch als CD (ISBN 3-931767-24-8) erhältlich. Buch und CD zusammen (ISBN 3-931767-25-6) kosten 30,00 EUR.

Das Statistische Jahrbuch gehört zu den bekanntesten und am meisten gefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet aktuelle Zahlen und Fakten über das Land Brandenburg, seine Landkreise und kreisfreien Städte, zum Teil mit Vergleichen aus den Vorjahren. Ein Ländervergleich bietet die Möglichkeit, das Land Brandenburg zu den anderen Bundesländern bzw. dem bundesdeutschen Durchschnitt in Relation zu setzen.



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Informationsmanagement
Dortustraße 46
14467 Potsdam

0331 39 - 418

E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de